

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der

65. Sitzung

der

XXII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 10.12.2024

10:00 Uhr – 16:37 Uhr

Tagesordnung

1. Aktuelle Stunde zum Thema „Wer betoniert, verliert – Schluss mit Bodenversiegelung“

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 9758)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde zum Thema „Wer betoniert, verliert – Schluss mit Bodenversiegelung“

Redner: Anja Haider-Wallner (S. 9759), Johann Tschürtz (S. 9761), Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif (S. 9763), Ing. Thomas Schmid (S. 9765), Géza Molnár (S. 9767), Wolfgang Spitzmüller (S. 9769), Landesrat Mag. Heinrich Dörner (S. 9770)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „SPÖ-Alleinregierung muss sofort handeln: Faire finanzielle Entlastung der 171 Gemeinden“ (Zahl 22 - 2015) (Beilage 2765)

Begründung: Markus Ulram (S. 9773)

Redner: Géza Molnár (S. 9778), Anja Haider-Wallner (S. 9786), Markus Wiesler (S. 9788), Mag. Dr. Roland Fürst (S. 9793), Mag. Thomas Steiner (S. 9800), Mag. Dr. Roland Fürst (S. 9805), Gerhard Bachmann (S. 9806), Mag. Thomas Steiner (S. 9810), Gerald Handig (S. 9810), Johannes Mezgolits (S. 9811), Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 9813), Patrik Fazekas, BA (S. 9816), Mag. Christoph Wolf, MA (S. 9819), Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 9824)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 9825)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Roland Fürst, Ewald Schneckner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze“ (Zahl 22 - 2018) (Beilage 2788)

Begründung: Mag. Dr. Roland Fürst (S. 9826)

Redner: Anja Haider-Wallner (S. 9832), Johann Tschürtz (S. 9833), Markus Ulram (S. 9835), Roman Kainrath (S. 9837)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 9839)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 9758)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Präsident Robert Hergovich: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Meine Herren, die Sie uns heute von der Tribüne aus verfolgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie uns heute im Live-Stream mitverfolgen, seien Sie alle sehr herzlich zu der heutigen Landtagssitzung begrüßt.

Ich eröffne die 65. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 64. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Landtagsabgeordnete Roman Kainrath bis 13.30 Uhr sowie die Regierungsmitglieder Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil und Landesrat Dr. Leonhard Schneemann entschuldigt.

Die Bekanntgabe des Einlaufes sowie die Zuweisung wurden Ihnen gemäß § 56 Abs. 3a GeOLT mittels digitalen Versands und als Aushang zur Kenntnis gebracht. Ebenso ist eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages erfolgt. Ich darf daher an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen auf diese verteilte Mitteilung verweisen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, dass zwei Dringlichkeitsanträge für die heutige Sitzung eingelangt sind.

Der erste Dringlichkeitsantrag ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „SPÖ-Alleinregierung muss sofort handeln: Faire finanzielle Entlastung der 171 Gemeinden“ (Zahl 22 - 2015) (Beilage 2765), der gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch um 15.00 Uhr, behandelt werden wird.

Der zweite Dringlichkeitsantrag ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Ewald Schnecker, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze“, (Zahl 22 - 2018) (Beilage 2788), welcher gemäß Geschäftsordnung im Anschluss an den ersten Dringlichkeitsantrag behandelt werden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? -

Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema „Wer betoniert, verliert – Schluss mit Bodenversiegelung“

Präsident Robert Hergovich: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, der Aktuellen Stunde zum Thema „Wer betoniert, verliert - Schluss mit Bodenversiegelung“, die vom Landtagsklub der GRÜNEN beantragt wurde.

Meine Damen, meine Herren, bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, möchte ich auf die entsprechenden Bestimmungen des § 31a GeOLT hinweisen.

Zu Beginn der Aktuellen Stunde ist einem Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben, als erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen. Sodann ist je einem Sprecher der anderen Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben. Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat der Präsident die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf fünf Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Landtagsabgeordneten ist auf je fünf Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jede Landtagsabgeordnete, jeder Landesabgeordnete nur einmal zu Wort melden. Mitglieder der Landesregierung dürfen sich jederzeit mehrmals zu je fünf Minuten Redezeit melden.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt, noch Beschlüsse gefasst werden können.

Schließlich, meine Damen, meine Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Wir beginnen nun mit der Aktuellen Stunde, es ist 10 Uhr 04 Minuten. Als erster Redner erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten, Klubobfrau Anja Haider-Wallner das Wort. Ihre Redezeit, Frau Klubobfrau, ist, wie bereits erwähnt, auf 15 Minuten beschränkt.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Anja Haider-Wallner (GRÜNE): Vielen Dank Herr Präsident. Einen wunderschönen guten Morgen. Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen, Kolleginnen, liebe Gäste auf der Tribüne und vor Ort im Live-Stream! Ja, ich weiß, wenn die GRÜNEN mit dem Thema Bodenschutz kommen, dann verdrehen die Kolleginnen und Kollegen gerne die Augen. Die GRÜNEN kommen schon wieder mit der Bodenversiegelung daher. Ja, weil sich einfach nichts verbessert. Solange die GRÜNEN noch im Landtag sind, solange bleibt das Thema auch auf dem Tisch, bis sich etwas ändert. *(Abg. Ewald Schneckler: Eh nicht mehr lange! – Beifall bei den GRÜNEN – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Grummeln im Saal, für die, die es zu Hause nicht hören. Die Bodenversiegelung hat zahlreiche negative Auswirkungen. Eine davon ist der Verlust der Anbauflächen für die Landwirtschaft und damit der Verlust von Boden für die Lebensmittelproduktion. Eine gewaltige Betonlawine verschüttet Österreich.

Täglich verliert die Natur und die Landwirtschaft 16 Fußballfelder an Boden, zwei davon im Burgenland. Ein großer Teil der Flächen wird versiegelt und verbaut. Unsere Naturschätze wie Seeufer, Hügel, Wiesen verschwinden in einem rasenden Tempo. Während natürliche und fruchtbare Böden zerstört werden, häuft sich die Menge an Leerständen.

Laut einer in der vergangenen Woche von Greenpeace veröffentlichten Berechnung gehen alle fünf Minuten 250 Kilogramm zukünftiger Ernte durch verbaute Böden verloren. Für das Burgenland immerhin 31 Kilogramm in fünf Minuten, das sind in etwa 3.300 Tonnen pro Jahr. Mitten im Klimawandel ist das doppelt problematisch, weil wir durch Hitze und Extremwetterereignisse natürlich auch Ernterückgänge haben.

Wenn dann auch noch laufend fruchtbare Äcker für Businessparks des Landes, für riesige Logistikhallen, für Baumärkte und so weiter zubetoniert werden, dann ist unsere Eigenversorgung mit Lebensmitteln stark gefährdet.

Das ist ein Verbrechen an der Natur, aber auch an den Menschen. Greenpeace hat mit dieser Kritik völlig recht. Die lokale Lebensmittelproduktion wird auch hier von den Politikerinnen und Politikern im Saal immer wieder hochgelobt. Man geht dann gerne zu irgendwelchen Preisverleihungen oder in die Betriebe, um auch die Wertschätzung für die Arbeit auszudrücken, aber von der laufenden Bodenversiegelung wird diese Produktion verringert, wodurch auch unsere Abhängigkeit vom Ausland immer größer wird, was die Lebensmittelversorgung betrifft.

Negative Beispiele im Land gibt es zuhauf. Zuletzt wurde erst in Mattersburg eine Billa-Filiale geschlossen. Auf Social Media laufen da schon die Diskussionen heiß. Es war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Jeder hat sich gewundert, warum da auf 50 Meter Umkreis drei Filialen aus demselben Lebensmittelkonzern sind und zwei Kilometer weiter die nächste.

Dann gibt es natürlich auch noch andere Supermärkte vor Ort. Da hat ja nie wer verstanden, warum da nicht die Sinnfrage gestellt wurde, als hier die Genehmigungen erteilt wurden.

Besonders viel Ackerfläche „fressen“ auch die neuen Businessparks des Landes. Wie etwa Steinberg-Dörfel, ohne dass hier die versprochenen Jobs in Gewerbe- und Industriebetrieben entstehen. Es gibt nur weitere Handelsflächen und Systemgastronomie, die unseren Unternehmen im Ortskern langfristig schaden. Das schadet nämlich dem Lebensgefühl der Menschen vor Ort und das schadet auch der regionalen Wirtschaft insgesamt.

Denn ein burgenländisches Unternehmen lässt die Buchhaltung und die Personalverrechnung beim Steuerberater, bei der Steuerberaterin vor Ort machen, bezieht die Werbung bei einer Agentur vor Ort, beauftragt eine Agentur vor Ort bei uns im Burgenland. Da werden weit über das eigene Unternehmen hinaus Arbeitsplätze in der Region geschaffen. Während die großen Konzerne all diese Dienstleistungen in Zentralen weit weg abwickeln lassen. Das Arbeitsplatzargument und das Zubetonieren von fruchtbaren Böden zu rechtfertigen, ist überhaupt sehr kurz gegriffen.

Beim Spatenstich des vierten Baumarktes in Eisenstadt, ist gleich das fünfte Gartencenter, haben ÖVP- und SPÖ-Politiker und die FPÖ wäre wahrscheinlich auch dabei gewesen, wenn sie eingeladen gewesen wäre, die neu zu schaffenden 100 Arbeitsplätze gefeiert. Aber, man muss ja nur logisch weiterdenken.

Warum sollten in Eisenstadt plötzlich so viel mehr Menschen Produkte aus dem Baumarkt kaufen müssen? Bis jetzt ist niemand leer ausgegangen. Das heißt, langfristig wird sich hier das Jobniveau, die Jobsituation, wieder nivellieren. Vielleicht muss ein anderer Baumarkt zu sperren. Dann haben wir die zweite Baumarktgebäudeleiche in Eisenstadt und der Boden ist versiegelt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die unsichtbare Hand, die die Wirtschaft angeblich ordnet, hat die Bodenversiegelung leider nicht auf dem Schirm. 16.000 Quadratmeter werden hier wieder unwiederbringlich versiegelt. Bei den neuen Betonschätzen, ich weiß nicht, wer es verfolgt hat, von Greenpeace, hat es das Zentrallager der Firma XXXLutz in Zurndorf mit unvorstellbaren 120.000 Quadratmetern aufs Stockerl geschafft. Es ist eine der größten Baustellen Europas und sie liegt mitten in landwirtschaftlichen Nutzflächen, zum Teil auch auf fruchtbarem Ackerland.

Trotz der enormen Größe dieses Lagers wird seit 2023 erneut erweitert. Die Gesamtfläche soll auf 390.000 Quadratmeter ausgedehnt werden. Dabei geht es bis an den Rand eines Natura 2000-, eines Vogelschutz- und Europaschutzgebietes. Diese Schutzgebiete sind Lebensraum für gefährdete Vogel- und Fledermausarten und extrem wichtig. Wenn zu nahe an sensiblen Ökosystemen gebaut wird, riskiert man, dass diese Lebensräume gestört oder auch zerstört werden.

Wir GRÜNEN fordern daher: Wer betoniert, verliert - Schluss mit der Bodenversiegelung und Stopp der zunehmenden Zubetoniererei. Die GRÜNEN haben sich auf Bundesebene für ein Ziel stark gemacht, und zwar 2,5 Hektar pro Jahr bei der Bodenversiegelung. Leider haben die Länder - unabhängig vom Bund - eine Bodenstrategie ohne eine Begrenzung und damit ein Ziel verfolgt. Wenn man weiß, wie Menschen funktionieren, dann weiß man auch, ohne verbindliche Ziele werden nicht die nötigen Maßnahmen gesetzt.

Für das Burgenland könnten wir uns auch ein Ziel setzen, nämlich, von den bisher zwei Fußballfeldern pro Tag auf ein Fußballfeld, auf die Hälfte, zu kommen. (*Die Abgeordnete hält ein Plakat in die Höhe.*) Wenn man ein Ziel hat, dann kann man auch die nötigen Maßnahmen setzen.

Wir haben schon etliche Vorschläge hier im Landtag gemacht. Für Maßnahmen, wie man bei der Bodenversiegelung Ziele erreichen kann, zum Beispiel, einen Werkzeugkoffer für das Leerstandsmanagement und entsprechende Tools nutzen, was auch schon verbaut und versiegelt ist, Anreize für die Nutzung von Leerstand, aber auch eine treffsichere Baulandmobilisierungsabgabe, die dann tatsächlich exekutiert wird.

Wir haben keine Wahl. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Schreitet die Bodenversiegelung weiter voran, schneiden wir uns Bissen für Bissen von unserer Nahrungsmittelversorgung ab. Jeder Hektar weniger Boden bedeutet auch weniger regionale Nahrungsmittel und den Verlust an wertvoller Natur. Danke fürs Zuhören. (*Beifall bei den GRÜNEN*)

Präsident Robert Hergovich: Vielen Dank Frau Klubobfrau. Der ordnungshalber halte ich fest, dass der ÖVP-Klub zwei weitere Abgeordnete entschuldigt hat. Es ist zum einen der Herr Abgeordnete Johannes Mezgolits und die Frau Abgeordnete DI Julia Schneider-Wagentristl. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Johann Tschürtz.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Herr Präsident! Selbstverständlich ist dieses Thema ernst zu nehmen. Da bin ich auch schon bei den GRÜNEN. Klar versucht natürlich jeder in Bezug auf Verbauung und so intensiv nachzudenken. Das Beispiel Mattersburg. Ja, stimmt natürlich auch.

In Mattersburg hat es den zweiten Billa gegeben, und da stehen so viel Flächen frei und so viel Geschäftsflächen sind frei, dass man das selbstverständlich nicht versteht,

aber man muss eben auch dazusagen, dass im Gesamten gesehen, und das möchte ich unbedingt betonen, das Burgenland aber nicht so schlecht liegt.

Ich glaube, Landesrat Dorner wird das noch aufschlüsseln, davon bin ich überzeugt. Das muss man sich einmal vorstellen. Ich habe mir das herausgesucht. Im Burgenland sind 173 Quadratkilometer versiegelt, das sind 3,8 Prozent. Das muss man sich einmal vorstellen. Von 100 Prozent sind 3,8 Prozent versiegelt. Die Wälder im Burgenland - und auch österreichweit - haben in Europa den höchsten Stellenwert, weil sie bestens bewirtschaftet sind und nahezu fast nie abgeholzt werden oder gar nicht abgeholzt werden.

Nur damit man die Geschichte auch einmal hat. Jetzt kann man natürlich schon über die Bodenversiegelung reden. Da wird jeder sagen, ja, ist das notwendig, dort wieder etwas hinzubauen und dort wieder etwas hinzubauen?

Aber, man muss natürlich die Situation im Gesamten betrachten. Aber, das ist nicht nur in Mattersburg so, sondern, wie bereits gesagt, das gibt es auch in Eisenstadt, das gibt es in jeder Stadt. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie viel?*) Man braucht ja im Burgenland nur durch die Städte fahren und schauen, wie viele Geschäftsflächen da frei sind. Natürlich gehört da etwas geändert.

In Eisenstadt, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie viel?*) zum Beispiel, müssen Sie den Bürgermeister einmal fragen, aber grundsätzlich ist es so, dass im Burgenland 88 Quadratkilometer an Verkehrsflächen verbaut sind, 80 Quadratkilometer Siedlungsflächen, vier Quadratkilometer Freizeit- und Erholungsflächen und ein Quadratkilometer Entsorgungsflächen.

Es gibt aber Statistiken, obwohl wir dieses Thema jetzt angesprochen haben, die natürlich auch sagen, dass die Handelsflächen von Shopping-Centern und Fachmarktzentren im Zusammenhang mit der Bodenversiegelung, die genannt werden, einen kleinen Teil, einen ganz kleinen Teil des Problems ausmachen.

Man muss das wirklich im Gesamten sehen. Stellen wir uns einmal ganz Österreich vor, die Wälder, die wir haben, im Burgenland, 3,8 Prozent sind versiegelt.

Es ist in Ordnung, dass man über dieses Thema redet. Aber, so, wie die GRÜNEN glauben, dass plötzlich das Burgenland zubetoniert wird und wir bekommen, was weiß ich, eine Glaskuppel über das Burgenland, oder eine Betonkuppel über das Burgenland, das ist natürlich nicht der Fall.

Sie übertreiben da natürlich maßlos. Natürlich wieder im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Das ist ohnehin ein liebes Thema, aber vielleicht sollten sich die GRÜNEN einmal im Phoenix oder in irgendeinem guten Sender im Fernsehen Berichte von Archäologen anschauen, die vor Millionen Jahren schon gesagt haben, dass es einen Klimawandel gibt.

Aber, ich will da jetzt nicht näher darauf eingehen, sondern, wichtig ist das Thema heute, wo es um die Bodenversiegelung geht. Ich glaube, ja, man kann über das Thema diskutieren. Es ist in Ordnung. Aber es ist nicht so, dass jetzt im Burgenland die Welt zusammenbricht, sondern das Burgenland ist, aus meiner Sicht, überhaupt im Bereich dieser hervorragenden Wälder, bestens aufgestellt. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Dipl.Päd.DI Carina Laschober-Luif.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dipl.Päd.DI Carina Laschober-Luif (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute stehen wir hier, um über ein Thema zu sprechen, das für die Zukunft unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist. Der Schutz unserer Böden.

Wir müssen uns bewusst machen, dass unsere Böden nicht nur eine Ressource, sondern das Fundament für unsere Lebensmittelerzeugung und unser Ökosystem sind.

Boden ist Leben. Er ist die Grundlage für die Produktion hochwertiger Lebensmittel, wie uns Kollegin Haider-Wallner vorher schon ausführlich berichtet hat, und spielt auch eine zentrale Rolle, wenn es um den Wasserhaushalt geht.

Übermäßige Bodenversiegelung hat direkte negative Auswirkungen auf die Fähigkeit des Bodens, Regenwasser zu speichern und Grundwasservorräte aufzufüllen.

Bei starken Regenfällen steigt das Risiko von Überschwemmungen, da die Kanalisation überlastet wird und das Wasser nicht mehr versickern kann.

Das sind Herausforderungen, denen wir uns - auch vor allem in den Gemeinden - dringend stellen müssen. Gerade auch durch das vermehrte Auftreten von Starkregenereignissen.

Doch während wir uns für den Bodenschutz einsetzen, dürfen wir nicht vergessen, dass auch junge Menschen in Zukunft die Möglichkeit haben sollen, ein Eigenheim zu errichten (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*).

Es sollen auch Unternehmen sich weiterentwickeln können und ansiedeln können. Jede Gemeinde hat unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen. Während manche einen großen Zuzug haben, sind andere froh, wenn sich junge Menschen ansiedeln, im Ort bleiben und sich auch Betriebe ansiedeln.

Daher gibt es nicht das eine Patentrezept für alle. Insgesamt sollte, meiner Meinung nach, der mehrgeschossige Wohnbau und eine Bebauungsfrist forciert werden.

Angesichts der steigenden Bevölkerungszahlen von Österreich, wenn man schaut, 1960 herum hat es 7 Millionen Menschen gegeben, heute gibt es 9 Millionen Menschen, müssen wir besonders sorgfältig mit dem begrenzten Raum, der uns zur Verfügung steht, umgehen.

Eine Maßnahme für mehr Bodenschutz kann ein effektives Flächenmanagement und eine Innenstadtentwicklung sein.

Die Gemeinden sollen dabei unterstützt werden, Alt-Liegenschaften zu mobilisieren und Leerstände zu füllen.

Hierzu gab es auch letzte Woche im Rahmen des Leader Projekts „Wohnstandort Marketing Südburgenland“ einen Vortrag zum Thema „Ortskernstärkung und Leerstandsmanagement“.

In diesem Projekt sind 71 Gemeinden des Südburgenlandes vertreten. Laut dem Planungs- und Beratungsunternehmen, das dort anwesend war und einen Vortrag gehalten hat, stehen wir vor einer großen Veränderung in der Mobilität und in der Ortskernentwicklung.

Prognosen zeigen, dass bis zum Jahr 2040 ein Viertel der burgenländischen Bevölkerung nicht mehr mit dem Auto unterwegs sein kann.

Das resultiert aus dem Älterwerden der Burgenländerinnen und Burgenländer. Barrierefreiheit und kurze Wege werden dadurch immer wichtiger.

Derzeit gibt es eine hohe Autoabhängigkeit. Das erschwert die Belebung der Ortskerne zusätzlich.

Ebenfalls zu bedenken ist, dass der stationäre Handel rückläufig ist.

In den letzten zehn Jahren sind die Verkaufsflächen um in etwa 20 Prozent zurückgegangen. Außerdem ist die Zeit der großen Einkaufszentren an den Ortsrändern, laut Planungsbüro, vorbei.

Durch eine Förderung, einer Verdichtung der Ortskerne kann man nicht nur die Attraktivität der Gemeinden steigern, sondern auch die soziale Interaktion und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Eine gezielte Verdichtung der Ortskerne ermöglicht es, die bestehende Infrastruktur besser zu nutzen und Leerstände aktiv zu revitalisieren.

Dies führt zu einer Belebung der Innenstädte, in denen Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen wieder Fuß fassen können.

Darüber hinaus kann eine Verdichtung auch dazu beitragen, den Verkehr zu reduzieren, da die Menschen weniger auf das Auto angewiesen sind und stattdessen vermehrt zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sein können.

Die Schaffung von sicheren Fuß- und Radwegen sowie von Aufenthaltsräumen fördert nicht nur die Mobilität, sondern auch die Lebensqualität in den Gemeinden.

Wichtig wäre für uns, und das ist auch in unserem Wahlprogramm verankert, ein umfassendes Förderprogramm zu Bodenentsiegelung für Gemeinden.

Die Landeshauptstadt Eisenstadt hat bereits Maßnahmen zur Entsiegelung von bebauten Flächen initiiert, (*Abg. Johann Tschürtz zum Abg. Mag. Thomas Steiner: Welche? Welche Flächen?*) um für mehr Lebensqualität zu sorgen und ein gesundes Stadtklima zu fördern. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Diese Initiative sollten wir unterstützen und auch auf weitere Gemeinden ausweiten.

Ein Thema noch, das, wo Burgenland leider zu den Spitzenreitern zählt, wenn es um die Flächenversiegelung geht, ist, diese Großflächen-PV-Anlagen, wo wertvolle landwirtschaftliche Flächen auch herangezogen werden. Die Energiewende ist natürlich zweifellos eine große Herausforderung. Photovoltaikanlagen auf Freiflächen aufzustellen ist eine einfache und eine günstige Möglichkeit, aber wir müssen auch bedenken, dass wir uns in Zukunft mit regionalen Lebensmitteln versorgen wollen und es auch wichtig ist, dass wir regionale Lebensmittel haben.

Das ist eben auch eine Form der Versiegelung - auch wenn die Flächen nicht zubetoniert sind.

Abschließend ist für mich klar, dass wir den Verlust unserer Böden stoppen müssen.

Dazu braucht es Rahmenbedingungen, die sowohl den Schutz unserer Umwelt als auch die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Denn, eines ist klar, wenn der Boden verlorengeht, verlieren wir nicht nur eine wertvolle Ressource. Wir verlieren auch unsere Zukunft. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Robert Hergovich: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Thomas Schmid.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Thomas Schmid (SPÖ): Danke Herr Präsident. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Frau Landesrätin! Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten fünf Jahren haben wir intensiv über das Thema Bodenverbrauch, Bodenversiegelung, Bodeninanspruchnahme diskutiert.

Dies ist ein Bereich, der nicht nur politisches Fingerspitzengefühl, sondern auch eine klare zukunftsorientierte Strategie erfordert.

Eine Strategie, die Verantwortung und Nachhaltigkeit verbindet. Genau das, was wir hier im Burgenland auch vorleben.

Doch lassen Sie mich zunächst auf die Vorschläge der GRÜNEN eingehen. Wir haben in den letzten fünf Jahren Anträge von den GRÜNEN hier im Landtag behandelt, die in sich widersprüchlich waren.

Es ist bezeichnend, dass die GRÜNEN Anträge einbringen, die einem Zick-Zack-Kurs gleichen. Einerseits fordern sie den Ausbau von Infrastruktur, wie Straßen, Geh- und Radwege, zur Belebung des Öffentlichen Verkehrs, andererseits stellen sie sich genau gegen diese Maßnahmen, weil sie zur Bodenversiegelung führen.

Ja. Wir wollen das Beste, die beste Infrastruktur für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer. Daher wollen wir genau bei diesem Thema ansetzen, wie wir es jetzt in den letzten fünf Jahren gemacht haben.

Andererseits, und das war ein Antrag, der mich sehr verwundert hat, war in den letzten fünf Jahren ein pauschaler Stopp der Bodenversiegelung. Der ist auch von den GRÜNEN eingebracht worden. Wo das hinführen soll, was das soll, kann ich hier nicht sagen und werde ich wahrscheinlich aus den Antworten der GRÜN-Fraktion nicht beantwortet bekommen.

Aber, besonders absurd wird es, wenn die GRÜNEN in einer Regierung sind, wie sie auf Bundesebene waren oder noch sind. Dort, wo sie Verantwortung tragen, wird der Klimaschutz beziehungsweise die Bodenversiegelung nur zur Nebensache.

Wir haben das im Regierungsprogramm gesehen. Eine halbe Seite für die Bodenversiegelung. Genauso viel ist es den GRÜNEN auch wert, wie der Bodenschutz von ihnen gelebt werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja bereits heute von der Kollegin Haider-Wallner angesprochen worden, zwei Fußballfelder. Wenn ich mir das so durchrechne, dann wird das Burgenland, ich glaube, in den nächsten 10, 15 Jahren, dann nur mehr aus Fußballfeldern bestehen. Diese Rechnung geht nicht auf. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Diese zweieinhalb Hektar, die Sie angesprochen haben, das wären 12 Quadratmeter pro Gemeinde pro Jahr.

Da müssen Sie mir zeigen, wie Sie in dem Fall die Infrastruktur machen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Burgenland ist ein Vorbild für die nachhaltige Raumplanung. Im Gegensatz dazu zeigt das Burgenland, wie wichtig und wie richtig es geht. Wir setzen auf eine durchdachte Raumplanung, die sowohl die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger als auch den Schutz unserer Ressourcen berücksichtigt.

Mit dem bestehenden Raumplanungsgesetz haben wir klare und wirkungsvolle Richtlinien geschaffen, wo die zentralen Punkte sind.

Wir wollen verhindern, dass wertvolle Flächen ungenutzt bleiben, brach liegen oder rein spekulativ gehandelt werden.

Die Baulandmobilisierungsabgabe soll als gezielte Maßnahme leistbare Baulandpreise ermöglichen und auch viele Jungfamilien bei uns im Burgenland halten, sodass sich diese auch ihr Eigenheim leisten können.

Das Leerstandsmanagement, das ist ja heute bereits angesprochen worden, die LAG Südburgenland beziehungsweise auch die Wirtschaftsagentur hat bereits diese Schritte gesetzt, wo die Leerstände erfasst und auch weitergegeben werden.

Wir wollen haben, dass das Wohnen für alle möglich ist, aber natürlich mit Bedacht.

Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern leistbares Wohnen ermöglichen. Eigenheim und Wohnraum sollen keine unerreichbaren Träume bleiben, sondern ein Grundrecht sein. Wir wollen, dass alle Burgenländer bestens versorgt sind. Dazu gehört natürlich auch die Schaffung von Infrastruktur in jeder einzelnen Gemeinde. Angefangen von Kindergärten, Schulen, Spielplätzen, die Straßen, wie ich es bereits angeregt habe, und die Versorgungsnetze.

Diese Entwicklung geschieht aber verantwortungsvoll nach klaren Plänen, wie für die Gemeinden das Örtliche Entwicklungskonzept oder der Landesentwicklungsplan.

Flächen sollen sinnvoll genutzt werden, damit wir alle gemeinsam davon profitieren können.

So stellen wir sicher, dass freie Flächen dort erhalten bleiben, wo kein Bedarf besteht und dass sie sinnvoll genutzt werden, wo Bedarf gegeben ist. Erfolge, und das haben wir auch im Burgenland, die können sich bei uns sehen lassen.

Ein Blick auf die Flächenaufteilung. Es ist ja heute auch vom Kollegen Tschürtz angesprochen worden: Das Burgenland hat sechs Prozent als Bauland gewidmet. Von der kompletten Fläche des Burgenlandes, die 3.965,2 Quadratkilometer, sind 52 Prozent landwirtschaftlich genutzt, während fast ein Drittel davon bewaldet ist.

Genau diese Prozentzahl möchte ich noch bekannt geben, sechs Prozent Bauland, ein Prozent Aufschließungsgebiet, drei Prozent Verkehrsfläche, landwirtschaftlich genutzte Fläche von 52 Prozent.

Viele Einrichtungen, wie Campingplätze, Fußballplätze, Marina und so weiter, mit zwei Prozent. 4,5 Prozent Gewässer. 2,5 Prozent Schilf und 29 Prozent Wald.

Ich glaube, das kann sich schon sehen lassen. Diese Statistik lügt nicht. Die kommt von der Statistik Austria. Da wollen wir auch seitens des Landes weiterarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Weil das so verpönt wird, wollen wir haben, dass in jeder Gemeinde ein Betriebsgebiet erschaffen wird. Nein, das wollen wir nicht haben.

Deshalb hat auch Landesrat Dorner ein Positivbeispiel herausgenommen, die interkommunalen Businessparks.

Ich glaube, dass das eine sinnvolle und richtige Einrichtung ist, dass man hier Gemeinden zusammenschließt, das Wachstum in dem jeweiligen Gebiet, was Wirtschaftswachstum, was Arbeitsplätze betrifft, dass das genau diese durchdachten Maßnahmen sind und auch nachhaltig sind.

Zahlen belegen diesen Erfolg. Wir zeigen damit auch, dass eine Balance zwischen Entwicklung und Naturschutz möglich ist. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein gemeinsamer Weg in die Zukunft. Die SPÖ Burgenland steht für eine verantwortungsvolle Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, ohne dabei die Natur und ihre Ressourcen zu vergessen.

Wir werden diesen erfolgreichen Weg fortsetzen. Mit klarem Kurs und keinem Zick-Zack-Kurs, so, wie es die GRÜNEN fordern.

Lassen Sie uns gemeinsam daran weiterarbeiten, das Beste für unser Burgenland sicherzustellen, für eine saubere, nachhaltige Zukunft für unsere Kinder und unsere Umwelt. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Géza Molnár.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (freier Abgeordneter): Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren, ja, ich glaube, man muss nach diesen Debattenbeiträgen eines einmal ganz klipp und klar festhalten, nämlich die Bodenversiegelung, meine Damen und Herren, wie wir sie in Österreich erleben, das ist keine existenzielle Frage, das ist kein existenzielles Problem und das ist auch nichts, was uns größere Sorge bereiten müsste.

Die Bodenversiegelung ist schlicht und einfach ein Wahlkampfthema der GRÜNEN, das künstlich aufgebauscht und zum Bestandteil der GRÜNEN Weltuntergangsfantasien gemacht wird, Kollegin Haider-Wallner, um Wählerstimmen einzuheimsen.

Ich bin dagegen, dass man dieses Spiel mitspielt, meine Damen und Herren. Es passiert ja leider auch in anderen Parteien. Ich bin dagegen, dass man im Zuge dieser Debatte auch einteilt und unterscheidet zwischen gut und bösen Menschen. Und letztendlich ist das eine Politik, die auf ein vollkommen zukunftsgefährliches und unfreies Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell abzielt.

Meine Damen und Herren, was ist nämlich Tatsache und was sind vor allem auch die guten Nachrichten? Fast die Hälfte des österreichischen Staatsgebietes, meine Damen und Herren, ist mit Wald bedeckt. Über vier Millionen Hektar und im Durchschnitt hat die Waldfläche in den letzten zehn Jahren pro Jahr um 3.400 Hektar zugenommen.

29 Prozent der österreichischen Staatsfläche stehen unter Naturschutz, im Burgenland mehr als ein Drittel.

Ich glaube, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hat in der letzten Sitzung von 40 Prozent gesprochen, denen wir uns annähern, also von Fläche, die in der einen oder anderen Form unter Schutz steht.

Ein Drittel der burgenländischen Landesfläche, meine Damen und Herren, ist Wald, über sieben Prozent Wasser. Nebenbei kennen auch Wasser- und Luftqualität in ihrer Entwicklung in den letzten Jahren nur eine Richtung, nämlich die Qualität wird besser, besser und besser.

Wie schaut es umgekehrt aus? Umgekehrt sind gerade einmal 3,5 Prozent der österreichischen Staatsfläche versiegelt - das ist im Übrigen nicht einmal die Hälfte der verbrauchten Fläche - und die betriebliche Nutzung, um die es da vor allem von GRÜNER Seite heute geht, die macht überhaupt nur einen kleinen Bruchteil des jährlichen Verbrauches und der jährlichen Versiegelung aus.

Also es gibt überhaupt keinen Grund, meine Damen und Herren, den Teufel an die Wand zu malen oder da irgendwelche Weltuntergangsfantasien zu wälzen oder so tun, als wären wir drauf und dran, wie es die GRÜNEN machen, unsere Lebensgrundlagen zu- und wegzubetonieren. Das stimmt nämlich schlicht und einfach nicht.

Und es ist ja auch interessant, was das Bundesumweltamt, nicht Greenpeace, Bundesumweltamt - ich glaube, eh noch bei den GRÜNEN angesiedelt - zu diesem Thema sagt.

Nämlich nach einer Umstellung, was die Methodik zur Erfassung des Flächenverbrauches angeht, ich lese es Ihnen vor, Zitat, können Sie nachschlagen.

„Eine stabile Bewertung, ob die Flächeninanspruchnahme zu- oder abnimmt, ist Ende 2028 möglich. Jährliche Näherungsschätzungen sind ab 2026 technisch möglich.“

Also wir wissen momentan eigentlich gar nicht so genau, worüber wir oder auf welcher Zahlengrundlage wir da überhaupt diskutieren, mit Ausnahme der GRÜNEN, die ja bekanntermaßen immer alles besser wissen. Ich bezeichne das als nächstes GRÜNES Märchen.

Nebenbei, wenn es um ganz bestimmte Projekte geht, kann es ja auch den GRÜNEN nicht genug oder zu viel Bodenverbrauch und Bodenversiegelung geben, wenn ich an die Photovoltaik-Plantagen denke, die aus dem Boden schießen oder den Boden bedecken. Oder auch an diese Windkraftparks.

Meine Damen und Herren, natürlich ist der Leerstand von Gebäuden und insbesondere auch von Betriebsflächen nichts, was man sich wünscht, und natürlich sollte man schauen, wie man brachliegende Betriebsflächen wieder in Nutzung bringt, das ist gar keine Frage. Aber die Richtung, in die die GRÜNEN gehen wollen, die ist schlicht und einfach abzulehnen.

Wenn sich Unternehmer und Betriebe im Burgenland ansiedeln möchten oder hier ihre betrieblichen Flächen erweitern wollen, meine Damen und Herren, dann ist das ganz klar zu unterstützen. Weil es darum geht, dass wir Arbeitsplätze im Burgenland haben, weil es darum geht, dass wir Wertschöpfung im Burgenland haben, weil es darum geht, dass es Land und Leuten gut geht.

Und mir sind 10.000 Quadratmeter leerstehende oder versiegelte Betriebsfläche etwas, das mir lieber ist, das mich besser schlafen lässt, als 10.000 arbeitslose Burgenländer.

Und ich sage Ihnen zum Abschluss etwas überspitzt und provokant, in diesem Sinne gibt es momentan zu wenig Bodenversiegelung.

Ich wäre froh, wenn wir momentan mehr Bodenversiegelung hätten, wenn ich es überspitzt formulieren darf, weil das nämlich bedeuten würde, dass der Wohnbau wieder angesprungen ist und weil es nämlich bedeuten würde, dass die Wirtschaft nicht zusperrt, sondern, dass wir Betriebe ansiedeln und dass sich vor allem die Betriebe, die wir schon haben, halten können.

Aber das ist leider nach fünf Jahren Schwarz-Grün im Bund nicht möglich, es ist das Gegenteil der Fall. Mit der Wirtschaft geht es nur bergab und der Wohnbau ist tot. So viel zu dieser Debatte.

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen, wenn man den Fachleuten glaubt und denen, die sich mit Raumplanung beschäftigen, dann ist die Situation relativ klar.

Wir haben eine Zunahme der Zersiedelung seit 1975, die sich verfünffacht hat, das bedeutet natürlich Bodenverbrauch.

Wir haben seit 2000 eine Zunahme von 32 Prozent Bodenverbrauch, das ist jetzt nicht unbedingt Bodenversiegelung, aber ein Teil ist immer davon auch Bodenversiegelung.

Und man braucht eigentlich nicht unbedingt Experte sein, man braucht nur durch das Land fahren, wenn man die B50 entlang durch das Burgenland fährt, dann sieht man, dass die Versiegelung fortschreitet.

Und natürlich jedes neue Geschäft, jeder neue Einkaufsladen, jedes neue Einkaufszentrum bedeutet ja nicht nur, die Versiegelung dieses Gebäudes, sondern ich muss dort Straßen hinlegen. Und die Straßen sind eines der größten Versiegelungsthemen, auch im Burgenland.

Und das Burgenland ist, man kann das natürlich immer schönreden und verharmlosen, ist hier Weltmeister. Wir haben so viel Supermärkte wie kaum ein anderes Bundesland. Österreich hat so viele Supermärkte wie kein anderes Land in ganz Europa - zumindest in der EU - und diese Bodenversiegelung hat natürlich negative Auswirkungen.

Die Kollegin Laschober-Luif hat das ja eh schon klargemacht, man braucht sich ja nur anschauen, wo ist in Eisenstadt, wo wird jetzt genau der neue Baumarkt gebaut?

Was war das vorher? Ackerflächen. Und natürlich gehen uns nach und nach - auch wenn es pro Tag jetzt nur ein paar Quadratmeter oder fünf Hektar, glaube ich, sind es österreichweit - wenn das so weitergeht, dann verlieren wir hier die Nahrungsmittelsicherheit in Österreich.

Und wenn man das schönreden und verleugnen will, dann ist das grob fahrlässig. Und reden Sie mit den Leuten auf der Straße, die werden Ihnen zustimmen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

90 Prozent der Menschen sehen auch die Bodenversiegelung als riesiges Problem, wir sehen die Problematik jeden Tag genau auf der Straße. Und die schadet uns mehrfach. Die schadet uns bei der Nahrungsmittelproduktion, die schadet uns beim Kampf gegen die Klimakrise, weil ja natürlich Boden ein CO₂-Speicher ist. Wenn der einmal versiegelt ist, dann kann er kein CO₂ mehr speichern.

Der schadet uns bei der Aufnahme von Wasser, der schadet uns bei der Reinigung von Wasser, weil natürlich ein versiegelter Boden kann kein Wasser reinigen.

Natürlicher Boden reinigt das Wasser - also das Regenwasser zum Beispiel - bis es dann wieder im Grundwasser ist, ist es wieder sauber, weil das eine Filterwirkung hat, und, und, und.

Das sind viele, viele Probleme und ich finde es wirklich bedenklich, wenn man das hier schönreden versucht. Wir müssen etwas tun dagegen, und wenn der Kollege Schmid sagt, wir haben im Bund nichts dagegen getan. Die Raumplanung ist ganz klar Sache der Länder.

Wir haben im Bund versucht, hier etwas weiterzubringen. Die Länder haben ohne den Bund hier eine Bodenstrategie auf das Papier gebracht, die eigentlich nicht viel bedeutet, weil kein Ziel ist.

Und 2,5 Hektar ist jetzt einmal eine Diskussionsgrundlage, dann kann man natürlich drüber diskutieren. Aber klar ist, wir müssen von dem hohen Wert runterkommen. Wenn wir so weitermachen, verschlimmern wir die Probleme beim Hochwasser, wir verschlimmern die Probleme bei der Nahrungsmittelproduktion, und, und, und. Und das ist einfach grob fahrlässig.

Deshalb müssen wir hier auch im Burgenland - natürlich nicht nur im Burgenland - wirklich schauen, dass wir natürlich null - von null redet niemand, natürlich brauchen wir Radwege, wir werden auch das eine oder andere Geschäfte oder die andere Unternehmensgründung brauchen -, aber wir müssen mit dieser Anzahl runterkommen.

Wir müssen schauen, dass wir auch die Parkplätze bei den Supermärkten verkleinern. Es ist ja verrückt, wenn man nach Weppersdorf reinfährt beim Billa, der hat einen eigenen Parkplatz genau beim Geschäft und dann ist auf der anderen Straßenseite noch ...

Präsident Robert Hergovich: Schlusssatz Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) (*fortsetzend*): ... ein Parkplatz, da steht hie und da einmal ein LKW oder ein Campingbus und mehr ist nicht. Das darf nicht weiter passieren und das wissen die Burgenländerinnen und Burgenländer und wir werden da dahinter bleiben. Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN*)

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Heinrich Dorner von der Regierungsbank.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Heinrich Dorner (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Frau Kollegin, Hohes Haus, sehr geschätzte Abgeordnete, danke für den wiederholten Diskussionsbeitrag zu diesem Thema, der sich die letzten Jahre ja hindurchzieht.

Auch ich vernehme, dass dieses Thema den GRÜNEN entgleitet und sie wirklich daran festhalten wollen und insbesondere jetzt in einer Vorwahlkampfzeit.

Ich möchte mich bedanken bei allen Vorrednern, weil heute eines gemacht wurde und zwar wurden Zahlen präsentiert, und ich glaube, man muss Zahlen schon Glauben schenken, wenn die auch von Instituten, wie dem Bundesumweltamt und dergleichen, Statistik Austria, kommen.

Ich habe dies schon vor längerem immer wieder einmal vorgerechnet.

Ich möchte das nicht wiederholen, aber ich komme bei Baulandwidmungen immer wieder auf meine Rechnung, dass wir über ein Prozent der Gesamtfläche diskutieren, wenn es um Bodenversiegelung geht.

Das ist - und da gebe ich dem Kollegen Tschürtz wirklich zu 100 Prozent Recht -, man muss hier das Verhältnis herstellen, über was wir diskutieren, weil ansonsten die Menschen irgendwie getäuscht werden. (*Abg. Doris Prohaska: Genau!*)

Und ich sage Ihnen ganz offen, ich habe nicht erst ein Gespräch, sondern unzählige, hunderte Gespräche geführt, wo ich diese Zahlen auch dargelegt habe, präsentiert habe und alle dann gesagt haben, na, wieso sagt ihr das nicht öfters. Das ist ja

ein völlig anderes Bild, als wir hier immer wieder präsentiert bekommen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und dass es wichtig ist, das möchte ich ja auch erwähnen, das ist ja kein Thema, aber ich wiederhole mich, es geht darum, dass man hier seriös mit Zahlen agiert und hier die Richtigkeit und Wichtigkeit auch darlegt.

Vielleicht, weil der Kollege Spitzmüller gesagt hat, man soll den Fachleuten glauben und auf diese vertrauen. Ich sage Ihnen genau, wie dieses Thema der Bodenstrategie abgelaufen ist, wurde ja leider nicht beschlossen in der österreichischen Raumordnungskonferenz.

Ich durfte zu diesem Zeitpunkt auch den Vorsitz führen und hier wurde über ein Jahr, eineinhalb Jahre intensivst verhandelt, diskutiert. Es wurde diese Strategie eben auch verfasst mit unzähligen Maßnahmen. Wobei, nur so nebenbei gesagt, das Burgenland schon sehr, sehr viele dieser Maßnahmen bereits umgesetzt hat.

Und es waren dort vertreten nicht nur die neun Bundesländer - die dafür gestimmt hätten und haben -, es war dabei die Wirtschaftskammer, die das positiv bewertet hat. Es war die Arbeiterkammer dabei, die das auch positiv bewertet hat. Es war die Industriellenvereinigung dabei, die das positiv bewertet hat. Und es waren unzählige weitere Institutionen vertreten, die das auch positiv bewertet haben.

Und Fachleute waren natürlich auch eingebunden. Da gibt es den sogenannten Professor Kanonier von der TU Wien - der, glaube ich, hinlänglich bekannt ist, wenn man sich mit dieser Materie auseinandersetzt -, der das auch begrüßt hätte, wenn wir die Bodenstrategie beschlossen hätten.

Nur war dort eine Person dort, der aber sogar stellvertretend für die Frau Minister Gewessler dort war, und zwar der Vizekanzler Kogler, der inhaltlich dort nichts dazu beigetragen hat, sondern nur gesagt hat, wir brauchen dieses 2,5-Hektar-Ziel, dann stimmen wir eh mit.

Und jetzt frage ich mich, bin ich im Thema drinnen, diskutiere ich das fachlich? Hat er dort nicht gemacht. Er hat einfach nur diese 2,5 Hektar als eine Person versus allen anderen, die ich hier aufgezählt habe, hier hingestellt und hat gesagt, bin ich nicht dabei.

Jeder dort, auch der Herr Prof. Kanonier als Fachmann, hätte gesagt, bitte beschließt das, das wäre eine gute Geschichte. Deswegen haben wir es dann bei einer Länderkonferenz in Oberösterreich unter der Federführung vom Kollegen Achleitner beschlossen.

So, und zu diesen 2,5 Hektar, das ist ja auch ein Verwirrspiel mittlerweile, wo ich mich nicht sicher bin, ob jeder eigentlich weiß, was damit gemeint ist. Weil ich kann nicht einfach sagen, 2,5-Hektar-Ziel und differenziere aber grundsätzlich nicht zwischen den Regionen. Tirol ist anders als das Burgenland, Kärnten ist anders als Salzburg, da kann ich ja nicht mit einem Kamm drüberschneiden und sagen, das ist das Ziel. Jeder hat seine anderen Herausforderungen, jeder will sich anders entwickeln, da muss ich, wenn, dann in die Tiefe gehen.

Weil, wenn ich es herunterrechne, und wir reden hier ja nicht von Bodenversiegelung, sondern von Flächeninanspruchnahme. Und das ist halt ein Riesenunterschied! Weil das würde für die eine oder andere Gemeinde bedeuten, dass, wenn ich es runterbreche, ich pro Jahr 500 bis 1.000 Quadratmeter nur mehr verbauen darf. Und da fallen auch Kinderspielplätze rein, zum Beispiel. Ja, wie soll sich dann eine Gemeinde entwickeln?

Und da geht es nicht nur um die Versiegelung, sondern um die Flächeninanspruchnahme. Wenn man da vielleicht ein Feuerwehrhaus bauen will, muss man sieben Jahre warten, bis man die Quadratmeter zusammen hat, die man verbauen darf? Ist das das, was Sie wirklich wollen? Ich verstehe es aber auch, dass Sie das nicht verstehen, weil Sie keine Gemeindeverantwortung haben.

Ich kenne keinen GRÜNEN Bürgermeister im Burgenland, weil die wüssten das dann, weil dort erlebt man die harte Realität, wenn man sich entwickeln will. Und das wissen eben die GRÜNEN nicht, weil sie eben keine kommunale Vertretung haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und jetzt noch zwei, drei Punkte nur als Beispielpunkt. Ich weiß, dass Sie an diesen Themen hängen, aber es tut Ihnen wahrscheinlich wahnsinnig weh, dass wir als SPÖ das im Land durchgesetzt haben und umgesetzt haben.

Sie können 100-mal noch die Supermärkte bringen. Wir haben hier eine gesetzliche Regelung eingeführt, dass hier eingedämmt wird und niemand an Ortsrändern bauen wird. Das können Sie runterbeten 17-mal, wir haben es ja schon gemacht. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wir haben sogar mitgestimmt!)* Wir haben es ja schon gemacht.

Wir haben interkommunale Betriebsgebiete. Die Frau Kollegin Petrik hat das begrüßt. Gibt es wirklich Zitate, wo sie das auch sagt. Auch der WWF-Bodenreport sagt das, dass das empfohlen wird. Das ist genau die Strategie der Landesholding.

Präsident Robert Hergovich: Schlusssatz bitte!

Landesrat Mag. Heinrich Dörner (SPÖ) (fortsetzend): Ein letzter Satz, dann bin ich eh schon fertig. Wir haben auch regionale Entwicklungsprogramme umgesetzt. Auch das wäre ein Punkt, der positiv zu werten ist. Recht herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Robert Hergovich: Vielen Dank Herr Landesrat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da somit der einzige Punkt der Tagesordnung erledigt ist, unterbreche ich nun die 65. Landtagssitzung bis 13.05 Uhr, um dann entsprechend der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtags die Dringlichkeitsanträge aufzurufen. Die Sitzung ist unterbrochen. Vielen Dank.

(Die Sitzung wird um 10.46 Uhr unterbrochen und um 13 Uhr 05 Minuten fortgesetzt.)

Präsident Robert Hergovich: Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist 13 Uhr 05 Minuten und ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „SPÖ-Alleinregierung muss sofort handeln: Faire finanzielle Entlastung der 171 Gemeinden“ (Zahl 22 - 2015) (Beilage 2765)

Präsident Robert Hergovich: Wir kommen nur zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „SPÖ-Alleinregierung muss sofort handeln: Faire finanzielle Entlastung der 171 Gemeinden“, Zahl 22 - 2015, Beilage 2765.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des dringlichen Antrages.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke schön Herr Präsident. Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die Gemeinden, allesamt, alle 171 Gemeinden unseres Heimatlandes stellen gleichzeitig in jeder Art und Weise das Rückgrat unseres Heimatlandes dar. In jeder Lebenslage, in vielen Bereichen, in diesen vielen Aufgaben, die die Gemeinden zu verantworten haben. In ihren Aufgabenbereichen machen sie eine gute Arbeit.

Und so, wie es bei einer Ehe ist, in guten wie in bösen Tagen, sind die Gemeinden einfach zur Stelle. In guten Tagen, wo es darum geht, die Infrastruktur sicherzustellen, auszubauen, zu gewährleisten, mit dem Kindergarten, der Schule, im Friedhofsbereich, in der Gemeindeverwaltung, bei den Spielplätzen, bei den Vereinen und bei allen anderen Aufgaben, die die Gemeinde in der Summe zu gewährleisten hat.

Auf der anderen Seite, wenn es zu Katastrophen kommt, wenn es zu Hochwasser kommt, ist die Gemeinde oftmals gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr zur Stelle und hilft unmittelbar, zeitnah, rasch und unbürokratisch. Und das zieht sich fort wie ein roter Faden.

Selbst in der Pandemie haben alle Gemeinden über Parteigrenzen hinweg hier zusammengehalten und die Dienstleistung am Nächsten, an der Bürgerin, an dem Bürger, erbracht und darauf geschaut, dass es den Burgenländerinnen und Burgenländern, allen Gemeindemitgliedern einfach gut geht.

Mit diesen vielen Aufgaben, die eine Gemeinde zu bewältigen hat, und den großen Herausforderungen in jeglicher Hinsicht, war es in der Vergangenheit immer wichtig und richtig, dass man das Gemeinsame vor das Trennende stellt, über Parteigrenzen hinweg, mit Ertragsanteilen, mit den Steuereinnahmen des Bundes und der Weiterverteilung durch das Land, durch diese Landesregierung an die Gemeinden. Genauso mit der gerechten Aufteilung von Bedarfszuweisungen, die Gemeinden so weit zu unterstützen, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können.

Am Ende des Tages hat das über Jahre und Jahrzehnte im Wesentlichen mit ein paar Aufs und Abs relativ gut funktioniert. Bis vor ein paar Jahren, wo dieses System auf den Kopf gestellt worden ist.

Was ist passiert? Während die Gemeinden ihren Aufgaben nachgehen, die Besorgungen verrichten für die Bürgerinnen und Bürger, die Serviceleistungen erbringen und ausbauen, ist der Herr Landeshauptmann mit dieser SPÖ-Alleinregierung auf Einkaufstour gegangen.

Man hat sich 200.000 Flaschen Sekt angeeignet, man will eine Landesmolkerei gründen, man hat eine Zuckerfabrik gekauft, die zum Teil unter Denkmalschutz steht, man hat sich eine Heiratsagentur angeeignet, wo wir nicht wissen, ob sie diese noch gibt oder nicht. Man hat für 160 Millionen Euro 400 Busse angeschafft und ein gut funktionierendes System auf den Kopf gestellt.

Es profitieren natürlich auch hier im Umfeld des Herrn Landeshauptmannes viele Personen. Wenn ich nur an die Beratungsleistungen in den letzten Jahren denke in der Höhe von 8,23 Millionen Euro. 8,23 Millionen Euro nur für Beratungsleistungen!

Und am Ende des Tages ist es das Ziel, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer, vor allem alle Gemeinden nach der Flöte des Landeshauptmannes tanzen.

Irgendwer wird diesen Tanz bezahlen müssen. Diese Einkaufstour, dieses Aneignen an Vermögen, das man selber nicht einmal erklären kann als Regierung, was

man damit tut. Der Steuerzahler, die Steuerzahlerin, aber auch die Gemeinden müssen dafür herhalten und diesen Kurs, der dringend korrigiert gehört, mitfinanzieren.

Allein die letzten Tage haben gezeigt, wie ernst man es eigentlich im Burgenland mit den eigenen Aussagen meint. Ich habe es noch im Ohr, wie der Herr Landeshauptmann hier gestanden ist, vor ziemlich einem Jahr, wo er gesagt hat, dieses Budget ist das beste Budget aller Bundesländer, das wir vorgelegt haben für das Jahr 2024. Und es ist seine alleinige Verantwortung, darauf zu schauen, dass es keine Neuverschuldung gibt, dass keine neuen Kredite aufgenommen werden.

Am Ende des Tages wird über den Nachtragsvoranschlag ein Minus von 127 Millionen Euro geliefert. Man muss 118 Millionen Euro an Landesgesellschaften zuschießen. Man hat dort bei der Personalpolitik dieser Landesregierung ein Minus von 45 Millionen Euro, alleine bei den Personalausgaben, die da zugeschossen werden müssen, und so weiter und so fort.

Was bedeutet das am Ende des Tages für das Jahr 2025? Die 50 Millionen Euro an Neuverschuldung, die diese Landesregierung von sich gegeben hat, das wird sie wohl nicht selbst glauben. Denn alleine die letzten Tage haben gezeigt, der Aktivpark in Güssing, statt sechs Millionen braucht man 22 Millionen Euro, ist ja kaum ein Unterschied. Das kann ja so in dieser Art und Weise nicht weitergehen!

Auch das nächste Budget für 2025 wird nicht halten. Auch die Gründungen mehrerer GmbHs wird auch nicht so weitergehen können. Weil wenn man auch im nächsten Jahr daran denkt, vielleicht 15, 20 neue GmbHs zu den 130, die wir eh schon haben, dazu zu gründen, Geschäftsführer wieder anzustellen mit dem Geschäftsführermindestlohn des Landes von 12.000 Euro. Und man wieder versucht, die Steuerzahler, die Steuerzahlerin gemeinsam und die Gemeinden hier zur Kasse zu bitten, so wird das in dieser Form nicht funktionieren.

Aber was ist eigentlich das Ziel, dass dieser massive Druck auch auf die Gemeinden aufgebaut wird? Das ist ja nicht nur alleine, dass zu wenig Geld da ist, damit man nicht weiß, wie man die eigenen Projekte, die man sich vorstellt, finanzieren kann. Da steckt ja eigentlich viel mehr dahinter. Und zwar bei der systematischen Aushungerung der Gemeinden geht es einmal in erster Linie um die vom Land Burgenland konzipierte Daseinsvorsorge.

Eine Daseinsvorsorge, wo ein konkretes Projekt vorgelegt worden ist, das konkrete Dinge beinhaltet. Nämlich Synergien nennt man so etwas heutzutage, wenn nicht mehr die Gemeinden zuständig sind, sondern nur mehr einer im Land das Sagen hat. Wenn nur mehr die Landesregierung das Sagen hat in betriebswirtschaftlichen Bereichen wie in der Trinkwasserversorgung, in der Abwasserwirtschaft, in der Abfallwirtschaft, beim Kindergarten und bei den Güterwegen.

Das ist nicht etwas, das die Opposition sagt, das ist ein Papier der SPÖ, eine Daseinsvorsorge zu schaffen. Und jetzt gehen wir es eigentlich schon seit Monaten an, und jetzt legen wir es darauf an, wie diese Daseinsvorsorge aussieht.

Der erste Tagesordnungspunkt ist, wie komme ich zum Müllverband. Indem man hergeht und sagt, nachdem ich den Druck auf die Gemeinden erhöht habe, hoffe ich als Landesregierung, dass die Gemeinden jetzt soweit Finanzierungsprobleme bekommen, dass sie sagen, okay, nimm halt den Müllverband, aber ich brauche Geld.

Diesen Deal, was eigentlich keiner ist, weil es ein ungleicher Abtausch wäre, ist keine Finanzhilfe für die Gemeinden im Burgenland, sondern das ist ein Aneignen über die Hintertür mit einer augenscheinlich fehlentwickelten Finanzpolitik dieser

Landesregierung, gepaart mit keiner Unterstützungsleistung an die Gemeinden, wo man dieses gut funktionierende Unternehmen sich unter den Nagel reißen möchte.

Warum funktioniert das gut? Weil 171 Gemeinden gleichermaßen über Parteigrenzen hinweg an einem Strang ziehen. Zum 22. Mal hintereinander keine Gebührenerhöhung beschlossen haben und die Menschen dadurch dementsprechend auch entlasten, weil keine Gebührenerhöhung passiert. Mit 96,80 Euro wird seit 22 Jahren hindurch der Müll von jedem einzelnen Haushalt abgeholt, entsorgt, verwertet und wiederverwertet.

Die Landesregierung hat natürlich etwas anderes vor. Ein monopolträchtiges Gebilde, wenn ich das einmal habe, dann habe ich in der Preispolitik, in der Preisgestaltung kein Problem mehr. Aber was würde dann passieren, wenn wir den Müllverband haben, die Gemeinden nicht gerettet hat und nur mit Einmalzahlungen hier dienen möchte? Was passiert dann? Na dann gehen wir das nächste Projekt an in der Daseinsvorsorge.

Dann gehen wir die Wasserwirtschaft an. Den Wasserverband. Der jetzige aktuelle Obmann des Wasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland, Edelmann, ist in seiner Antrittsrede ans Rednerpult gekommen und hat dort zum Besten gegeben, er ist dafür gekommen, um die Eingliederung in das Land zu vollziehen. Dafür hat der Vorgänger gehen müssen, der Bürgermeisterkollege Zapfl.

So hoch ist eigentlich der politische Zoll schon dafür in der SPÖ, wenn du nicht spurst, bist schon einmal weg vom Fenster. Gleichzeitig muss schon jemand kommen, der nach der Flöte des Landeshauptmannes tanzt. Am Ende des Tages ist das das nächste Ziel.

Alles, was sich heute vielleicht so weit weg anhört, was vielleicht abstrakt sich anhört, dass Abwasserverbände eingegliedert werden sollen, ist nichts Erfundenes, sondern steht auf dem Papier der SPÖ-Alleinregierung. Das ist das Ziel, um am Ende des Tages einen Superkonzern zu bauen.

Das hat der Herr Landeshauptmann selbst von sich gegeben, damals in der Funktion des Landesrates, heute in der Funktion des Landeshauptmannes. All das soll eingegliedert werden in die Burgenland Energie.

Dann habe ich Gas, Strom, Wasser, Müll, Abwasserentsorgung, alles aus einer Hand. Und wenn man sich heute Inerate anschaut, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass die Burgenland Energie auf einmal Telefonie und Internet anbietet, so bezweifle ich das, dass das die Aufgabe eines Landesenergieversorgers ist. So bezweifle ich das, dass das eigentlich der richtige Weg ist.

Was hat ein Landesenergieversorger eigentlich für Aufgaben? Zu schauen, dass mit den Geldern, die alle Kundinnen und Kunden für den Strom und für das Gas bezahlen, den bestmöglichen Tarif auch bilden kann.

Heute sind wir so weit, wo die SPÖ-Alleinregierung mit dem Herrn Landeshauptmann sagt, es gibt einen Fanclub, du musst heute schon Fanclub werden der SPÖ, pardon, nein, Fanclub der Energiegemeinschaft werden, dass du zehn Cent auf die Kilowattstunde kriegst, aber nur, wenn ein Wind geht und eine Sonne scheint.

Die TIWAG, der Landesenergieversorger von Tirol, hat jetzt aufhorchen lassen und hat gesagt, ab 1.1.2025 wird für alle Teilnehmer, für alle Kundinnen und Kunden des Landesenergieversorgers in Tirol ein Normalstrompreis von 9,8 Cent angeboten.

Na wo ist denn da die Nachhaltigkeit? Da ist viel Schmäh und viel Verkaufsstrategie dahinter, aber nicht das, was man sich erwartet. Und man erwartet sich schon gar nicht, dass alle monopolträchtigen Gebilde, die wir in der Gemeindehand haben, Abwasser, Wasser, Müllentsorgung, dann in die Landeshand kommen und dort einer dirigieren kann und über den Preis bestimmen kann.

Denn wo würde man sonst das Wasser herbekommen? Wo würde man sonst das Wasser hinleiten? Und, wer würde sonst den Müll von uns abholen? Und wenn man sich dann anschaut die Ertragsanteile, die kommen, relativ gleichbleibend in der Gesamtzusammenschau. Eines hat sich massiv verändert. Die Abzüge.

Wenn man sich die letzten Jahre anschaut, was da passiert ist, wo mit jeder einzelnen Gesetzesänderung gleichzeitig immer die Gemeinde mehr in die Pflicht genommen wird und dadurch sich die Abzüge des Landes massiv erhöht haben und dadurch klarerweise die Auszahlungsbeträge massiv verringert haben, so bringt man natürlich nicht nur die Gemeinden unter Druck, sondern am Ende des Tages wird man sie in den Ruin treiben. Damit man sie auffangen kann.

Alleine als Beispiel ist ja der Krankenanstaltenabgangsbetrag. Abgesehen, dass niemand gemerkt hat, dass die Leistungen mehr geworden sind, aber anscheinend sind die Zahlungen mehr geworden in diesem Bereich. Diese Landesregierung mit dem Herrn Landeshauptmann Hans Peter Doskozil an der Spitze, hat sich 23 Jahre verrechnet.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. 23 Jahre hat sich diese Landesregierung verrechnet und möchte jetzt diese Fehlverrechnung in nur drei Jahren allen Gemeinden abziehen. Und da reden wir nicht von Peanuts. Da reden wir von 22,5 Millionen Euro! 22,5 Millionen Euro, die in nur drei Jahren allen Gemeinden abgezogen werden, obwohl man sich 23 Jahre verrechnet hat.

Das ist weder fair, das ist weder anständig und schon gar nicht, nimmt man so oder gibt man so den Gemeinden eine Perspektive, sondern man nimmt ihnen diese Perspektive. *(Beifall bei der ÖVP)*

Am Ende des Tages kann man der SPÖ-Alleinregierung eine Untätigkeit nicht vorhalten. Sie ist sehr umtriebig. In vielen Bereichen. Nicht nur bei der Einkaufstour, sondern in vielen anderen Bereichen. Sie macht auch Gesetze.

In der übermorgigen Landtagssitzung am Donnerstag wird ein sogenanntes Gemeindefondsgesetz beschlossen. Mit den Stimmen, nehme ich an, der SPÖ. Ich bin neugierig, auch mit den Stimmen der SPÖ-Bürgermeister aus Bad Sauerbrunn, aus Winden, die vielleicht oder auch betroffen sein könnten. Ein Gemeindefondsgesetz, das den Namen eigentlich nicht tragen darf.

Ich darf zitieren aus dem Gesetzestext, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Inhalt einer Vereinbarung zwischen einer in Finanzprobleme geratenen Gemeinde mit dem Landesfonds nach dem Gemeindefondsgesetz.

Inhalt der Vereinbarung:

1. Übernahme von Darlehen und darlehensähnlichen Verbindlichkeiten der Gemeinde in das Eigentum des Fonds.
2. Die Übernahme von Liegenschaften und Gebäuden der Gemeinde in das Eigentum des Fonds.

Na ja, da zieht man nicht nur die Hose aus, sondern die Unterhose mit. Weil dann ist man eigentlich ohne Eigentum mehr als Gemeinde. Man gibt dann die Volksschule her,

den Kindergarten, das Gemeindezentrum. Und was passiert am Ende des Tages? Ja, richtig. Sie müssen das wieder durchfinanzieren. Aber nicht so, wie es früher war.

Das wird dir nie wieder gehören. Denn, in § 9 - Mittel des Fonds - steht klar drinnen unter Absatz 1.1.:

Mittel des Fonds - Erlöse aus der Bewirtschaftung des fondseigenen Vermögens, das man sich angeeignet hat, insbesondere durch Vermietung und Veräußerung von Liegenschaften und Gebäuden.

Na bumm! Na das wird erst was werden in den nächsten Jahren, wenn das Land das Gemeindeeigentum, die Gemeindehäuser verwaltet und am Ende des Tages dann von der Gemeinde wieder Miete verlangt, dass die Kinder in den eigenen Kindergarten gehen dürfen, dass die Feuerwehr im eigenen Feuerwehrhaus sein darf, dass die Bevölkerung im eigenen Gemeindezentrum feiern darf.

Das ist der Zugang dieser Landesregierung. Für das dreht man die Daumenschrauben an, dass man sich Gemeindeeigentum aneignet und das dann bewirtschaftet, im Zweifelsfall sogar verkauft. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, da hört sich ja jeder Spaß auf! Da geht es ja wirklich um realitätsfremde Zugänge in der politischen Darstellung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Sie haben noch bis übermorgen die Chance, dieses Gesetz nicht zu beschließen. Es kann ja nicht sein, dass im Burgenland Gemeinden nicht nur in der Autonomie beschnitten werden, sondern jetzt auch im Gemeindevermögen.

Und bevor jetzt wieder der Nächste der SPÖ ans Rednerpult tritt und sagt, ja aber, der Bund ist schuld, weil wegen dem Bund haben wir zu wenig Geld. Da kann man gleich entgegentreten, nachweislich, weil wenn man sich das anschaut, was die letzten Jahre in einer schweren Zeit, wo eine Krise nach der anderen gekommen ist, passiert ist, da wären wir ja mit der Hälfte schon zufrieden gewesen, dann hätten wir ja diese Probleme heute gar nicht.

Weil mit dem Kommunalinvestitionsprogramm 1, 2 und 3 haben die Gemeinden einen wesentlichen Zugang zu Geldern gehabt, die für Projekte hergenommen worden sind. (*Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Passt eh alles!*) Und dann können wir uns das anschauen. Wenn ich mir anschau Bad Sauerbrunn: 234.000 Euro. Deutsch Jahrndorf: 63.000 Euro. Neusiedl am See: 879.000 Euro. Oggau: 184.000 Euro. Und so weiter und so fort. Wie sie alle da sind, die SPÖ-Kolleginnen und Kollegen, haben dieses Geld natürlich abgerufen.

Und haben natürlich dieses Geld mit dem gemeindeeigenen Geld und Projekten natürlich hier investiert und geschaut, dass die Wirtschaft wiederbelebt wird und dass für Beschäftigung gesorgt wird, et cetera, et cetera.

Nach dem Finanzausgleichsgesetz kommen jetzt im Jänner noch Gelder dazu. Da kommen noch Struktur Gelder dazu. Kollege aus Oggau, 253.000 Euro kriegst Du überwiesen im Jänner. Und dann sagt die SPÖ-Alleinregierung der Bund ist schuld, die sind schuld an der Finanzmisere der Gemeinden.

Oder dass Neudörfel 41.000 Euro kriegst, Winden am See, Herr Kollege, 70.000 Euro, Bad Sauerbrunn 20.000 Euro und so weiter und so fort. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Das sind Unterstützungsleistungen, mit dem man was in der Gemeinde anfangen kann.

Hätten wir nur die Hälfte von dieser SPÖ-Alleinregierung an finanziellen Mitteln den Gemeinden gegeben, dann hätten wir heute keine Probleme, dann hätten wir heute keinen Sonderlandtag und wir müssten heute nicht diesen Druck so weit erhöhen, dass endlich einmal etwas passiert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Weil ja die SPÖ-Alleinregierung mit ihrem Landeshauptmann ja umgehend auf alles reagiert, so hat ja zum einen einmal die Sonderlandtagssitzung heute schon was gebracht.

Es ist gestern angekündigt worden, dass heute in der Regierungssitzung, ich nehme an, zu Mittag ist das schon erfolgt, ein Beschluss gefasst wird, wo die Bedarfszuweisungen erhöht werden, in einer noch nie dagewesenen Summe. Wissen Sie, was ich gerne hätte? Ich hätte gerne die Liste der Gemeinden, die das kriegen. Weil nicht, dass Grafenschachen mit 1.243 Einwohnern eine Million Euro alleine kriegt und andere Gemeinden null.

Das ist weder fair noch richtig, sondern diese Gelder gehören auf alle Gemeinden aufgeteilt. Und wenn ich heute in meiner eigenen Gemeinde einen „Schrieb“ kriege, wo darauf Bezug genommen wird, dass ich warten muss auf das Schulbauprogramm, das wird 2024/2025 nicht ausbezahlt, sondern erst 2026. Und ich muss das Nichthandeln des Landes in der Gemeinde mit 500.000 Euro zwei Jahre querfinanzieren, da reden wir nicht von Unterstützung, sondern da reden wir von Steinen in den Weg legen.

Und jetzt ist diese SPÖ-Alleinregierung dran, endlich einmal fair diese Bedarfszuweisungsmittel zu verteilen, dass alle Gemeinden im Burgenland, „wurscht“ wer sie sind, „wurscht“ wo sie sind, endlich zu fairen Geldmitteln kommen und dass ihnen unmittelbar so geholfen wird, so wie es sich jede einzelne Gemeinde im Burgenland verdient hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Klubobmann. Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Géza Molnár das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Géza Molnár (freier Abgeordneter): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie gestatten, dass ich eingangs vom Thema abgehe. Ich habe vorher, nach der Unterbrechung dieser Landtagssitzung auf der Straße von einem Schicksal gehört, das ich mit Ihnen teilen möchte, weil es mich wirklich bewegt und weil wir vielleicht unmittelbar helfen können.

Meine Damen und Herren! Sie alle kennen die Rauchfangkehrer, die um diese Jahreszeit das Landhaus beehren und uns mit diesen Glücksmünzen ein schönes neues Jahr wünschen, alles Gute wünschen. An der Spitze der Innungsmeister Herbert Baumrock.

Ich habe ihn gefragt, wie es ihm geht. Und das ist ja oft von manchen auch eine rhetorisch gemeinte Frage und man bekommt vor allem meistens eine rhetorisch gemeinte Antwort drauf. Man sagt, ja, passt eh alles.

Herbert Baumrock hat mir erzählt, dass sein 26-jähriger Sohn seit zwei Jahren im Wachkoma liegt aufgrund einer Erkrankung im Gehirn. Ich habe mich dann näher erkundigt, wie es da aussieht.

Er ist stationär in Oberpullendorf aufgenommen und man hat dann festgestellt bei einer Spezialuntersuchung, bei einer Messung der Hirnströme, dass man mit ihm kommunizieren kann, dass er alles mitbekommt und dass man über so eine Hirnstrommessung und die Übersetzung zumindest in Form von ja und nein Antworten bekommen, also mit ihm kommunizieren, kann.

Sie können sich vorstellen, oder wir können uns in Wirklichkeit nicht vorstellen, was dieses Schicksal bedeutet für den Betroffenen und vor allem für die Familie. Und die Familie sammelt momentan, denn es gibt sozusagen - ich sage das jetzt laienhaft - eine Haube, die diese Hirnströme dauerhaft messen kann und die ermöglichen würde, dass man mit dem Sohn vom Herrn Baumrock kommunizieren kann. Was, wie Sie sicherlich alle nachvollziehen können, eine wesentliche Erleichterung und Verbesserung wäre.

Ich weiß, es gibt viele Schicksale, die tragisch sind, und es mangelt vor allem auch vor Weihnachten nicht an Möglichkeiten, dass man sich karitativ betätigt und spendet, aber ich teile nachher gerne die Kontodaten und vielleicht kann der eine oder andere oder auch der eine oder andere Klub einen Beitrag leisten, um diese 40.000 Euro zusammenzubekommen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, zum Thema. Ja, wir haben Wahlkampf, das ist allen bewusst. Vor allem, wenn man sich jetzt den Herrn Kollegen Ulram angehört hat, und ich muss sagen, so schwer der Übergang jetzt fällt, es ist einigermaßen unverschämt, wie da aufgetreten wird.

Ich meine, der Herr Ulram ist wenigstens so ehrlich und trägt heute eine türkise Krawatte, also quasi ein Bekenntnis zu jener Partei, die uns in diese Situation in den letzten fünf Jahren hineingeritten hat. Da spricht immerhin der Vertreter jener Partei, die gemeinsam mit den GRÜNEN Österreich gegen die Wand gefahren hat. Rekordverschuldung bei Rekordeinnahmen.

Ich könnte jetzt sehr viel dazu sagen, aber ich glaube, es steht für alles, dass man über zwei Monate nach der Nationalratswahl noch immer nicht weiß, wie es überhaupt um das Budget im Bund bestellt ist. Vor einem Jahr hat man uns noch erklärt und vor der Nationalratswahl, es ist alles in Ordnung. Dann nach der Wahl sind die ersten Gerüchte aufgetaucht, dass es ein Loch gibt.

Da waren wir zuerst bei fünf Milliarden, dann irgendwann bei 15 Milliarden. Zuerst hat es geheißen bis 2028, jetzt sind wir bei diesen Summen schon bezogen auf das einzelne Jahr und jetzt sind wir bei wahrscheinlich bei über 20 Milliarden.

Also wie weit es da mit der Glaubwürdigkeit der ÖVP ist, wenn es um das Budget geht und um finanzielle Fragen, meine Damen und Herren, ich glaube, die Öffentlichkeit kann sich selbst ein Bild davon machen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Natürlich sind wir uns alle einig darin, dass - wie es auch Kollege Ulram formuliert hat - die Gemeinden das Rückgrat unseres Landes und von entscheidender Bedeutung für die unmittelbare Lebensqualität unserer Landsleute sind.

Wir sind uns auch einig darin, dass die Gemeinden in vielen Fällen wirtschaftlich immer mehr vor dem Abgrund stehen, dass es finanziell immer enger wird. Ja, und dass viele Bürgermeister eben nicht mehr wissen, wie sie das kommende Jahr budgetär darstellen sollen und vor allem dann auch die Folgejahre, ohne den Sparstift, meine

Damen und Herren, so ansetzen zu müssen, dass auch wirklich grundlegende Dinge nicht mehr geleistet werden können und die Bevölkerung das handfest zu spüren bekommt.

Da kommt wirklich Dramatisches auf uns zu. Ich habe heute einen Anruf bekommen von einem Gemeindevertreter aus dem mittleren Burgenland, die haben jetzt das Budget soweit fertig, die gehen mit allen Abgaben hinauf, weitgehend, soweit sie können.

Da wird kommendes Jahr so gut wie gar nichts mehr investiert, ja, und der laufende Betrieb der Gemeinde wird trotzdem zu einem Defizit von 700.000 Euro führen. Ich glaube, ich muss das niemanden da herinnen näher ausführen, was das bedeutet.

Das ist dramatisch und für die dramatische Situation gibt es nur einen Verantwortlichen und das ist die Politik selbst, meine Damen und Herren. Es ist ein Totalversagen, das hier Platz greift und zwar von allen Parteien, die irgendwo in Regierungsverantwortung stehen.

Und das Bemerkenswerte ist ja, dass alle Parteien, auch die Oppositionsparteien nur ein Medikament kennen und das ist dasselbe Medikament, das ist Geld. Nur auf dem Etikett der Vorschläge steht halt jeweils etwas anderes oben. Ich erinnere an die Anträge, die da im Herbst von allen drei Oppositionsparteien eingebracht wurden.

Die SPÖ hat ein Soforthilfepaket vom Bund gefordert.

Die ÖVP hat Landeszuschüsse eben vom Land gefordert, die sie auch jährlich wertangepasst haben möchte.

Bei der FPÖ heißt das Ganze Gemeindeforschuss, der ebenfalls vom Land kommen soll.

Und das Spannende ist ja schon an diesem Punkt, die Oppositionsparteien verlangen vom Land Geld und behaupten ja gleichzeitig - und nicht zu Unrecht - dass das Land mehr oder weniger selbst vor massiven Problemen im Budget steht und quasi pleite wäre.

So, das heißt, alle Parteien wollen das Problem, dass kein Geld da ist, mit Geld lösen, das wir gar nicht haben. Ich bin nicht der Meinung, dass dieser Zugang das Vertrauen in die Politik und in die Parteien stärkt, meine Damen und Herren.

Es steht fest - und ja auch das wird mittlerweile zugestanden - dass wir auf Gemeindeebene ein strukturelles, also ein nachhaltiges Problem haben und mittlerweile auch ein nachhaltiges Liquiditätsproblem in vielen Fällen.

Also nichts Kurzfristiges, wo man dann einmal - wie es in den letzten Jahren üblich war - die Geldspritze auspackt und nachhilft und alles ist wieder in Ordnung. Es wird die Mehrheit der Gemeinden in Österreich heuer Abgangsgemeinde sein, also mehr ausgeben als einnehmen. Im Burgenland schaut es zumindest perspektivisch nicht viel besser aus.

Auf eines muss man jedoch hinweisen, meine Damen und Herren, verhältnismäßig - das macht das jetzt nicht schöner - aber verhältnismäßig stehen wir im Burgenland im Vergleich zu anderen Bundesländern eh noch halbwegs gut da, bei aller Dramatik der Situation.

Dass wir das im Burgenland jetzt gar so intensiv diskutieren, liegt ja vor allem an der politischen Konstellation, denn in jenen Bundesländern, wo die ÖVP mit in der Landesregierung ist, stellt sich die Lage natürlich realpolitisch anders dar.

Und da finden wir, in der Steiermark zum Beispiel findet diese Diskussion ja intern statt und nicht über die Medien, wie es im Burgenland der Fall ist.

Dass wir, und ich glaube, auch das muss man der Vollständigkeit halber sagen, weil es ja nicht nur schwarz und weiß gibt, die Wahrheit liegt ja in der Mitte.

Dass es im Burgenland möglicherweise tendenziell eh noch ein bisschen besser bei aller Dramatik ausschaut, liegt natürlich auch beim Aufteilungsschlüssel, der im Vergleich zu anderen Bundesländern - Sie wissen es, Herr Kollege Ulram - im Burgenland zu Gunsten der Gemeinden gestaltet ist, in einem höheren Ausmaß, als das etwa im Nachbarbundesland Niederösterreich der Fall ist.

Und man kann sich ungefähr ausrechnen, was es bedeuten würde, wenn wir im Burgenland diesen Schlüssel hätten.

Wir haben also ein nachhaltiges, ein strukturelles Problem, ja, und wir haben eben gleichzeitig das Problem, dass auch das Land und der Bund Rekordschulden haben, meine Damen und Herren.

So, und das Rezept der letzten Jahre, das Medikament der Pakete und Zuschüsse von Geldscheinen, quasi Helikoptergeld, das lässt sich so wirklich nicht mehr machen.

Also mit der Symptombekämpfung ist es vorbei und der Leidensdruck wird jetzt dann so groß werden und manche Gemeinde erreicht das ja schon, dass man sich auch einmal mit den Ursachen beschäftigen wird müssen, meine Damen und Herren.

Es ist ja teilweise auch in den Vorschlägen der Parteien mittlerweile zu lesen, weil es ja eh niemand mehr in Abrede stellen kann.

Erstes Beispiel der Finanzausgleich. Ich habe es da herinnen schon mehrmals gesagt und ich sage ganz ehrlich, der Finanzausgleich, der jüngste Finanzausgleich, stellt für mich ebenfalls ein Totalversagen der Parteien dar. Dieser Finanzausgleich ist jetzt ein bisschen älter als ein Jahr, meine Damen und Herren, der wurde im Herbst 2023 unter Dach und Fach gebracht.

Verhandelt und unterschrieben haben diesen Finanzausgleich der SPÖ-Landeshauptmann, die SPÖ-Gemeindevertreter, der ÖVP-Finanzminister und auch die ÖVP-Gemeindevertreter.

Also genau jene Leute, die sich schon dann im vorigen Jahr - wenige Wochen nachdem dieser Finanzausgleich unterschrieben war - begonnen haben, darüber aufzuregen, dass das gerade auf Gemeindeebene kein adäquates Instrument ist, schon gar nicht auf fünf Jahre, um eben die strukturellen Probleme auf Gemeindeebene zu bereinigen oder zumindest auf dem Niveau zu halten, wo sie ohnehin schon waren und sind.

Und ich frage mich wirklich, bei wem wollen wir uns da jetzt eigentlich noch beschweren? Die Grundlage, der Finanzausgleich, das ist etwas, was die Parteien - und in dem Fall SPÖ und ÖVP - auf allen Ebenen miteinander ausgemacht haben.

Das Vertrauen in die Politik wird dadurch sicherlich nicht gestärkt. Das ist eine Bankrotterklärung, man kann es nicht anders sagen, meine Damen und Herren.

Die ÖVP hat in mehreren Anträgen als Ursachen natürlich auch die Preissteigerungen, die Inflation, die Teuerung, die Energiepreise, Gas, Öl, Strom, Treibstoff benannt und ich frage Sie in diesem Fall genauso?

Herr Kollege Ulram, weil Sie das auch vom Rednerpult aus so dargestellt haben, als wären das irgendwelche - ich halte das für grundfalsch, bei Krisen immer so zu tun, als täte das irgendwo herkommen.

Es gibt keine einzige sogenannte Krise oder krisenhafte Situation der letzten Jahre, die irgendwie höhere Gewalt war. Nein, alles politische Entscheidungen, die diese Krisen ausgelöst haben. Es ist die Schulden- und Geldpolitik, meine Damen und Herren, die das Geld wertlos macht und die Preise in die Höhe treibt.

Beobachten Sie bitte aktuell, was gerade in Frankreich los ist. Frankreich droht zum neuen Griechenland zu werden, diese Situation, wo die Deutschen am Boden liegen. Deswegen überlegt die EZB gerade, ob man wieder gewisse Schutzschirme ausfahren soll. Und wir können uns vorstellen, was das in dieser Situation bedeutet.

Weil es in Frankreich um viel, viel mehr geht und weil gleichzeitig der Spender der Europäischen Union, die Deutschen, am Boden liegen, meine Damen und Herren. Eine Politik, die seit Jahren eine irreführende Politik ist und die uns in diese Situation mithineingeführt hat.

Es ist, Herr Kollege Ulram und meine Damen und Herren von der ÖVP, es ist der Wirtschaftskrieg gegen Russland, der dort absolut nichts bewirkt. Bei uns aber umso mehr, gerade im Bereich der Energiesanktionen.

Es ist die Überregulierung in vielen Bereichen. Ich mache auch hier regelmäßig bei Beschlüssen im Landtag darauf aufmerksam, wo man immer so, manchmal ohne Debattenbeiträge, die Vorgaben - mitbeschlossen von Österreich - der Europäischen Union durchwinkt.

Wo wir jedes Mal, zumindest jede zweite Landtagssitzung Beschlüsse treffen, die mehr Bürokratie und damit mehr Ausgaben bedeuten.

Es ist die Energiewende, meine Damen und Herren. Schauen Sie sich den Voranschlag an! Die Schulden, die jetzt nächstes Jahr gemacht werden sollen, zumindest, sind direkte Folge dieser Energiepolitik und dieser Energiewende, und es ist die Energiewende, die Strom, Gas, Heizung und Treibstoffe teurer macht. Das ist so!

Im Übrigen, weil der Kollege Ulram wieder so treuherzig herschaut, es geht ja mit den Preisen jetzt auch Anfang Jänner wieder in die Höhe.

Die CO₂-Steuer, die steigt mit 1. Jänner wieder, na gratuliere. So, und wenn Energie teurer ist, dann ist alles teuer. Meine Damen und Herren, das sagt einem der Hausverstand.

Und egal, ob es jetzt diese Schulden- und Geldpolitik ist, egal ob es der Wirtschaftskrieg ist, die Sanktionen oder ob es eben Überregulierung und Energiewende sind, das fußt alles auf politischen Entscheidungen, die vor allem die ÖVP gemeinsam mit den GRÜNEN getroffen haben.

So und das sind die Ursachen dieser sogenannten Krisen, von denen man so tut, als wären sie höhere Gewalt und kämen irgendwoher.

Dasselbe, meine Damen und Herren, gilt für die sinkenden Steuereinnahmen, die jetzt natürlich ein riesengroßes Problem sind, weil, wenn wir über die Ertragsanteile reden, ja, dann reden wir ja über Steuereinnahmen.

Ich meine, wer hat denn Österreich zum Schlusslicht in Europa gemacht - beim Wirtschaftswachstum?

Und das ist ja jetzt eh schon wohlwollend formuliert, weil, wir sind ja jetzt das zweite Jahr in Rezession, wir werden nächstes Jahr das dritte haben, in der Industrie sind wir schon im vierten Jahr Rezession.

So, gleichzeitig Rekordschulden, ein Rekorddefizit und mich interessiert, ehrlich gesagt, diese Maastricht-Berechnung von drei Komma irgendwas Prozent gar nicht, weil in Wirklichkeit haben wir ein Defizit. Senn es 20 Milliarden sind, die wir zu wenig haben, haben wir 20 Prozent Defizit oder sogar noch ein bisschen mehr. Also fast ein Viertel der Einnahmen.

Ja, wer hat denn das zu verantworten, meine Damen und Herren? Und es ist ja noch lange nicht vorbei. Sie wollen in dieser Situation sogar noch hergehen und Steuern erhöhen. Also über die Teuerung, über die Rekordabgabenquote, ja, über das, also ganz ehrlich, Beschwerden bitte ans eigene Postfach, meine Damen und Herren von der ÖVP.

So und dann haben wir - wir haben es heute auch schon gehört von Vorrednern - natürlich im Burgenland diese Spezialität, sozusagen, die uns schon das ganze Jahr in der politischen Debatte verfolgt, nämlich dieser vorgeschlagene Abtausch „Müllverband gegen höhere Kostenübernahme beim Kindergartenpersonal“.

Also ich habe - die Debatte wird unfassbar unsachlich geführt und der Illusion, dass das vor der Landtagswahl noch gelöst wird, darf man sich sowieso nicht hingeben.

Aber ich habe jetzt rein aus Sicht der Gemeinden, ich habe nach wie vor keinen Bürgermeister getroffen, auch keinen ÖVP-Bürgermeister getroffen, der mir unter vier Augen gesagt hätte, dass er gegen diesen Abtausch wäre.

Und ich habe vorhin kein Argument gehört. Alle sagen, wichtig beim Müllverband ist, dass die Leistungen bleiben, das heißt, dass das Angebot bleibt, das der Müllverband momentan leistet, und dass es vor allem für die Bevölkerung nicht teurer wird.

Wenn das gewährleistet ist, dann ist es für eine einzelne, gerade kleinere Gemeinde ja überhaupt kein Nachteil, ob dieser Verband jetzt ein Gemeindeverband oder in die Holding integriert wird.

So, die Zwei-Drittel-Mehrheit ist nicht zustande gekommen, aus parteipolitischen Gründen, wie ich meine. Und dass Sie mich nicht missverstehen, ich bin diesem sogenannten Deal auch skeptisch gegenüber, aber ich bin der Einzige von 36 da herinnen, der das jemals mit dem Landesbudget begründet hat.

Und wenn ich mir jetzt den Nachtragsvoranschlag anschau und wenn ich mir jetzt den Landesvoranschlag anschau, den wir morgen und übermorgen debattieren werden, dann fühle ich mich bestätigt.

Denn woher sollen denn diese 45, 50 Millionen Euro im laufenden Haushalt für das Kindergartenpersonal kommen?

So, und bei allem Verständnis dafür, dass wir das aus Sicht der Gemeinden oder vielleicht sogar dann auch, wenn es wenig bringt, parteipolitisch argumentiert, Herr Kollege Ulram, das ist eigentlich der Punkt, um den wir uns da auf Landesebene und im Landtag vor allem kümmern sollten.

Also fassen wir zusammen, es sind sich die Parteien darin einig, dass die Gemeinden nachhaltig zu wenig Geld haben, aber gleichzeitig sagen dieselben Parteien, dass je nach Regierungsbeteiligung auch der Bund zu wenig Geld und das Land zu wenig Geld hat.

Aber alle Parteien wollen das Problem des fehlenden Geldes mit Geld lösen, das uns eben fehlt und das niemand hat. Dass das nicht funktionieren kann, meine Damen und Herren, schon gar nicht auf Dauer, das steht fest.

Ja, und das, was an Vorschlägen auf dem Tisch liegt bis jetzt, egal, ob von Seiten der Regierung, ich bin diesem Fondsgesetz gegenüber auch sehr skeptisch oder auch von der Opposition, das ist im Großen und Ganzen ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren.

Und Kollege Ulram, es geht ja um einen konkreten Antrag von Ihnen und ich bin bei einigen Forderungen in der Zielsetzung durchaus bei Ihnen. Aber die Frage ist doch, wie glaubwürdig ist das Ganze, sondern wie seriös.

Abschaffung der Landesumlage bei gleichbleibenden Leistungen für die Gemeinden. Ja eh, aber wie? Wo nehmen Sie es her? Wo soll das Land konkret einsparen, um das zu kompensieren? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Deckelung der Abzüge des Landes bei den Ertragsanteilen, so Abzüge bei den Ertragsanteilen.

Schauen Sie, man kann über den Schlüssel lang diskutieren, man kann auch lange drüber diskutieren, ob das Abzüge sein sollen, oder ob es nicht gescheiter wäre, wenn man das den Gemeinden vorschreibt, die sich dann wahrscheinlich auch in einem rechtlichen Rahmen dagegen zur Wehr setzen können, wenn es nicht entsprechend berechnet ist, weil, diese Debatte ist ja auch für sich ein Armutszeugnis, dass darüber gestritten werden muss. (*Abg. Markus Ulram: Das Bewerbungsgespräch an die SPÖ ist in die Hose gegangen.*)

Aber wenn Sie, Herr Kollege Ulram, ich bin noch nicht fertig, (*Abg. Markus Ulram: Ja, leider.*) aber wenn Sie sagen, die Abzüge des Landes deckeln, ja, dann müssen Sie aber auch gleichzeitig sagen, wie sich diese Abzüge grundsätzlich einmal zusammensetzen und welche Projekte, die auf Landesebene gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich verwirklicht werden, auf welche Sie verzichten wollen? Das wäre seriös! (*Abg. Markus Ulram: Das haben wir x-mal schon gemacht.*)

Ja, was mir auch gefällt, ich gehe jetzt aus Zeitgründen nicht alle durch. Ich meine, die Durchführung eines Kassasturzes. Ich bin dem Landes-Rechnungshof sehr dankbar, dass er jetzt initiativ im ausgelagerten Bereich prüft. Antragsprüfung ist nach wie vor eine offen.

Und mir geht das furchtbar auf den Zeiger, ich habe das Recht als einzelner Abgeordneter leider nicht. Aber mir geht das furchtbar auf den Zeiger, dass man in einer Situation, wo die Kontrollrechte eh nur rudimentär ausgebaut sind, dass man nicht einmal diese ausnützt.

Und da ständig, egal von welcher Oppositionspartei, einen Kassasturz zu verlangen und nicht einmal den Landes-Rechnungshof zu bemühen, das spricht auch nicht gerade für Sie.

Ich könnte das jetzt noch weiter durchgehen, egal ob es jetzt die Valorisierung der Landeszuschüsse ist oder irgendwelche Investitionspakete. Was nämlich hier herinnen niemand sagt, woher das Geld kommen soll. Gilt im Übrigen für die SPÖ genauso und wie Sie das Ganze finanzieren sollen.

So, und es wird uns nicht erspart bleiben, meine Damen und Herren, dass wir uns mit den Ursachen dieser ganzen Entwicklung jetzt endlich einmal auseinandersetzen und

es wird uns nicht erspart bleiben - und ich sage das auch vor einer Wahl ganz bewusst - dass wir auf allen Ebenen die Haushalte konsolidieren.

Also, wer da jetzt behauptet und den Leuten erzählt, es wäre möglich, ohne dass man da jetzt irgendwann darüber redet, was man vielleicht weglässt, reduziert et cetera, also, der meint es mit den Leuten nicht gut und es wäre daher viel vernünftiger, mir ist klar, dass das vor der Wahl nicht mehr geht, aber nach der Wahl.

Und vor allem auch, darüber zu reden, wie man das machen kann, wenn Sie schon von fairer Verteilung reden. Wie man möglichst fair da oder dort Einsparungen treffen kann, in dem Sinne, dass es eben nicht allzu schmerzhaft trifft, meine Damen und Herren.

So, und da sind wir alle gefordert. Im Übrigen auch im Landtag. Wir hatten auch im heurigen Jahr genügend Beschlüsse, die für die Gemeinden Mehrbelastungen bedeutet haben.

Ich sage Ihnen ein Beispiel, die Ausweitungen, was den Kindergarten angeht, natürlich trifft das auch die Gemeinden und es ist auch ein konkreter Vorschlag von mir. Ich habe Ihnen das damals bei der Beschlussfassung schon gesagt, ja, zum beitragsfreien Kindergarten.

Am Vormittag sowieso für alle und ab dem dritten Geburtstag. Aber ganz ehrlich, wenn ich schon kein Geld habe, warum soll ich jemanden, der die Betreuung am Nachmittag aus beruflichen Gründen gar nicht braucht, warum soll ich denen die Beiträge aus dem Steuertopf finanzieren, meine Damen und Herren?

Und vor diesen Debatten werden auch Sie nicht davonlaufen können, die kommen auf uns zu. Es muss nach der Wahl auch endlich zu einem Stopp dieser parteipolitisch motivierten Blockadehaltungen endlich kommen.

Wir sind uns ja alle darin einig, dass wir die Gemeinden nicht den Bach hinuntergehen lassen dürfen und daher muss es im Sinne der Gemeinden und der Bevölkerung nach der Wahl möglich sein, dass man sich an einen Tisch setzt.

Aber diese ganzen offenen Fragen, Missstände, Anliegen, die ja da von Oppositionsseite in einem großen Ausmaß auch zu Recht kommen, Notwendigkeiten - und sich auf entsprechende Maßnahmen einigt und zwar möglichst so, dass man dann nicht mehr darüber streiten kann.

Ich wiederhole es noch einmal, dass man, egal, ob man mit Bürgermeister*innen oder Kollegen hier im Landtag spricht, dass man darüber streiten muss, wie sich Abzüge bei den Ertragsanteilen zusammensetzen, dies ist schlicht und einfach ein Missstand.

Das darf es schlicht und einfach nicht sein. Das täte ich mir im Rahmen meiner eigenen Arbeitnehmerveranlagung beim Finanzamt und niemand von Ihnen genauso wenig gefallen lassen.

Und wenn es um diese Geschichte mit dem Müllverband geht, dann wird man da wahrscheinlich auch zurück an den Start müssen. Man kann ja auch darüber streiten, ob die Junktimierung mit dem Kinderpersonal jetzt unbedingt das Gelbe vom Ei ist.

Aber es geht darum, dass man sich darüber endlich sachlich austauscht, dass man sich jetzt nicht, ich wäre jetzt geneigt zu sagen, nur mit parteipolitisch motiviertem Mist bewirft, wo es ausschließlich um Postenschacher geht, um machtpolitischen Futterneid und darum, den anderen öffentlich eines hineinzuwürgen.

Das haben sich die Gemeinden nicht verdient, meine Damen und Herren.

Das haben sich die Bürgermeister nicht verdient.

Das haben sich die Gemeindevertretungen nicht verdient.

Das hat sich vor allem die Bevölkerung nicht verdient und auf deren Rücken wird das ausgetragen, und daher kann und darf und wird es auf keinem Fall die Lösung sein.

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter.

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Anja Haider-Wallner.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Anja Haider-Wallner (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Die finanzielle Situation unserer Gemeinden ist dieser Tage mehr als nur ein Thema für politische Diskussionen.

Wir sind hier mitten im Wahlkampf angekommen und die Schuldzuweisungen, die gegenseitigen, die fliegen tagtäglich durch die Medien. Doch gerade in Zeiten der Krisen, wo die täglichen Herausforderungen immer mehr werden, braucht es Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und einen klaren Blick auf die Fakten.

Ein bisschen Licht in diese Faktenlage möchte ich heute bringen und einen Realitycheck durchführen, um die Verantwortung für die Finanzmisere aufzuzeigen.

In Zeiten, wo das Geld auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene knapp ist, wie der Kollege Molnár auch schon darauf hingewiesen hat, ist es unredlich, wenn die Landesregierung, die alleinige Schuld für die finanzielle Misere der burgenländischen Gemeinden auf den Bund schiebt.

Es stimmt, die vielen Krisen der letzten Jahre, die haben den Kuchen kleiner gemacht oder zumindest nicht ausreichend wachsen lassen, wenn man sich anschaut, wie sich die Kosten entwickeln.

Aber wenn man selbst die eigenen Hausaufgaben nicht macht, dann hilft das niemandem. Ich habe gestern meine Kollegin, die Nationalratsabgeordnete Elisabeth Götze, die im GRÜNEN Nationalratsklub für die Gemeinden zuständig ist und viele Jahre als Kommunalpolitikerin in Niederösterreich tätig ist, zu einer Pressekonferenz eingeladen.

Und ja, sie hat das bestätigt, es geht allen Gemeinden österreichweit schlecht. Ob es jetzt den burgenländischen besser geht als den anderen, das kann man noch nicht sagen. Da gibt es für heuer auch noch keine Zahlen; auch vom KDZ nicht. Also für heuer ist das noch nicht erhoben.

Wenn man die Jahre zurückschaut, muss man einfach sagen, dieses Jahr und nächstes Jahr hat sich hier auch massiv was verändert. Auch im Burgenland sind die Abzüge höher geworden. Noch höher als die Zahlen, die das KDZ von 2022 vorliegen hat.

Aber schauen wir mal auf die Bundesregierung. Schon 2020 war absehbar, da verändert sich was und die Bundesregierung hat begonnen, umfassende Unterstützung für die Gemeinden auf den Weg zu bringen.

Das erste Investitionspaket mit 29 Millionen Euro für die burgenländischen Gemeinden ist von fast allen der 171 Gemeinden in Anspruch genommen worden.

Wichtige Projekte konnten umgesetzt werden, wie die Sanierung des Hallenbads in Eisenstadt, die Erweiterung des Kindergartens in Gols oder der Bau von Photovoltaikanlagen in Mattersburg.

Gerade Photovoltaikanlagen, die sehr oft in diesem Paket unterstützt wurden, sind ja nachhaltig ein Beitrag dafür, die Kosten für die Gemeinden zu senken, nämlich die

Energiekosten, die in den letzten Jahren hier ja auch ein bisschen rauf- und runtergefahren sind.

Bis heute hat der Bund vier Gemeindepakete, ein Gesamtvolumen von 2,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Davon sind rund 100 Millionen Euro ins Burgenland geflossen und zwar zusätzlich zu den regulären Mitteln aus dem Finanzausgleich.

Es wurden Investitionen auch in die Kinderbetreuung und Gebäudesanierung, wie gesagt, PV-Anlagen und vieles mehr unterstützt. Aus den mit 1,1 Milliarden Euro dotierten Zukunftsfonds sind bereits im Juni diesen Jahres 36 Millionen Euro ans Burgenland überwiesen worden - für Kinderbetreuung, Wohnen und Umweltmaßnahmen.

Nur bei dem Anteil, der der Kinderbetreuung zugeordnet wird, ist fix vereinbart, dass 50 Prozent direkt an die Gemeinden gehen müssen. Wir sehen das im Nachtragsvoranschlag. 8,2 Millionen Euro sind hier für Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt worden den Gemeinden.

Fast 20 Millionen Euro, also der Rest für Umwelt- und Sanierungsmaßnahmen, den hat sich das Land behalten. Hier gibt es im Burgenland keine Vereinbarung zwischen Land und Gemeinden, wie diese Gelder aufgeteilt werden und zu welchem Zweck und nach welcher Modalität.

Ich frage mich dann schon: Warum behält sich das das Land ein? Was ist mit dem Geld passiert? Wird dieses Geld jetzt dafür verwendet, dass man nach Gutdünken wieder Bedarfszuweisungen verteilt, wo nicht klar ist, nach welchen Kriterien und wie das fair und gerecht an die Gemeinden verteilt wird?

Wenn Bundesmittel, die den Gemeinden Luft verschaffen sollen, zurückgehalten werden, dann ist das aus unserer Sicht unlauter. Man hat fast den Eindruck, dass hier die Zahlungsfähigkeit des Landes damit aufrechterhalten werden soll, damit die SPÖ-Landesregierung am Ende der Periode sagen kann: Ja, wir haben unser Ziel erreicht; keine neuen Schulden, aber auf Kosten der Gemeinden, die hier auch ausgehungert werden.

Auch die bereits erwähnte Nichtverrechnung, zu späte Verrechnung, Falschberechnung der Krankenanstaltenabgangsbeträge aus den vergangenen 22 oder 23 Jahren ist so eine Sache.

Das wird jetzt innerhalb von kürzester Zeit auf die Gemeinden ausgerollt, was in diesem Jahr dazu geführt hat, dass manche Gemeinden mehrere Monate keine Überweisung der Ertragsanteile bekommen haben und echt in Zahlungsschwierigkeiten gekommen sind. Und da geht es ja auch um Gehälter und um laufende Kosten in den Gemeinden.

Wer leidet darunter? Wir alle.

Es geht nämlich gar nicht darum, dass man sich jetzt Gedanken machen muss, wo kann man einsparen. Im Jahr 2025 sind alle Gemeinden gezwungen, zu sparen und das werden die Bürger und Bürgerinnen direkt spüren. Das wird man spüren, wenn Straßen nicht ausgebessert werden, wo Löcher drinnen sind. Das wird man sehen, wenn Grünflächen nicht entsprechend gepflegt werden können.

Vielleicht werden manche Gemeinden überlegen, die Straßenbeleuchtung früher abzudrehen und da und dort wird unter Umständen auch die Qualität der Kinderbetreuung leiden.

Und neue Investitionen in Sportstätten, in Klimaschutzmaßnahmen, im Feuerwehrhaus: Fehlanzeige. Der finanzielle Druck macht sich rasch bemerkbar. Da ist Feuer am Dach.

Und was bietet der Landeshauptmann nochmals in gönnerhafter Manier an? Die Gemeinden sollen den Müllverband an die Landesholding überschreiben und bekommen dafür 38 oder 45 Millionen Euro mehr jährlich für Kinderbetreuung.

Immer noch nicht ist mir bewusst, warum man diese Junktimierung gewählt hat: Müllverband gegen Kinderbetreuung. Das ist Äpfel mit Birnen. Das hat miteinander nichts zu tun.

Ich habe mir auch das Budget angeschaut. Vor zwei Wochen war die Sitzung des Müllverbandes. So viel Geld, wie der Landeshauptmann den Gemeinden verspricht, ist aus dem Müllverband nicht zu holen.

Ja, man könnte die Müllgebühren für alle Burgenländer und Burgenländerinnen verdoppeln. Man könnte pro Jahr die Kosten um 20 Prozent senken. Wie sich das ausgehen soll, bei steigenden Personalkosten, bei steigenden Energiekosten, bei steigenden Spritkosten für die Müllautos, das muss mir mal wer zeigen.

Und ja, man müsste auch noch jedes Jahr zehn Millionen Rücklagen auflösen, dass sich das ausgeht. Aber auch Rücklagen sind irgendwann einmal aufgebraucht und Rücklagen sind ja auch aus einem guten Grund da. Sie sind dafür da, wenn bei einer Deponie was passiert und das gesichert gehört, weil irgendwas Giftiges ins Grundwasser sickert, dass das auch gesichert werden kann.

Wenn das Geld dann halt entnommen würde, dann muss erst das Land dafür einspringen. Irgendwann ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Es ist eine Mogelpackung, dieses Paket.

Daher unser Appell an die Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, wir GRÜNEN, wir fordern Ehrlichkeit und Verantwortung! Die Gemeinden brauchen Unterstützung nicht nur in Worten, sondern in Taten, und die finanziellen Mittel, die ihnen zustehen, die müssen auch im entsprechenden Ausmaß ankommen.

Alles andere ist unfair gegenüber den GemeindebürgerInnen, die tagtäglich auf funktionierende Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Zukunftsprojekte angewiesen sind.

Und ja, nicht immer braucht es Geld. Ganz oft braucht es auch Rahmenbedingungen für Innovation. Auch hier sind wir im Burgenland gefordert und können sicher einen Beitrag leisten.

Also lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Gemeinden im Burgenland die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Und lasst uns auch bitte endlich aufhören, die Schuld dafür bei den anderen zu suchen. Danke schön! (*Beifall bei den GRÜNEN*)

Präsident Robert Hergovich: Danke Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Markus Wiesler.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Wiesler (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich muss mir ein Taschentuch mitnehmen. Nicht, weil die Sache so traurig ist, weil ich leicht verschnupft bin.

Wie man merkt, ist das kein Geheimnis, dass viele Gemeinden im Burgenland in einer zunehmend schwierigen finanziellen Lage sind. Die Herausforderung, mit denen die Kommunen konfrontiert sind, werden immer größer, ohne dass es dafür ausreichend finanzielle Mittel gibt.

Ich selber sitze jetzt 22 Jahre im Gemeinderat und es war noch nie so fad wie jetzt, muss man sagen, weil man gar nicht diskutieren kann, was man mit den vorhandenen finanziellen Mitteln machen möchte. Diese Frage stellt sich ganz einfach nicht.

In diese missliche Lage haben weder noch, sondern das Land und der Bund die Gemeinden gemeinsam geführt. Hausgemachte Krisen, haben wir schon gehört. Geldverschwendung, der Mindestlohn, Energiepreise, haben dazu geführt, nur um einige finanzielle Minenfelder zu nennen.

Es ist ein regelrechtes Trauerspiel geworden aus unserer Sicht, wie sich SPÖ und ÖVP im Burgenland vor den Bürgern befehlen, wer denn daran schuld sei, dass die Gemeinden finanziell im Straucheln sind.

Uns geht es vor allem darum, dass den Gemeinden mit ihren Bürgern endlich geholfen wird. Deshalb haben wir uns auch, die Freiheitlichen, ein wenig zurückgenommen und uns in diese Streitigkeiten nicht dazu gehängt.

Die Wahrheit wird wohl wahrscheinlich in der Mitte liegen und wir glauben, dass eben beide etwas daran schuld sind.

Im Bund hat die ÖVP, wie bekannt, ein Milliardenloch hinterlassen. Im Land werden die finanziellen Mittel von der SPÖ-Alleinregierung für alle möglichen ideologischen Allmachtsphantasien verbrannt, kann man sagen.

Die Gemeinden werden natürlich für das typische Ping-Pong-Spiel zwischen Bund und Land vor der Landtagswahl verwendet. Die bevorstehende Landtagswahl ist natürlich mit ein Grund, warum hier heute der Sonderlandtag stattfindet, um noch einmal über die Gemeindefinanzen zu diskutieren.

Die ÖVP wollte hier noch einmal Wind machen, obwohl wir ja morgen Budgetlandtag haben und übermorgen. Es ist aber okay, weil es die Geschäftsordnung hergibt und vor allem deshalb, weil die Gemeinden die Vorschau für die Ertragsanteile bekommen haben und die schauen natürlich fatal und erschreckend für die Gemeinden aus.

Die Abzüge sind massiv. Wir alle wissen, dass es so für die Gemeinden natürlich nicht weitergehen kann. Es gibt aber keine Ansätze zu einer vernünftigen, sachlichen Ebene, sondern eben nur gegenseitige Vorwürfe.

Normal müssen sich beiden Seiten, der Bund und die Länder zusammensetzen, um eine zusätzliche Lösung zu finden. Ich sage bewusst, zusätzliche Lösung, denn beim Finanzausgleich hat man sich ja auch auf allen Ebenen verständigt und hat eben die Zustimmung gegeben.

Ich darf aber zu einigen Ereignissen Stellung nehmen, die wir Freiheitlichen in diesem Zusammenhang mit den Gemeindefinanzen eben nicht in Ordnung finden. Ich möchte mit dem Mindestlohn beginnen.

Dieser ist natürlich mit ein Grund, warum es den Gemeinden finanziell nicht gutgeht. Das kann die SPÖ-Alleinregierung und auch ihre Bürgermeister natürlich nicht wegleugnen. Die Bürgermeister selber erzählen es draußen vor Ort, dass das mit ein Grund ist.

Es ist halt fatal, dass der Herr Landeshauptmann brutto mit netto verwechselt hat, wo er nicht mehr zurückrudern konnte, und ausbaden müssen es eben die Gemeinden.

Und was der Mindestlohn draußen den Gemeinden noch bezweckt und bewerkstelligt hat, ist eine Arbeitsplatzvernichtung. Es wird beim Personal der Sparstift angesetzt werden müssen.

Durch den hohen Mindestlohn werden zum Beispiel eben nicht mehr zehn Arbeitsplätze, sondern nur mehr acht Arbeitsplätze in den Gemeinden sein oder aus vier werden drei werden oder es werden die Reinigungsarbeiten ausgelagert werden, weil es einfach billiger ist, wie selber Personal mit dem Mindestlohn zu beschäftigen. Also, es wird vor Ort eine Arbeitsplatzvernichtung stattfinden.

Die Folgen aus dem Mindestlohn: Die Gemeinden sind finanziell kaputt. Es gibt weniger Arbeitsplätze und es werden Neiddebatten in Gang gesetzt, dank der Liste Doskozil.

Dann ist die Liste Doskozil irgendwann draufgekommen, wir haben alle finanziellen Rücklagen, alle finanziellen Reserven im Land schon aufgebraucht, obwohl wir noch so viele gute Ideen haben, Geld zu vernichten.

Dann ist man auf die Suche gegangen. Wo wird man denn Geld noch lukrieren können?

Wir haben es schon gehört. Abgesehen von der Baulandsteuer, von der ORF-Landesgebühr, von den Landesradar- und LKW-Kontrollen, abgesehen vom Vermögen vom Jagdverband ist man eben auf den Müllverband gekommen, einen Gemeindeverband. Diese Millionen Euro wollen wir unbedingt haben, das hat sich der Landeshauptmann fest vorgenommen. Und wie gehen wir das am besten an?

Wir verkaufen es den Gemeinden als Gemeindehilfspaket. Die restliche Geschichte kennen wir. Wir Freiheitliche haben es damals gesagt und sagen es auch heute: Es ist ein reines Bestechungspaket. Man hat den Gemeinden die finanzielle Karotte vor die Nase gehalten und will die Gemeinden in eine finanzielle Abhängigkeit bringen.

Was man will ist einfach, man will die Rücklagen und man will mit dem Müllverband die Eigenkapitalquote in der Holding aufpeppen und man will natürlich die Steuerhoheit und die Personalhoheit haben.

Die demokratische Entscheidung ist eben anders ausgefallen, wie es sich der Landeshauptmann eigentlich gerne gewünscht hätte. Es hat sich herausgestellt, dass der Landeshauptmann ein schlechter Verlierer ist. Er fühlt sich in seiner Ehre gekränkt, dass er eben nicht die Zweidrittelmehrheit bekommen hat.

Jetzt versucht er einen anderen Weg, um zu seinem Ziel zu kommen oder das Ziel zu erreichen. Wir haben es vom Klubobmann gehört, er erhöht den Druck, dass man sich eben an Hand der Einbehaltung der Ertragsanteile bedient. Der Landeshauptmann hat sich als schwacher Verlierer offenbart und will eine demokratische Entscheidung einfach eben nicht hinnehmen.

Ein gütiger Landesvater würde anders agieren. Ganz im Gegenteil der Landeshauptmann. Der Herr Landeshauptmann startet einen neuen Anlauf, um den „Müllverband-Deal“ über die Bühne zu bringen. Schon allein das Wort „Deal“ hat schon etwas Anrühiges an sich.

Das System Doskozil ist klar erkennbar. Der Druck wird bei den Gemeinden erhöht. Der Bevölkerung werden die Schrauben angesetzt, sprich, die Ertragsanteile werden

einbehalten und dann bietet man eben diesen Deal an oder man will als Retter auftreten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man kann der Bevölkerung der Gemeinden oder zum Beispiel den privaten Bus- und Taxiunternehmen nur zurufen, haltet noch bis 19. Jänner durch, dann werden wir uns unser Burgenland wieder zurückholen.

Die Botschaft vom Landeshauptmann ist jedoch klar: Wenn ich den Müllverband nicht bekomme, gibt es auch keine finanzielle Hilfe, Ende der Durchsage. Diese Art der Politik versteht draußen niemand.

Aber auch der Bund liefert bislang, muss man sagen, keine Zuversicht. Es hat zwar in der vergangenen Periode die kommunalen Investitionsprogramme gegeben. Die waren, aus unserer Sicht, in Ordnung. Jetzt könnten sich die Gemeinden eine Kofinanzierung oder eine Investition zur Auflösung der Förderung nicht mehr leisten. Es braucht auch vom Bund einen nachhaltigen Lösungsansatz.

Vom Land hat es dann auch eine finanzielle Nachforderung gegeben, den Gemeinden gegenüber, das haben wir schon gehört, den sogenannten Krankenanstaltenbetrag. Das Land hat daraufhin wieder eine glorreiche Idee gehabt und trat abermals als Retter auf. Es gab die Aufstockungen der Bedarfszuweisungen um 25 Millionen Euro.

Jetzt gibt es eben wieder auch die Aufstockung. Hier war man allerdings wieder der finanziellen Willkür der Liste Doskozil ausgesetzt. In welche Gemeinden der Großteil der finanziellen Mittel geflossen ist oder fließen wird, kann man sich vorstellen. Vor kurzem, auch das haben wir schon gehört, wurde der Gemeindefonds zur Rettung ausgerufen.

Grundsätzlich begrüßen wir das, jedoch erstens viel zu spät und zweitens kritisieren wir sehr stark die Umsetzung. Die Ansiedelung bei der Burgenland Holding ist eine Katastrophe und ein Fehler. Es gibt keine Transparenz und keine Kontrolle. Die Übernahme der Gemeinden, auch das hat der Herr Klubobmann Ulram bereits ausgeführt.

Geschätzte Damen und Herren! Alle Parteien hier im Landtag wissen, es muss etwas getan werden, weil eben die Lage für die Gemeinden prekär ist. Die große Frage wird sein, was kann getan werden? Von der SPÖ kommt, der Bund soll etwas tun. Der Bund ist an allem schuld. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die SPÖ bleibt beim Vorschlag der Machtübernahme des Müllverbandes. Die ÖVP und ihre Forderungen sieht man im Dringlichkeitsantrag, die sind dort formuliert und das Land ist schuld.

Wir Freiheitliche haben das Gemeindezuschussgesetz gefordert, welches auf Dauer bestehen und nicht nur kurzfristig den Gemeinden helfen soll. Es soll Nachhaltigkeit geben. Hierzu soll eben die Landesumlage umfunktioniert werden.

Das Gesetz würde den Gemeinden eine Planungssicherheit bieten und bringen. Es soll keine finanzielle Willkür, wie bisher, geben und herrschen, wo der Landeshauptmann allein einen Teil der Bedarfszuweisungen frei, willkürlich und individuell vergeben kann. Es gibt genug Indizien, dass es eine faire gesetzliche Regelung und eine Abschaffung einer finanziellen Willkür braucht.

Die SPÖ bringt auch immer den Verteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden von 72 zu 28 Prozent bei der Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben vor. Das ist, aus unserer Sicht, in Ordnung, das kritisieren wir auch nicht. Es wird hier aber

auch von den Gemeinden genug einbehalten, aus unserer Sicht fast zu viel, damit man wahrscheinlich auch den normalen, den laufenden Budgethaushalt bedienen kann.

Der Landeshauptmann hat von einem vertretbaren Kompromiss beim letzten Finanzausgleich gesprochen. Das ist richtig, man kann das durchaus so sagen und sehen. Der Landeshauptmann hob auch hervor, wenn wir über die Verteilung der Steuermittel reden, dann sollte man schon auch betonen, dass das nicht die Mittel des Bundes, sondern die Mittel der Steuerzahler sind.

Auch das ist richtig und das kann man auch durchwegs sagen. Alles, was er sagt, trifft leider Gottes nicht auf ihn zu, den Herrn Landeshauptmann, auch nicht auf die SPÖ-Alleinregierung.

Herr Landeshauptmann! Machen Sie einen vertretbaren Kompromiss mit den Gemeinden in Bezug auf die Landesumlage und geben Sie die finanziellen Mittel den Steuerzahlern zurück. Es sind nicht Ihre eigenen finanziellen Mittel. Geben Sie es zum Beispiel als Form eines Gemeindezuschussgesetzes zurück.

Ihr Anschein und das Gehabe sieht nämlich so aus, dass ausschließlich alles dem Landeshauptmann und der SPÖ-Alleinregierung gehören würde. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Geschätzte Damen und Herren! Wenn wir davon reden, den Gemeinden geht es finanziell nicht gut, wen meinen wir eigentlich damit? Meinen wir das Gemeindeamt, den Bürgermeister, den Gemeinderäten? Natürlich nicht. Was uns Freiheitliche betrifft, meinen wir die Menschen, die vor Ort dort leben.

Es muss die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum vor Ort gesichert werden. Wenn sich die Politik weiterhin so verhält, werden sich die Gemeinden ganz einfach rückentwickeln, weil man sich gewisse Dinge eben nicht mehr leisten kann.

Ich habe das Beispiel der Straßenbeleuchtung schon einmal gebracht. Die Errichtung der Straßenbeleuchtung war eine große Errungenschaft der vorigen Generationen und eine wichtige Infrastrukturmaßnahme. Dann wurden die Beleuchtungen saniert, neu gestrichen, neue LED-Beleuchtungen wurden installiert und unter dem Strich bleibt über, dass ab Mitternacht in den Gemeinden die Straßenbeleuchtung finster ist.

Das ist eine Ironie und ein Irrsinn, dass man sich früher das alles leisten konnte und jetzt kann man sich nicht einmal mehr einen Strom leisten.

Was wird als Nächstes sein? Vielleicht muss man zu Hause im Hof wieder auf das Plumpsklo gehen. Weil vielleicht kann man sich ja die Kläranlage nicht mehr leisten. Oder es wird keine Vereine, keine Feuerwehr mehr geben, weil eben die Gemeinden die Vereine und die Feuerwehren nicht mehr unterstützen kann.

Das hätte große und gravierende Folgen im gesellschaftlichen Zusammenleben in den Gemeinden. Es stellt sich die Frage, wollen wir das? Will die Regierungsbank das? Also noch einmal, (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) wir dürfen die Gemeinden mit ihren Menschen vor Ort finanziell nicht hängen lassen. Es kann nicht sein, dass der Bund und das Land die Menschen im Stich lassen.

Denn jeder Oberwarter und Kroisegger ist Gemeindebürger. Er ist aber auch Burgenländer und schließlich auch Österreicher. Wie bereits erwähnt, sind es die Steuergelder der Menschen, und nicht des Herrn Nehammer und auch nicht des Herrn Doskozil.

Deswegen stellen wir den Anspruch auf die Politik der Redlichkeit. Bund und Länder müssen gemeinsam eine Lösung finden, den Menschen vor Ort gemeinsam beizustehen und nicht nur kurzfristig, sondern eben auch nachhaltig.

Wir werden deshalb dem Antrag der ÖVP, aber auch dem Antrag der SPÖ zustimmen, weil wir mit der Beschlussformel beider leben können. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Mag. Dr. Roland Fürst.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Saal! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Es fällt schwer bei dieser derzeitigen Lage das alles einzuordnen, die verschiedenen Wortmeldungen.

Aber, sei es wie es ist. Es hat alles seine Legitimität. Die ÖVP hat diesen Sonderlandtag mit diesem Dringlichkeitsantrag selbst initiiert und bis Minute drei war ich mit Herrn Kollegen Ulram d'accord, weil es ja darum geht, um das Rückgrat, das regionale Rückgrat, das sozusagen in den Bundesländern vorhanden ist.

Nämlich um die Gemeinden, die alles aufrecht erhalten, die hier die kommunale Versorgung der Daseinsvorsorge im Kindergartenbereich und so weiter den vielen, vielen Mitarbeiterinnen leistet.

Wenn man ein bisschen reist und ein bisschen in der Weltgegend herumfährt, dann sieht man eigentlich erst den Mehrwert von funktionierenden Gemeinden, wenn man woanders ist, wo man zum Beispiel sieht, dass die Müllabfuhr nicht funktioniert und dass es Beleuchtungen schon gar nicht gibt, die bei anderen Gemeinden funktionieren.

Insofern möchte ich an dieser Stelle den Gemeinden, allen 171, völlig unabhängig vom Bürgermeistercolleur, für die Arbeit danken und sagen, dass es mir taugt, dass Ihr die Arbeit macht. Von dieser Stelle ein großes Dankeschön, auch an die Gemeindemitarbeiterinnen und Gemeindearbeiter. *(Beifall bei der SPÖ)*

Bei Minute drei bin ich dann ausgestiegen, wo es um die Sektlöten - Achtung Sickerwitz - gegangen ist, weil das sozusagen wieder die übliche Leier der ÖVP ist. Die ÖVP hat ja die Glaubwürdigkeit, was kommunale Kompetenz betrifft, zumindest einen Großteil davon, bei den Kommunalwahlen, bei den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen, bei den Gemeinderatswahlen 2022 verloren. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist ja kein Zufall, dass sie das historisch schlechteste Ergebnis eingefahren hat. Minus elf Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und insgesamt 64 Mandate verloren. Das hat ja einen Grund. Insofern muss man auch hier die Kirche im Dorf lassen. Aber, nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir uns anschauen, wie die Gemengelage ist.

Ich bin ja ein großer Freund eines systemischen Zugangs. Ich habe mir, glaube ich, eine schöne Grafik machen lassen. *(Der Abgeordnete hält eine entsprechende Grafik in die Höhe)* Mir ist ganz wichtig, dass man den Menschen auch zeigt, wie denn so ein Finanzausgleich funktioniert. Oder, wie gehen da die Finanzströme? Da gibt es sozusagen die internationale, die globale Ebene. Die ist in der Tat momentan nicht besonders gut.

Da gibt es Kriege, da gibt es geopolitische Verwerfungen, da gibt es die Probleme mit China und so weiter. Wie auch immer wirken diese auf die einzelnen Ökonomien. Ob das jetzt Europa ist, Asien, oder heruntergebrochen sind es natürlich die einzelnen Volkswirtschaften.

Dann haben wir den Bund, dann haben wir die Länder, dann haben wir die Gemeinden. Wenn man diese Stakkato mäßig durchgeht, dann ist die Situation und, Vorsicht Ironie, sonst bin ich wieder in Willkommen Österreich, wenn man sich jetzt die ÖVP so anhört, dann ist für die Gemeindesituation im Burgenland zu 100 Prozent die SPÖ schuld und der Herr Landeshauptmann, egal was.

Wenn man die Situation im Land sich anschaut, aus Sicht der ÖVP, ich schätze, das werden wir morgen auch hören, bestes Budget aller Bundesländer. Es gibt noch genug Gelegenheit, auch diese Märchen alle aufzuklären, die da gesagt werden, die SPÖ ist schuld.

Nur dort, wo der Bund uns finanziell und wirtschaftspolitisch an die Wand gefahren hat, Rezession, geringstes Wirtschaftswachstum, höchste Staatsschulden über vier Prozent. Wir reden jetzt momentan zwischen 16 Milliarden und 23 Milliarden Euro was das Budgetloch ist, was wir jedes Jahr dank der „ÖVP-GRÜNEN-Bundesregierung“ einsparen müssen.

Na, wer glaubt Ihr wer das zu tragen hat? Das sind die Gemeinden, denen Ihr eigentlich den Rücken stärken wollt, liebe Freunde. *(Beifall bei der SPÖ)*

Weil, auch die ÖVP ist ja nicht der Bund jetzt verantwortlich, sondern die weltwirtschaftliche Situation, wenn man sich die Berichte von Herrn Brunner angehört hat. Der übrigens jetzt auch zugegeben hat – endlich - er hat gesagt - gestern oder vorgestern, nein, am Wochenende war das - wir haben zu viel ausgegeben. Wir haben über fünf Jahre zu viel ausgegeben. Das müssen jetzt die einzelnen Gemeinden bitter büßen.

Auch die Unternehmen und die einzelnen Administrationen. Wenn man jetzt bei der Gemeinde bleibt, dann bin ich da immer ein Fan davon, und sage in Ordnung, das ist das Burgenland, wie schaut es woanders aus? Da schaut es wirklich dramatisch aus. Da kann aber nicht der Herr Landeshauptmann Doskozil verantwortlich sein.

Zum Beispiel in Vorarlberg. Das sind alles Meldungen der letzten Woche. Ich lese nur kurz ein paar vor. Wahllos. Das kann man auch googeln. Dann kann man das nachvollziehen.

Vorarlberg - Zitat: In der Privatwirtschaft wären wir schon längst in Konkurs. Bürgermeister Bachmann aus Zwischenwasser, 3.400 Einwohnergemeinde in Vorarlberg, die momentan einen Kredit aufnehmen muss, um den laufenden Betrieb zu finanzieren, um 1,6 Millionen Euro. Jedes Jahr, Vorarlberg.

Ich bin mir nicht sicher, der Herr Landeshauptmann ist sehr mächtig und bekannt in Vorarlberg, aber dafür ist er nicht zuständig. Dafür ist er nicht verantwortlich und auch nicht zuständig. Das KDZ ist in dieser Situation am Beispiel Vorarlberg - das ist ja das kommunale Forschungszentrum, unbestritten - dass die Zahlen nicht stimmen, dass eine Vorarlberger Gemeinde 638 Euro pro Einwohner für Spitäler aufwenden muss. Im Burgenland um 300 Euro weniger. Vorarlberg.

Steiermark haben wir da gehabt. In der Kronen Zeitung, glaube ich, am Samstag war das - nein Mittwoch, Entschuldigung - Gemeinden droht finanzieller Kollaps. Steiermark. Wie gesagt ist in der Nähe von Burgenland, aber da haben wir einen ÖVP-

Landeshauptmann. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* So, wie es aussieht, blau-schwarz. *(Der Abgeordnete hält eine entsprechende Grafik in die Höhe)*

Was sagen die dort? Weil, es ist spannend, wer das sagt, das ist ein ÖVP Bürgermeister, Landtagsabgeordneter und der Gemeindebundpräsident. Gemeinden droht der finanzielle Kollaps, so schlimm war es für Gemeinden noch nie. Es braucht mehr Finanzmittel vom Bund. ÖVP Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Gemeindebundpräsident aus der Steiermark.

Salzburg, ÖVP-FPÖ-geführte Landesregierung. Das ist keine Jammerei. Es brennt finanziell. Wer sagt das? Der ÖVP Bürgermeister Sampl aus St. Michael. Wisst Ihr, wer das ist? ÖVP Salzburg Gemeindebundchef. Sinkende Gemeindeeinnahmen und steigende Kosten für Soziales und Gesundheit sind die Ursache.

Es kann kein burgenländisches Phänomen sein. Sondern, das trifft alle 2.056, glaube ich, Gemeinden in Österreich.

Oberösterreich - ich bin gleich fertig - Finanznot in oberösterreichs Gemeinden. 140 der 438 Gemeinden können heuer ihre Ausgaben nicht mehr mit den zur Verfügung stehenden Mittel finanzieren. Eine ÖVP-FPÖ-geführte Landesregierung.

Tirol: Leere Kassen in Tiroler Gemeinden. So etwas habe ich noch nie erlebt. ÖVP Gemeindeverbandspräsident, das ist der Leo Radakovits von Tirol, um es klar zu sagen, Bürgermeister Schubert.

Liebe ÖVP, völlig klar, es ist kein lokales burgenländisches Problem, sondern es ist ein gesamtösterreichisches Problem. Das ist richtig. Die Gemeinden haben jetzt relativ wenig, wenn man sich schon Schuldzuweisungen macht. Die Kollegin Haider-Wallner hat da völlig recht.

Nur, Du argumentierst ja auch aus einer sehr einsichtigen Sichtweise, denn der Bund hat ja da quasi überhaupt keine Schuld. Nein. Es ist ganz das Gegenteil der Fall. Warum? Weil, das muss man die Ebene jetzt wieder hergeben, Land und Gemeinden leben von dem, was der Bund ausschüttet.

Nur, das werden wir morgen auch hören, 90 Prozent in etwa, dass das Land bekommt an Einnahmen, bekommt er vom Bund über die Ertragsanteile und der Transferzahlungen.

Das heißt, und das geht dann weiter, dieser Schlüsselakt, wenn Du unterstellst, dass sich das Land da mehr einbehält, das ist einfach unredlich. Weil, das sind zweckgebundene Mittel.

Das ist ja völlig klar. Wie für die Kommunen diese Ausgaben-Einnahmen-Schere auseinandergeht, so geht es natürlich den Ländern auch.

Weil, die sind kofinanziert, was Spitäler, was Gemeinden betrifft. Noch einmal. Wir zahlen, oder unsere Gemeinden zahlen zehn Prozent, die niederösterreichischen Gemeinden beispielsweise, auch ÖVP-FPÖ-geführte Landesregierung, zahlen 90 Prozent der Spitäler.

Das bedeutet, der Bund ist einmal die Finanzquelle und der steht im Mittelpunkt. Da muss man das wiederholen, das ist so. Da gibt es zwei wesentliche Faktoren. Politisch strukturell und wirtschaftlich.

Das erste ist die verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes. Das ist ja schon mehrfach gesagt worden. Wie der Finanzausgleich gemacht worden ist, das stimmt, das war vor in etwa einem Jahr, das war ein Kompromiss. Der war nicht ideal,

aber es war so, dass zumindest alle damit leben haben können. Auch das Land Burgenland, vertreten vom Herrn Landeshauptmann.

Was man aber natürlich dazu sagen muss ist, dass alle ÖVP Gemeindevertreter diesen Finanzausgleich mitverhandelt haben. Und, was man sagen muss, dass es offensichtlich schon da begonnen hat, wer auch immer, ich sage jetzt einmal das Finanzministerium, uns mit falschen Prognosen und Zahlen hinters Licht zu führen.

Weil, wenn damals schon klar gewesen wäre, wie in Wirklichkeit die Finanzsituation aussieht, dann hätte dieser Finanzausgleich in dieser Form nie stattgefunden. Das ist doch völlig logisch.

Das ist auch der Grund, warum wir sozusagen jetzt noch einmal zurück an den Start müssen und uns die Gemengelage noch einmal anschauen müssen.

All das, was hier gesagt worden ist, ist nachweisbar. Der Bund oder die Bundesregierung hat uns in allen relevanten wirtschafts- und finanzpolitischen Daten ein Debakel hinterlassen. Das muss man an dieser Stelle sagen.

Die Ertragsanteile sind gesunken und wir haben eine Rezession. Wir sind beim Wirtschaftswachstum an einer der letzten Stellen. Das muss man einmal zusammenbringen, wenn man so nah mit Deutschland zusammenhängt, was Export- und Importwirtschaft betrifft.

Obwohl Deutschland auch jetzt nicht besonders hervorragend funktioniert. Aber, es ist wirtschaftlich und finanziell noch immer besser aufgestellt als Österreich.

Also, da ist wirklich etwas passiert, da ist Überförderung passiert. COFAG-Milliarden, Benko, Pierer und so weiter und so fort. Da haben sich die ÖVP Klientele ohne Ende bedient. Haben wir zu viel ausgegeben? Ups! Jetzt müssen es eben die Gemeinden, die Unternehmen und die Privaten Haushalte ausbaden.

Nur ein Beispiel. Es wurde noch im Sommer prognostiziert, nur für die Gemeinden, jetzt rede ich von den burgenländischen, dass, eine Steigerung von fünf Prozent wurde versprochen. Das wurde dann nicht eingehalten.

Das war die Vorschau, *(Der Abgeordnete hält eine entsprechende Grafik in die Höhe)* die die Abteilung noch im September bekommen hat. Vor der Nationalratswahl. Dort ist übrigens der Zeitpunkt, wo der Finanzminister Brunner der ganzen Republik die Unwahrheit gesagt hat.

Prognostiziert waren 362 Millionen Euro für die burgenländischen Gemeinden. Gekommen sind 344 Millionen Euro. Um 18 Millionen Euro weniger, was Eure ÖVP Bundesregierung, Eure GRÜNE Bundesregierung, den Gemeinden versprochen hat.

Warum das so ist, das hat das KDZ ja mehrfach schon klargestellt. Das sind die sinkenden Einnahmen im Verhältnis zu den exorbitant steigenden Ausgaben. Da kann man sich merken, dass bei den Gemeinden - und das ist ja nicht von heute auf morgen, das geht schon seit Jahren so - die Einnahmen um zirka prognostiziert oder gestiegen sind, um 4,5 Prozent oder werden steigen und die Ausgaben steigen um zehn Prozent.

Das geht sich eben nicht aus. Also, das ist wie bei einem privaten Haushalt: Wenn ich jetzt um fünf Prozent mehr ausgabe als ich habe, dann bin ich irgendwann einmal pleite und das geht sich nicht mehr aus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist ja eine logische Schlussfolgerung. Insofern kann, was ihr da erzählt, dass das Land, der Landeshauptmann, die Landesregierung an der Misere der Gemeinden

schuld sind, nichts dran sein. Das stimmt schlichtweg nicht. Das ist ein Märchen. Dieses Märchen platzt jeden Tag.

Insofern bin ich auch dankbar, dass Ihr diese Sondersitzung hier gemacht habt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn wir noch die Geschichte anschauen, gleich darauf hat ja dann der Josef Pressl, glaube ich, ÖVP Gemeindebund-Obmann, reagiert, hat diese Milliarde sofort gefordert, diese Gemeinde Milliarde, die bis jetzt nicht gekommen ist.

Gekommen ist dann dieses KIG Paket, also dieses Kommunale Investitionsprogramm, das von der Logik her wahrscheinlich gar nicht schlecht ist, denn das ist ein durchaus übliches Förderprogramm.

Das heißt, man stellt Mittel zur Verfügung, EU fördert, als der Grundstruktur der EU-Förderung und gleichzeitig löst man einen Hebel aus und die zu fördernde Stelle muss dann das doppelte oder denselben Betrag geben, damit man das machen kann.

Nur, das ist einigermaßen doch schief gegangen. Das erste Paket hat vielleicht noch funktioniert. Das zweite und das dritte dann nicht. Das wurde schon angesprochen. Schlichtweg weil die Mittel der Gemeinden fehlen, um das auszulösen.

Wenn das so toll gewesen wäre, Kollege Steiner, weil Du mich da anschaust, dann hätten ja wir die Gemeinden nicht in so einer Notsituation. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Na eben.)*

Insofern muss man darunter einen Strich ziehen und sagen, das war nicht das Paket oder die Medizin, die unsere Gemeinden in dieser Situation gebraucht haben, liebe ÖVP.

Zweiter Punkt, der ganz wichtig ist, und da muss man vorziehen. Ja, das wird Euch nicht erspart bleiben. Der Herr Landeshauptmann hat dann auch unmittelbar auch reagiert. Nach dem Finanzausgleich, wie sichtbar geworden ist, dass die Gemeinden mit dem Geld nicht klarkommen und hat diesen Deal, wie er gesagt hat, also das ist kein Wording der ÖVP, sondern das ist ein Wording, dass die Medien erfunden haben, dieses Angebot auch gelegt.

Das ist ein Angebot, das sehr lange und sehr breit und intensiv erarbeitet worden ist. Kollege Steiner weiß das. Er war oft dabei. Auch viele ÖVP Bürgermeister - und der Kollege Molnár hat da komplett recht - denn das wollten viele ÖVP Bürgermeister.

Noch einmal, dass man es auch intus hat. Das wäre eine strukturelle Entlastung für die Gemeinden von 38 Millionen Euro pro Jahr, steigend bis 2030 mit 51 Millionen Euro gewesen. *(Der Abgeordnete hält eine entsprechende Grafik in die Höhe)*

Was das gewesen wäre? In der Summe? Kann man sich ohnehin anschauen. Das wären bis 2030 insgesamt 311 Millionen Euro für die burgenländischen Gemeinden, für alle 171, an Entlastung gewesen.

Das wollten die ÖVP Bürgermeister und Bürgermeisterinnen. Wisst Ihr, wer das abgelehnt hat? Euer ÖVP Obmann Christian Sagartz! Auf Knopfdruck von Brüssel hat er Euch das verwehrt und hat gesagt, Ihr dürft das nicht annehmen, weil, das schadet uns dann bei der Landtagswahl. Ihr seid verantwortlich, dass den Gemeinden jetzt das Geld fehlt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ein paar Gemeinden haben wir uns herausgesucht. Unsere Spezialgemeinden, Hornstein, weil der Kollege immer gerne in die Medien geht, vergisst dann, dass er relativ

viel Geld bekommen hat, obwohl er gar kein SPÖ Bürgermeister ist, soweit ich weiß. Hornstein 3,88 Millionen Euro. *(Abg. Mag. Christoph Wolf: Wo denn? Schickt es mir!)*

Du bist für Deine Gemeindebürger und -bürgerinnen verantwortlich, Du musst es ihnen erklären, warum sie diese 3,99 Millionen Euro nicht bekommen haben! Konkret, weil Ihr das abgelehnt habt. *(Abg. Mag. Christoph Wolf: Ich erkläre es schon)*

Kollege Steiner aus Eisenstadt, der, glaube ich, das unterstelle ich, gerne dieses Gemeindepaket gehabt hätte, denn mit 18,4 Millionen Euro hätte man schon etwas Schönes machen können. Aber, wie gesagt, das habt Ihr am Anfang des Jahres abgelehnt, weil wir dafür eine Zweidrittelmehrheit gebraucht hätten.

Das heißt, das ist Euer Verschulden, das ist Eure Verantwortung, dass das nicht gekommen ist!

Wir haben dann eine Resolution gestartet - der Kollege Molnár hat es auch angesprochen - im September Landtag - die Ihr übrigens nicht mitgestimmt habt - wo wir den Bund aufgefordert haben, ein Entlastungspaket für die Gemeinden auch zu schnüren.

Da ist dann - das muss man sich einmal vorstellen - vom Bundesminister dann eine Stellungnahme gekommen, am 25. November, ich zitiere nur einen Satz Bundesminister Finanzminister Brunner: „Eingangs ist anzumerken, dass der primäre Adressatenkreis Ihrer Resolution zurzeit nur die künftige Bundesregierung sein kann. Seitens des Bundesministeriums für Finanzen doch keine Präjudizierung, also kein Vorgehen der künftigen Bundesregierung erfolgen kann.“

Das heißt, die Bundesregierung ist noch immer im Amt und hätte noch etwas machen können. Putzt sich aber ab. Der ist nach Brüssel verschwunden. Ist jetzt skurriler Weise Kommissar für Asyl und Migration und hat sich abgeputzt und hat nichts in diesem Bereich gemacht.

Im Gegensatz dazu hat das Land reagiert. Der Landeshauptmann hat reagiert. Auch wenn man das hier so despektierlich nennt, er hat auf der einen Seite diese Bedarfszuweisungsmittel massiv aufgestockt. Man hat schon gesagt, heute, ich weiß nicht wann diese Regierungssitzung ist, beschlossen worden, dass knapp 40 Millionen Euro kommen insgesamt mit den 6 Millionen Euro Sonderförderprojektbedarf kommen wir auf 82 Millionen Euro, die in diesem Bereich für die Gemeinden ausgeschüttet werden. *(Abg. Markus Ulram: Ich bin schon gespannt auf diese Zuweisung!)*

Da zeigt sich, wie skurril das ist, nicht? Ihr, die ÖVP, verlangt in der heutigen Sitzung, dass das Land mehr Geld für die Gemeinden zur Verfügung stellen soll und morgen kritisiert ihr uns dafür, dass das Land so viel Geld für die Gemeinden ausgibt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, irgendetwas kann da bei Eurer Milchmädchenrechnung nicht stimmen, liebe ÖVP. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ja, der Nachtrag ist entstanden, den schauen wir uns dann morgen in Ruhe an, da haben wir ein gutes Gewissen. Diese 127 Millionen Euro haben wir dann mit Österreich lanciert, aber das interessiert ohnehin keinen da draußen. Also, da braucht Ihr ohnehin keine Angst haben, das liest auch keiner und hört sich auch keiner an, was die machen oder tun. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, das ist ja ein Drittel. Im Nachtragsbudget sind es ja genau diese Mittel, die für die Gemeinden zur Verfügung gestellt werden - und das ist auch gut so.

Das Geld ist ganz transparent. Ihr verwechselt ja noch immer die Schulden von der Landesholding, Ihr verwechselt da Kraut und Rüben, „haut“ da irgendetwas zusammen. Insofern ist es ja kein Wunder, wenn Euch die Menschen, auch bei den Wahlen, nicht mehr entsprechend folgen können.

Auf den Verteilungsschlüssel wird die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin noch eingehen. Das nutzt im Prinzip unseren Gemeinden relativ wenig, dass es den anderen Gemeinden in den anderen Bundesländern noch schlechter geht. Wir wissen, in der Steiermark, in Kärnten oder in vielen anderen Bundesländern, Oberösterreich, ein Drittel und vieles mehr, die haben alle zu kämpfen.

Insofern muss man sich ja etwas überlegen, muss man sich überlegen, wie kann man nachhaltig mittelfristig und langfristig diese Situation für die Gemeinden im Interesse der Bürgermeisterinnen, der Gemeindemitarbeiter und vor allem der Bevölkerung lösen?

Das ist ja der Ansatz, den wir hier als Landeshauptmannpartei auf alle Fälle verfolgen. Insofern ist ja dieses Gemeindefondsgesetz, ja Kollege Ulram, das werden wir beschließen, da kannst Du Gift darauf nehmen, das werden wir beschließen, weil wir prospektiv vorausschauend agieren.

Ich kann versprechen, es werden andere Bundesländer diesem Beispiel folgen, wie aus dem Burgenland sehr vieles kopiert wird, von anderen Landesregierungen, dass wir diesen Gemeindefonds auch brauchen, weil es Gemeinden geben wird, die Unterstützung brauchen.

Man zeichnet wieder ein Bild, da wird einverleibt, da wird meine Volksschule dann, also das ist völlig skurril, was da von Eurer Seite kommt. Aber, was für mich komplett sichtbar wird, in den letzten Wochen sehr stark ist, jetzt entdeckt ja die FPÖ die Gemeinden.

Das ist auch spannend, weil, das war bis jetzt eher ein Thema, das sie nicht auf der Agenda hatten. Es ist ja spannend, dass gerade die FPÖ gegen den Mindestlohn so Politik macht und den so kritisiert, den ja Ihr mitbeschlossen habt. Darf man Euch daran erinnern? *(Abg. Markus Ulram: Da ging es um die Evaluierung.)*

Das war eine ganz eine gute Situation, dass Ihr das gemacht habt, und das muss man den Menschen auch draußen sagen. Den Menschen, die frustriert sind, aus verschiedenen Gründen, die wenig verdienen.

Die FPÖ ist nicht die Partei des sogenannten kleinen Mannes und der sogenannten kleinen Frau, sondern es gibt kaum eine Partei, wie die FPÖ, wo das, was sie in der Opposition sagen, so auseinanderklafft von dem, was sie dann tun, wenn sie in der Regierung sind. Das ist offensichtlich. Das werden wir auch entsprechend sagen.

Wir werden alles tun, dass sich nicht der Herr Hofer mithilfe der ÖVP, ich weiß nicht ob Ihr das hört, wenn der Kollege Hofer durchs Land geht und sagt, eigentlich bin ich schon der nächste Landeshauptmann.

Mir fehlt eigentlich nur mehr die Unterstützung der ÖVP, dass man dann da quasi auch eine - die sechste wahrscheinlich dann - zweite blau-schwarze Regierung hat, das geht da vorbei bei Euch. Aber, „wurscht“.

Betrifft Euch. *(Beifall bei der SPÖ)* Uns wird es nicht betreffen, weil, wir werden alles tun, dass das am 19. Jänner, liebe Freunde und Freundinnen, nicht passieren wird!

Der letzte Punkt, da habt Ihr überhaupt keinen Druck aufgebaut. Das ist überhaupt - also Ihr habt da maximal einen Beitrag geleistet, dass Ihr das verzögert habt, mit Eurer

Taktik, weil das Angebot eines Deals, eines Angebots an die Gemeinden, was das Land hat, das hat es ja immer gegeben.

Ihr habt ja nicht darauf reflektiert. Ihr seid ja nicht mehr in die Gespräche eingetreten. Ihr habt ja selber, glaube ich, Probleme, wer da jetzt das sagen hat. Kollege Sagartz, ich weiß ja nicht, ist er noch im Wahlkampf, ist er schon wieder weg, keine Ahnung.

Ich weiß ja gar nicht, mit wem man von Eurer Seite aus reden soll, wenn man so ein Angebot mit Euch diskutiert. *(Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Das ist ja ganz, ganz schwierig. Das muss man einfach den Menschen draußen sagen. Die ÖVP ist ja als staatstragende Partei im Burgenland nicht mehr vorhanden, liebe Freunde von der ÖVP.

Das muss man an dieser Stelle ganz klar sagen. Ihr seid de facto seit fünf Jahren im Dauermodus aus Prinzip gegen alles, es gibt keine Landesorganisation österreichweit, die so eine destruktive Oppositionspolitik die letzten fünf Jahre gemacht haben, wie Ihr und Ihr werdet - das verspreche ich - am 19. Jänner auch die Rechnung präsentiert bekommen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Also, um dem Sachverhalt auch gerecht zu werden, ganz wichtig ist, die Gemeinden haben nichts vom parteipolitischen Geplänkel, da bin ich komplett bei denen, die das auch ernst nehmen, hier an dieser Stelle.

Insofern ist dieses Angebot aufrecht. Es wird Gespräche geben, es wird Einladungen geben und dann wird es an der ÖVP liegen, an sonst niemanden.

Da wird es an der ÖVP liegen, ob Ihr die Situation für die burgenländischen Gemeinden verbessern könnt oder ob Ihr wieder aus parteipolitischem Kalkül, auf Knopfdruck von Brüssel - weil da bezieht ja der Kollege Sagartz auch noch das Gehalt - auf Knopfdruck von Brüssel dazu sagt, nein, Ihr dürft dieses Angebot nicht annehmen, weil wir erhoffen uns da von den Wahlen ein besseres Resultat und uns sind in Wirklichkeit - weil das ist die Übersetzung - und sind Euch in Wirklichkeit die Gemeinden komplett „wurscht“. *(Beifall bei der SPÖ - Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Na! - Abg. Wolfgang Spitzmüller: Hast Du Deinen Zettel vergessen?)*

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Vielen Dank Herr Präsident. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch ganz besonders die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Gemeindevertreter begrüßen, die heute hier sind und sich auch ein Bild machen können über die Diskussion, die heute abläuft.

Und es ist immer schön nach dem Kollegen Fürst reden zu können, weil man sich danach abheben kann, weg von Unterstellungen, weg von Verdrehungen, weg von Falschmeldungen, hin zu einem faktenbasierenden Agieren und das möchte ich heute auch ganz besonders machen.

Meine geschätzten Damen und Herren, es wäre verlockend, auf die einzelnen Punkte einzugehen, die der Kollege Klubobmann Fürst gerade von sich gegeben hat. Das würde allerdings den Rahmen sprengen, aber ein Punkt, der ist schon besonders witzig

und das trifft auch ein bisschen den Kollegen Molnár, weil er ja nicht weiß, mit welchen ÖVP-Bürgermeistern der Kollege Molnár gesprochen hat.

Und der Kollege Fürst hat gemeint, die Mehrheit oder ganz viele ÖVP-Bürgermeister hätten diesen Müll-Deal unterstützt. Ich meine, ein paar sitzen oben. Ihr könnt dann im Anschluss fragen, ob die Anwesenden für diesen Müll-Deal gewesen sind.

Ich kann Euch nur sagen, ich war bei einer Besprechung, wo fast alle ÖVP-Bürgermeister anwesend waren und da waren, glaube ich, ich schätze einmal 98 bis 99 Prozent gegen dieses Angebot.

So gesehen könnte man die Aussage, Kollege Fürst, mit einem Wort bezeichnen - die Aussage, die Sie gerade getätigt haben - ein Wort, das aus vier Buchstaben besteht, erster Buchstabe L, letzter Buchstabe e. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, (*Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Meint er Lüge? - Abg. Rita Stenger, BEd: Na klar!*) wie gesagt, schön ist, dass man, wenn man nach dem Kollegen Fürst spricht, sich insofern abheben kann, als man wirklich wieder zu den Fakten zurückkehren kann.

Und wenn wir heute über die Situation der Gemeinden sprechen, dann wäre es für die Landesregierung schon auch gut, endlich auch vom Reden und von Symbolen ins Tun zu kommen. Denn niemand hindert die Landesregierung daran, frisches und zusätzliches Geld in die Gemeinden zu bringen.

Und ich sage das auch gleich dazu, weil da immer wieder erklärt wird, es gibt ja Projektförderungen. Wir reden nicht über Projektförderungen. Wir reden nicht über den Bau von Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen oder was auch immer.

Die Situation der Gemeinden ist so dramatisch, dass wir über den laufenden Betrieb reden, dass wir darüber reden, dass das Personal bezahlt werden muss, dass wir darüber reden, dass die Energie bezahlt werden muss, dass wir darüber reden, dass die ganz normalen, gesetzlichen Verwaltungsabläufe zu gewährleisten sind. Und aufgrund dieser derzeitigen Situation ist das eben nicht mehr gewährleistet.

Und im Übrigen, wenn wir über Bedarfszuweisungen reden - das möchte ich auch schon hier einmal klarstellen - dann reden wir nicht über Geld des Landes, sondern dann reden wir über Geld der Gemeinden. Denn die Bedarfszuweisungstöpfe - das ist ja hoffentlich allgemein bekannt - werden aus Steuereinnahmen der Gemeinden gespeist und nicht aus Steuereinnahmen des Landes.

Meine Damen und Herren, die Situation ist wirklich dramatisch. Und wenn wir jetzt zur Frage kommen, warum fehlt denn eigentlich das Geld und was sind denn eigentlich die Gründe dafür, dann sollten diese Fragen - so wie ich es zu Beginn gesagt habe - faktenbasiert beantwortet werden.

Und ganz ehrlich, mir geht es auch nicht darum - und ich werde das auch nicht tun - jetzt irgendwie ein parteipolitisches Zuschieben von Schuld vorzunehmen. Mir geht es ganz einfach darum, aufzuzeigen, wo das Problem oder wo die Problemlage liegt.

Und Kollege Molnár, das Problem liegt ganz sicherlich nicht beim Finanzausgleich und das werden Sie dann hoffentlich, wenn ich dann die Zahlen präsentiere, auch erkennen.

Nachdem das Land die Gesamtzahlen, was die Gemeinden betrifft, so ein bisschen wie einen heiligen Gral behandelt und keine Informationen über die Gesamtzahlen und über die einzelnen Gemeinden herausgibt - zumindest habe ich bislang noch keine

bekommen - greife ich auf jene Zahlen zurück, die mir zur Verfügung stehen und das sind die Zahlen für die Stadt Eisenstadt.

Und das sind genau die Zahlen, die offiziell vom Land Burgenland und zwar ausschließlich die Zahlen, die vom Land Burgenland übermittelt worden sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das sind die Zahlen zur Budgetvorschau für das Jahr 2024 auf der einen Seite und die Zahlen für die Budgetvorschau 2025 auf der anderen Seite.

Hier werden die Steuereinnahmen, die den einzelnen Gemeinden vom Bund zugewiesen werden, dargestellt und gleichzeitig werden jene Summen dargestellt, die davon vom Land abgezogen werden.

Und die Abzüge erfolgen im Wesentlichen für folgende Bereiche: für die Landesumlage, für die Sozialhilfe, für die Behindertenhilfe, für die Jugendwohlfahrt, für den Krankenanstaltenabgang, für den Sanitätsbeitrag, für den Musikschulbeitrag und den Rettungsbeitrag.

Und wenn man die Abzüge, die das Land von Steuereinnahmen, die die Gemeinden - oder in dem Fall die Gemeinde Eisenstadt - vom Bund bekommt, sich anschaut, dann muss man sagen, diese Abzüge steigern sich ins fast Unermessliche.

Und das ist eigentlich nicht nachvollziehbar. Es ist nämlich nicht nachvollziehbar, dass die Abzüge für die Sozialhilfe von einem Jahr aufs andere um 50,7 Prozent steigen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Abzüge des Landes für die Behindertenhilfe von einem Jahr aufs andere 33,17 Prozent steigen.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Abzüge des Landes für die Jugendwohlfahrt innerhalb eines Jahres um 40,72 Prozent steigen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Abzüge für den Tierkörperverwertungsbeitrag von einem Jahr auf das andere um 50,72 Prozent steigen.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Abzüge für die Krankenanstalten innerhalb eines Jahres um 63,41 Prozent steigen. Und es ist nicht nachvollziehbar, dass die Abzüge insgesamt um 32,17 Prozent steigen, innerhalb von einem Jahr.

Und in Zahlen bedeutet das, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Stadt folgende Zuweisungen vom Bund bekommt. Von 2024 auf 2025 steigen nämlich diese Bruttozuweisungen um 345.600 Euro oder 1,46 Prozent, gleichzeitig steigen aber auch die Abzüge des Landes von 12,7 Millionen auf 16,8 Millionen, also um vier Millionen mehr Abzüge oder 32,17 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Zahlen, die treffen ja wahrscheinlich nicht nur auf die Stadt zu, sondern in ähnlicher Form auf viele andere Städte und Gemeinden oder wahrscheinlich auf alle Städte und Gemeinden im Burgenland.

Und weil immer behauptet wird, na ja, es ist zwar dramatisch, aber es sind eh alle Gemeinden schlecht gestellt und in ganz Österreich ist es so und in Oberösterreich und in Kärnten und in Tirol und wo auch immer, dann möchte ich eine Begebenheit erzählen.

Ich habe vorige Woche die Bürgermeisterin von Leonding getroffen, die Sabine Naderer-Jelinek, eine SPÖ-Bürgermeisterin, die einen hervorragenden Job dort macht. Und wir haben natürlich über die Situation der Gemeinden gesprochen.

Und ich habe sie dann gefragt, na, wieviel bleibt Dir den über von den Ertragsanteilen nach Abzug der Landesanteile? Und sie hat mir erklärt, dass ihr 30

Prozent überbleiben. Das ist auch nicht viel, aber wenn ich daran denke, dass der Stadt Eisenstadt nur mehr zwölf Prozent überbleiben, dann wäre ich mit diesen 30 Prozent schon sehr zufrieden.

Also, sozusagen irgendwelche Statistiken herzunehmen, vorzuzeigen und zu erklären und uns weißmachen zu wollen, dass es überall anders schlechter ist, als im Burgenland, (*Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Das haben wir nicht gesagt!*) das stimmt einfach nicht.

Im Übrigen würde ich auch empfehlen, mit dem Gemeindebundpräsidenten von Kärnten zu sprechen, SPÖ übrigens, der übrigens auch in dieser Runde dabei war und ebenfalls natürlich von der schwierigen Situation der Gemeinden in Kärnten berichtet hat.

Aber der Unterschied ist, dort hat das Land reagiert und wird die Landesumlage für das Jahr 2025 den Gemeinden rückerstatten, damit nämlich die Gemeinden - (*Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: So wie Kärnten verschuldet ist.*) weniger als Burgenland, das werden wir morgen und übermorgen eh noch sehen.

Früher haben wir ja gesagt, das Burgenland darf nicht Kärnten werden, aber mittlerweile muss man sagen, schön wärs, wenn das Burgenland in finanzieller Hinsicht Kärnten wäre, weil die sind nämlich weniger verschuldet mittlerweile als das Burgenland. (*Beifall bei der ÖVP*)

Meine Damen und Herren, der Auszahlungsbetrag für die Stadt Eisenstadt sinkt also von 2024 auf 2025 um 44,91 Prozent. Und jetzt kann sich jeder vorstellen, wie das wäre, wenn sein persönliches Nettoeinkommen von einem Jahr auf das andere um fast 45 Prozent sinken würde.

Man würde sich die Kosten für das Wohnen, für das Heizen, für die Lebensmittel, für die Mobilität und so weiter, ganz einfach nicht mehr leisten können. Und genauso geht es derzeit den Gemeinden.

Meine Damen und Herren, heute interessanterweise, ist schon ein Vergleich gekommen vom Kollegen Molnár, ein ähnlicher Vergleich, den ich auch bringen möchte.

Wenn man die Gemeinden mit einem Patienten vergleichen würde, dann geht es beim Patienten Gemeinde nicht darum, eine Erkältung zu kurieren, es geht nicht darum, eine Kur zu absolvieren oder ins Fitnesscenter zu gehen, um mehr Bewegung zu bekommen. Leider ist das nicht so, leider liegt der Patient Gemeinde auf der Intensivstation.

Und wenn wir diesen Patienten Gemeinde retten wollen, dann brauchen wir starke Medikamente und das in einem großen Ausmaß. Dieses Medikament, meine Damen und Herren, das die Gemeinden brauchen, das ist zusätzliches und frisches Geld.

Denn bei allen Sparmaßnahmen - und da können Sie mir glauben, alle Gemeinden, gehe ich halt einmal davon aus, so wie wir auch, haben in den letzten Wochen die Überlegungen angestellt, wie wir einsparen können, wo wir Leistungen zurücknehmen können, ohne dass die Lebensqualität massiv schlechter wird, wo wir auch Einnahmen lukrieren können.

All das tun die Gemeinden, aber trotzdem wird dieses Loch, das hier entstanden ist, nicht zu schließen sein, wenn nicht zusätzliches Geld in die Gemeinden fließt.

Und Anmerkung, dass der Bund hier seiner Verpflichtung, zumindest seiner moralischen Verpflichtung nachkommen wird, auch nächstes Jahr. Da bin ich mir ziemlich

sicher, da bin ich ganz davon überzeugt, dass der Bund ein Paket schnüren wird, das den Gemeinden zusätzlich helfen wird.

Und weil das immer irgendwie so schlecht gemacht wird, was der Bund in den letzten drei Jahren getan hat über das kommunale Investitionspaket. Ich meine, das waren in Wahrheit Zahlungen, die die Gemeinden in den letzten drei Jahren über Wasser gehalten haben.

Das ist die Wahrheit, das waren Mittel, zusätzliche frische Mittel, die in die Gemeinden geflossen sind. Und ja, natürlich ist die Kofinanzierung eine Herausforderung. Und deswegen übrigens wurde ja beim dritten Paket die Kofinanzierung von 50 auf 20 Prozent gesenkt. Und wenn meine Informationen stimmen - und davon gehe ich aus - dann wird das nächste Paket mit einer Kofinanzierung von Null gezurrt werden. *(Zwiesgespräche in den Reihen der SPÖ-Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine geschätzten Damen und Herren, natürlich - und das ist ja, glaube ich, nicht schwer nachzuvollziehen - gibt es einen Grund, warum die Abzüge des Landes so stark steigen. Das ist ganz einfach die Politik der Landesregierung, das ist die Politik der Mehrheit des Landtages hier.

Und das ist ja auch legitim, denn es gibt eine Mehrheit, die möchte bestimmte Dinge beschließen. Es ist heute schon gesagt worden. Mindestlohn, die sogenannte Pflegereform - die übrigens noch viele hunderte Millionen Euro kosten wird, ohne eine Verbesserung im Pflegesystem herzustellen - und viele, viele Punkte weiter.

Es ist auch legitim, wenn eine Mehrheit das machen möchte, aber wenn sie es macht und wenn das das politische Ziel ist, dann soll sie bitte auch die Kosten übernehmen und nicht die Kosten auf die Gemeinden überwälzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen Sofortmaßnahmen. Daher - und das habe ich auch schon in der Öffentlichkeit vorgeschlagen - bin ich dafür, dass es zumindest so wie in Kärnten eine einmalige Rückführung der Landesumlage in die Gemeinden für das Jahr 2025 gibt.

Diese Mittel sollten aus meiner Sicht nach Kopfquoten aufgeteilt werden, was für die kleineren und finanzschwächeren Gemeinden ein großer Vorteil ist, weil ja die kleineren und finanzschwächeren Gemeinden weniger in den Topf der Landesumlage einzahlen und mit der Kopfquote aber mehr herausbekommen würden. Das wäre, glaube ich, eine gute Sache vor allem für die kleinen Gemeinden.

Der zweite Punkt ist - das ist auch heute schon angesprochen worden und ist ja auch Teil unseres Antrags - es braucht einen Deckel bei den Abzügen des Landes. Ob der jetzt bei 50 Prozent, bei 55 Prozent oder wo auch immer liegt, das ist eine Frage, die man ausdiskutieren kann, aber dass es irgendwo einen Deckel braucht, ist glaube ich ganz klar.

Im Übrigen ist das auch im Finanzverfassungsgesetz festgelegt, dass die Abzüge der Länder nicht so hoch sein dürfen, dass die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gefährdet wird.

Ich muss ganz ehrlich sagen - ich habe das schon mal angekündigt - ich überlege wirklich stark, wenn das so weitergeht, ob wir hier nicht auch rechtliche Schritte einleiten sollten. Denn es gibt ein Finanzverfassungsgesetz und das ist aus meiner Sicht auch einzuhalten.

Und der dritte Punkt, meine Damen und Herren, neben diesen Sofortmaßnahmen. Aus meiner Sicht brauchen wir eine Sicherstellung der Lebensfähigkeit der Gemeinden

und zwar nicht nur jetzt rasch, sondern langfristig. Daher brauchen wir - und das ist meine feste Überzeugung - eine Art Kommunalkonvent, in dessen Rahmen ohne Scheuklappen und auch ohne parteipolitische Komponenten sachorientierte und nachhaltige Lösungen für die Gemeindefinanzen gefunden werden können und sollen.

Mir ist auch klar, dass wir jetzt in einer Phase des Wahlkampfes sind. Dass am 19. Jänner die Landtagswahlen stattfinden und es ist mir auch klar, dass eine solche Möglichkeit/ein solcher Konvent sicherlich nicht vor der Wahl stattfinden wird.

Ich würde diesen Vorschlag aber schon perspektivisch für nach der Wahl sehen, damit man vielleicht dann auch ein bisschen befreiter ist von den parteitaktischen Notwendigkeiten, die es vor einer Wahl gibt.

Insofern geht mein dringender Appell wirklich an die Landesregierung, hier rasch Maßnahmen zu setzen. Sich hinzustellen und sozusagen zu sagen, der Bund soll tun, das ist ein bisschen schwach, muss ich ganz ehrlich sagen.

Da würde ich mir von einer Landesregierung, die auf Augenhöhe mit den Gemeinden, mit den Kommunen, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und schlussendlich damit mit der Bevölkerung, mit jedem einzelnen Burgenländer und jeder einzelnen Burgenländerin kommunizieren sollte, mehr erwarten.

Da würden wir erwarten, dass man hier wirklich rasch selber etwas tut und nicht die Schuld bei anderen sucht, so wie es der Kollege Fürst gemacht hat, der ja von der Weltpolitik gesprochen hat und von der Europapolitik und weiß ich von was.

Wir leben aber nicht irgendwo in der Welt, sondern wir leben im Burgenland. Wir leben in unseren 171 burgenländischen Gemeinden, dort, wo die Lebensqualität für die Menschen entsteht, dort, wo die Menschen auch ihre Heimat finden, wo sie sich zugehörig fühlen.

Diese Strukturen, meine Damen und Herren, müssen geschützt werden. Diese Strukturen müssen auch langfristig gesichert werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Robert Hergovich: Herr Kollege Steiner. Auch wenn wir uns im Vorwahlkampf befinden, würde ich Sie bitten, die Würde des Hauses zu wahren, sonst zwingen Sie mich Ihnen etwas zu erteilen, das mit O beginnt und mit f endet. *(Allgemeine Heiterkeit)* Und ich glaube, das wollen wir alle nicht. In diesem Sinne glaube ich, sollten wir die Würde des Hauses schon wahren.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Klubobmann Fürst gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Johann Tschürtz: Lüge hat er gesagt. - Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Was hat er gesagt? - Abg. Johann Tschürtz: Lüge. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Habe ich nicht gesagt.)*

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Ich beziehe mich auf die abgehobene Rede des Herrn Steiner. Oder es war, glaube ich, vielleicht anders gemeint, dass sich seine Rede abhebt von allen anderen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von Deiner!)*

Sie haben behauptet, Herr Kollege Steiner, dass Burgenland mehr Schulden hat wie das Land Kärnten. Wortwörtlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!)* Das ist falsch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist richtig!)*

Ich lese Ihnen vor den Vergleich der Finanzschuldenstatistik Austria, Anlage 6c. Können sogar Sie nachschauen. Da hat das Burgenland eine Prokopfverschuldung mit 2.604 Euro oder insgesamt 786 Millionen *(Abg. Markus Ulram: Bei dem Thema haben wir*

wieder richtig geackert. - Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten) - ich lese vor, was falsch ist - und Kärnten hat eine Verschuldung von 8.457 pro Kopf. Das ist, wenn ich schnell rechne, zirka das Drei- bis Dreieinhalbfache. (Abg. Doris Prohaska: Oje, das sind Recherchen! - Beifall bei der SPÖ - Abg. Markus Ulram: Als tatsächliche Berichtigung und dann wird eine Rede gehalten! Aber wehe, wir machen einen Redebeitrag.)

Präsident Robert Hergovich: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gerhard Bachmann.

Bitte Herr Kollege Bachmann. (Abg. Markus Ulram: Dann darf ich auch einmal. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war aber keine tatsächliche Berichtigung. - Abg. Markus Ulram: Ja eh nicht. - Abg. Doris Prohaska: Nein. - Abg. Markus Ulram: Nein, das war ein Redebeitrag. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Abgeordneter Gerhard Bachmann (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörer zu Hause und auf den Rängen, Bürgermeisterkollegen!

Also, ich bin schon verwundert, was da abgeht, wenn man wen wo die Schuld gibt und so. Unverständlich. (Allgemeine Heiterkeit) Ich weiß ja gar nicht, wo ich da anfangen soll zum Aufrollen. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Kollege Steiner, Du warst bei den Verhandlungen dabei. Du weißt schon, warum das Müll-Paket schlussendlich gescheitert ist? (Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja!) Darf man es sagen? Weil Du unbedingt die Personalhoheit haben willst, dass Du Deine Leute anstellen kannst. An dieser ist es gescheitert.

Also, ich würde mir schon - erzähl nicht immer Märchen, erzähl das auch Deinen Bürgermeisterkollegen, dass es an diesem Wort gescheitert ist. (Beifall bei der SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Da hätten wir die Chance gehabt, 311 Millionen jedes Jahr, 2024 38 Millionen, 2025 40 Millionen. Das hätten wir uns alles, die Gemeinden, teilen können von dem Kuchen, wenn man das gescheit ausverhandelt hätte und Wort gehalten hätte und nicht alles haben hätte wollen. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Ich kann Dir sogar Bürgermeisterkollegen von Dir - ich will sie jetzt nicht namentlich nennen - die haben gesagt, wir treten am besten einen Kindergarten mit dem Gebäude auch ab, weil dann brauche ich nicht heizen und brauche mich um das auch nicht kümmern. Also, erzähl mir nicht, dass 98 Prozent Deiner Meinung sind, weil das ist nicht korrekt. (Beifall bei der SPÖ)

Kollege Géza Molnár, das taugt mir immer, weil wir müssen ja Ursachenforschung betreiben. Die GRÜNEN haben es schon gesagt, ein jeder macht eine Schuldzuweisung, der, der, der. Aber es ist wirklich die Ursachenforschung und ich habe mir das angeschaut.

15 Milliarden ist der Finanzminister draufgekommen, dass sie auf einmal fehlen. No na, über Nacht 15 Milliarden. Was sind das?

Man hat damals von der Konsumpleite geredet von zwei Milliarden Schilling. Jetzt sind wir bei 15 Milliarden Euro. Das war ein Wahnsinn. Da hat man gesagt, die Welt geht unter. Der sagt von heute auf morgen 15 Milliarden Euro fehlen. Einfach so. Jetzt ist er in Brüssel. Jetzt ist ihm das egal. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Die Österreicher sollen sich kümmern darum. Dann habe ich mir das angeschaut. Warum passiert so etwas?

Jetzt war fast ein Jahrzehnt ÖVP, zwei Jahre FPÖ dabei, dann fünf Jahre die GRÜNEN dabei. Dann habe ich mir das angeschaut. Ihr habt die Wirtschaft ruiniert, in fast einem Jahrzehnt habt Ihr Österreich ruiniert!

Ihr habt die Wirtschaft ruiniert! Die ist komplett tot. Der Pierer spendet Euch 430.000 Euro für den Wahlkampf, dafür schiebt Ihr ihm ein paar Millionen der COFAG zu und dann, zwei Jahre drauf, stellt sich der hin und sagt, ich habe drei Milliarden Minus. Was ist das für eine Wirtschaftspartei? Na, was ist das für eine Wirtschaftspartei? *(Beifall bei der SPÖ)*

Leider Gottes trifft es auch vom Bauernbund die Bauern so. Bei uns lagert das ukrainische Getreide, kann keiner mehr verkaufen. Da will man den Kollegen vom Bauernbund recht geben. Der Bauernstand ist so runtergefahren worden. Du kannst Dir nichts mehr leisten.

Lagerhaus Korneuburg - der Kollege Ulram wird es vielleicht auch kennen - dort haben sie jetzt 35 Leute entlassen müssen, 30 stehen noch auf der Liste von dem Technikcenter. Und weißt Du warum das passiert ist? Dort sind Boni-Zahlungen ausgezahlt worden an Mitarbeiter, die haben jetzt vorbestellt um 20 Millionen Geräte, dass die Boni kriegen.

Das ist nicht aufgegangen. Die Boni sind noch ausgezahlt worden. Jetzt ist kein Geld mehr da und jetzt hat man die Mitarbeiter entlassen. Und das ist eine Wirtschaftspartei? *(Beifall bei der SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Steyer, Raiffeisen, RBI Oberstösterreich, Deutschland, AGRANA. Ihr werdet sehen, was da noch alles kommt an vielen Pleiten. Und dann macht man so viel Minus, kommt keine Kommunalsteuer herein, keine Ertragsanteile herein, das nicht herein, und das betrifft dann die Gemeinden!

Inflation zehn Prozent drei Jahre lang fast und das sind die Gründe. Das heißt, die Kosten sind um 30 Prozent explodiert und die Einnahmen sind nicht gestiegen, sondern noch ein bisschen gesunken und die Ertragsanteile.

Und das kann das Land nicht kompensieren. Kollege Steiner lacht. Du hast den Mindestlohn nicht umgesetzt und bist trotzdem neger. Na schau. *(Beifall bei der SPÖ - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Zwischenrufe aus den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Rassistisch ist er auch noch! Das ist ein Vorbild. Also ich würde mich schämen, wenn ich zu den Sozialisten gehören würde und neger sagen würde. - Zwischenrufe aus den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Schämt Euch, stellt Euch in eine Ecke und denkt einmal nach!)*

Präsident Robert Hergovich *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter. Sie haben sich zuvor im Ton und in der Wortwahl vergriffen. Ich ersuche Sie, sich zu entschuldigen. *(Abg. Gerhard Bachmann: Ich entschuldige mich!)* Das war nicht in Ordnung und ich erteile Ihnen hiermit auch einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Gerhard Bachmann (SPÖ) *(fortsetzend)*: Aber das ist diese Falschheit. Da sagt man das Land, der Bund hat kein Geld, schwarz-blau, Salzburg 600 Millionen Neuaufnahme, Vorarlberg 200 Millionen, Niederösterreich. Und dort macht man schon eine Politikererhöhung, wo alleine der Landbauer 1.800 Euro mehr kriegt. Die Gehälter tut man sich schon erhöhen.

Und das ist eigentlich die Farce, dass man den Leuten irgendwas erzählt und das ist Eure Einstellung, wie Ihr gegenüber den anderen denkt! *(Abg. Markus Ulram: Applaus! - Beifall bei der SPÖ - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)*

Nächstes Märchen. Ihr erzählt, Euer Landesparteivorsitzender war in 171 Kommunen. Ich habe jetzt alle gefragt. In Jahrndorf hat ihn keiner gesehen. Keiner hat gewusst, dass er da war. als wieder Märchen erzählt. Er war nicht in allen Gemeinden! Also bei uns war er definitiv nicht. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Markus Ulram: Er war eh da, aber nichts habt Ihr gemacht!)*

Dann müsst Ihr es ein bisschen bewerben, aber wahrscheinlich habt Ihr so einen starken Gemeinderat, weil Ihr es nicht einmal bewirbt. *(Abg. Markus Ulram: Ein Wahnsinn. Das ist abgehoben!)* Das ist nicht abgehoben. *(Abg. Markus Ulram: Na sicher!)* Wieso abgehoben? *(Abg. Markus Ulram: Sicher! Aber so etwas Abgehobenes gibt es eh nicht mehr lange!)* Ist halt so. In Jahrndorf schon. Vielleicht in Halbtorn nicht mehr. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vom Bodenverbrauch, weil die GRÜNEN das auch mitbekommen haben. Wir haben jedes Jahr einen Zuzug von 70.000 Leuten. Ja, da musst Du Wohnungen bauen, da musst Du das bauen und das kostet auch alles Geld. Das heißt, es fließt auch alles rein und darum hat auch der Bund weniger Geld. Man muss halt schon wirklich an allen Schrauben drehen, dass man das runterbringt.

Das Meiste was dann war, so wie es der Géza Molnár gesagt hat, die Inflation von Gas, der Energie. Wir sind neutral. Wir stellen uns dann hin und sagen, das Gas nehmen wir nicht, das machen wir nicht. Ja, aber von wo sollen wir die Energie herkriegen? Gut, machen wir Photovoltaik. Photovoltaik, Windstrom muss man aber speichern. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist nur der Strom und nicht die Energie!

Und da sind wir beim nächsten Thema. Jetzt fällt dem Land Burgenland ein ... *(Abg. Gerald Handig: Was hat das mit Neutralität zu tun?)* Weil sich wir da raushalten. Österreich war immer neutral und wir sind gut gefahren. Ich kann mich nicht auf ein Sanktionspaket aufs andere hinhauen und wir schneiden uns selber das Wasser ab. *(Beifall bei der SPÖ)* Da müssen wir mal munter werden.

Dann versucht Burgenland, da haben sie alle gelacht, Halbtorn war die erste Gemeinde unter einem blauen Bürgermeister unter Salzl Stefan. Dann hat der Suchy Rudi in Zurndorf angefangen. Dann hat man Windkraft gemacht. Man muss irgendwas machen, dass man sich weiterentwickelt. Wenn man nicht mit der Zeit geht, wird man mit der Zeit gehen.

So. Jetzt macht man das, produziert man Photovoltaik, Windstrom, jetzt haben wir den Strom da. Wir brauchen aber Energie. Das kann ich nur so weiterleiten oder abtransportieren oder ich muss ihn speichern.

So. Jetzt fällt uns ein - dem Landeshauptmann, der Energie Burgenland - wir machen ein Wasserstoffkraftwerk, *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* dass man das Speichern kann und dieses Geld der Bevölkerung wieder zugutekommt. Wir brauchen das nicht von Arabien kaufen oder von dort kaufen, wenn wir das selber dahaben!

Was ist die Begründung? Ihr schreit gleich, kein Wasser da! Da nicht da, da nicht da! Das geht nicht, das geht nicht! Arbeitet einmal konstruktiv bei Lösungsvorschlägen mit. *(Heiterkeit beim Abg. Johann Tschürtz)* Euer Kollege, der jetzt dort steht. IG Wasserkraft. Weißt Du, was der machen wollte 2008, bevor er Agrarlandesrat geworden

ist? Die Leitha umleiten und einen Golfplatz hinbauen zum Bewässern. Nur dass man mal weiß, von was man redet. *(Beifall bei der SPÖ - Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)*

Aber das sind die Wahrheiten *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram)* Zehn, 15 Jahre stelle ich mich später hin und sage, das ist unmöglich. Das ist ein Ressourcen-Schonung. *(Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Johann Tschürtz: Jeder kann sich versprechen!)*

(Abg. Johann Tschürtz: Jeder kann sich mal versprechen.) Wer sagt, dass das Wasser nicht von der Donau kommt? Habt Ihr das schon einmal hinterfragt? Vorher hast Du großmundig erzählt, Bürgermeister Edelmann, Wasserleitungsobmann, dort, dort, dort. Da sind die Vorstände 4:3.

Die Vorstände wissen genau, um was wir da diskutieren, von wo der Grundsatzbeschluss ist, von woher das Wasser kommt. Wenn man dort nachfragt, das war heute in der Verbandsversammlung, werden die Dir erklären, von wo das Wasser kommt. *(Ein Zwischenruf: Also von wo?)*

Also, man stellt sich hin und sagt, man muss ein Donauwasser nehmen, und weiß aber nicht, dass es vermutlich ohnehin von der Donau kommt. *(Abg. Johann Tschürtz: Vermutlich.)* Also, man muss das schon immer abwägen, bevor man etwas behauptet, was dort ist. *(Abg. Markus Ulram: Der Vorstand hat einen Beschluss gefasst, dass der Wasserleitungsverband, das Wasser liefert. Mein lieber Freund! - Abg. Verena Dunst: Tu weiter!)* Ja, gut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann das Nächste. Das ist ja immer alles, jetzt hat der Gerald auch schon gesagt, es tut mir ohnehin so weh, Edelstal. Schau, ist schon um 7.300 Euro weniger. *(Abg. Gerald Handig: Nein!)* Ihr bekommt 1,1 Millionen Euro. *(Abg. Gerald Handig: Minus 1.300 Euro)* Das Ihr im Süden vielleicht ein bisschen zuhört: 570.000 Euro Kommunalsteuer, 600.000 Euro Miete für das Römerquelle und Coca-Cola Gebiet. Ungefähr 1,1 Million Euro im Jahr.

Deutsch Jahrndorf hat ein Budget von 1,5 Millionen Euro. Wir sind seit vier Jahren schuldenfrei. Ihr habt 1,1 Millionen Euro an Zusatzeinnahmen, habt ungefähr vier Millionen Euro negativ und habt keinen Kindergarten. Ihr habt einen Kindergarten, habt keine Volksschule. Nein, aber Ihr könnt uns nicht erklären, wie man wirtschaftet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ihr stellt das immer auf und sagt, die Roten können nicht wirtschaften. Da hast überall die Zahlen Pro-Kopf-Verschuldung im Neusiedler Bezirk, dass kannst Du Dir anschauen. Das ist ja nicht etwas, was wir erfinden. Das ist etwas, was in der Statistik steht. *(Abg. Gerald Handig: Schulden und Haftungen bitte auseinanderhalten! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das versteht er nicht.)*

Siehst Du, das ist immer Eure Vorgangsweise, denn Ihr redet das immer schön, wenn es Euch betrifft, aber bei den anderen ist das egal. Dann habe ich mir auch noch etwas angeschaut und habe mich teilweise gewundert, warum die Bünde, warum der Wirtschaftsbund und Bauernbund, warum der Staat das so herunterfallen lässt?

Dann habe ich mir das bei uns angeschaut. Also, ich glaube, da stehen jetzt drei vom Bauernbund, einer oder zwei vom Wirtschaftsbund und sonst ÖAAB. Wenn Ihr so weiter macht, dann werdet Ihr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch noch ruinieren. Die Roten und die Schwarzen. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Ich darf nun einen Abänderungsantrag einbringen und den Schlusssatz verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge eine Akutmilliarde zur Unterstützung der österreichischen Gemeinden bereitstellen und umgehend auszahlen, um zumindest einen kleinen Teil der Ausgaben-Einnahmen-Schere der letzten Jahre zu kompensieren.

Für die 171 burgenländischen Gemeinden gibt es einen Beitrag von 33 Millionen Euro. Eine strukturelle Neukonfiguration im Kontext des Finanzausgleichs bei dem die Ausgaben-Einnahmen-Schere für Gemeinden nachhaltig beschlossen wird, um somit die finanzielle Planungssicherheit in den Gemeinden gewährleisten zu können. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt und wird natürlich in die weitere Verhandlung miteinbezogen. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Es ist zwar sehr schwierig, Kollege Bachmann, Deinen Ausführungen irgendwie zu folgen, denn es war wieder eine groteske Rede, kann man sagen, aber der Landtag ist eben ein Spiegelbild der Gesellschaft. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da muss es dann auch solche Möglichkeiten geben. Aber, wenn ich es richtig verstanden habe, und das weiß ich jetzt nicht ganz genau, war irgendwie der Vorwurf, weil ich irgendwie eine Personalhoheit haben wollte, wäre der Mülldeal geplatzt. Ich kann mich jetzt gar nicht erinnern, ob Du bei diesen Gesprächen dabei warst, denn ich war dabei.

Das war außer Streit gestellt, dass die Kindergärtner*innen Gemeindebedienstete bleiben. Das war überhaupt nicht das Thema und kann daher auch gar nicht der Grund irgendeines Platzens gewesen sein. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist überhaupt so die Wortmeldung ein bisschen so gewesen, irgendwo etwas gehört, irgendwo etwas gelesen, schnell etwas zusammengeschrieben. *(Abg. Gerhard Bachmann: So wie Ihr das halt macht.)* Das hat niemand nachverfolgen können. Abgesehen davon, von Deinem rassistischen Ausritt, *(Abg. Verena Dunst: Geh bitte!)* der wirklich extrem bedenklich ist. Aber ansonsten war das wirklich wieder eine Rede, die wahrscheinlich in die Geschichte des Landtages eingehen wird. *(Abg. Markus Ulram: Ganz sicher! - Beifall bei der ÖVP - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Robert Hergovich: Herr Kollege, wer hat sich jetzt zu Wort gemeldet? *(Die Abgeordneten Handig und Mezgolits erheben sich gleichzeitig von ihren Plätzen.)* Ich kenne mich bei Euch jetzt nicht mehr aus. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Beide! – Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Macht es einfach zu zweit!)* Handig.

Bitte Herr Abgeordneter Gerald Handig.

Abgeordneter Gerald Handig (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Wir könnten das zu zweit auch machen, der Mezgolits wird im Anschluss sicherlich darüber sprechen. Ich habe mich dafür nicht zu Wort gemeldet. Ich habe aber die letzten vier Jahre mitgenommen, denn ich bin nicht einer, der klagt oder der beleidigt ist, wenn er weniger bekommt, als die anderen.

Das ist legitim. Ich brauche mich aber auch für meine Einnahmen, dafür, dass wir ordentlich wirtschaften, nicht entschuldigen. Aber, heuer war es ganz einfach dramatisch. Waren es im Juli 2022 insgesamt 743.000 Euro, ich lasse jetzt einmal die Hunderter weg, die mir zugesprochen wurden, so war der Nettoauszahlungsbeitrag 277.000 Euro. Also etwa 60 Prozent Abzüge.

Ein Jahr später, im Jahr 2023, wurden 760.000 Euro zugewiesen, 318.000 Euro Auszahlung. Wiederrum etwa 60 Prozent Abzüge.

Im Jahr 2024 waren es 771.000 Euro. Man sieht immer diese leichte Steigerung, die ja schon angesprochen wurde, Nettoauszahlungsbetrag 209.000 Euro. Das sind in etwa 75 Prozent Abzüge. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Heuer hat es den Fass fast den Boden durchgeschlagen. 786.000 Euro zugewiesen, 787.000 Euro Abzüge. Also, nicht minus 1.300 Euro. Hier wird nicht minus 1.300 Euro abgezogen. Ich habe 101 Prozent Abzüge und das ist für die Gemeinde Edelstal nicht zu verstehen.

Genauso, wie das im Verhältnis zu anderen Gemeinden nicht zu verstehen ist, dass hier manche Beträge unerklärlicherweise sich um 50 Prozent, um 70 Prozent oder mehr erhöhen, wie eben die Landesumlage oder die Sozialhilfe. Der Krankenanstaltenabgangsbetrag wurde ja schon angesprochen, den möchte ich hier nicht erwähnen. Das ist der Bund. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Johannes Mezgolits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johannes Mezgolits (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Abgeordnete, liebe Burgenländerinnen und Burgenländer! Sowie geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus den burgenländischen Gemeinden! Ein herzliches Grüß Gott auch an die Kollegen oben auf der Tribüne.

Nachdem der Rundumschlag vom Kollegen Bachmann beendet ist, nachdem klargestellt ist, dass der Herr Klubobmann Fürst mit der Zeitung Österreich anscheinend im Clinch liegt und die Bewerbungsrede von Herrn Molnár absolviert ist, empfehle ich Euch allen dreien, ein Qualitätsmagazin aus dem Landtagsklub der ÖVP Burgenland. *(Der Abgeordnete hält das Magazin „Unterm Strich“ in die Höhe - Beifall bei der ÖVP - Abg. Doris Prohaska: Der war gut!)*

Ja. *(Zwiegespräche und Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Dort werden Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Antworten auf viele verschiedene Fragen finden. Ihr braucht nur zu den Leuten draußen im Burgenland gehen. Ich glaube, es gibt keinen einzigen Küchentisch, wo dieses Magazin nicht aufliegt *(Abg. Doris Prohaska: Ja, zum Zerschneiden!)* und wo darüber diskutiert wird. Ein Qualitätsmagazin. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Überhaupt, unsere Bürgermeisterkollegen, wir stehen ja heute hier, um über die Zukunft unserer Gemeinden zu sprechen. Als Bürgermeister weiß man ja grundsätzlich, dass Herausforderungen einfach zum Alltag gehören. Es gehört de facto zum Geschäft. Aber, was momentan abgeht, ja, dass, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht sprichwörtlich auf keine Kuhhaut.

Das höchste Gut in der Politik ist das Vertrauen. Leider ist dieses Vertrauen seitens der Landregierung, seitens unseres Herrn Landeshauptmanns Hans Peter Doskozil, nicht

nur auf die Probe gestellt worden, sondern wurde mit dieser Verschwendungspolitik, ja sprichwörtlich, missbraucht. Deshalb haben wir auch, den von der FPÖ eingebrachten Misstrauensantrag im Juni 2023 hier im Burgenländischen Landtag unterstützt.

Zum Thema Müllverband, meine sehr geehrten Damen und Herren, sagte der Herr Landeshauptmann wörtlich am 15. Jänner dieses Jahres in einem Standard-Interview: Sollte der Deal nicht zustande kommen, könne er besser schlafen. Ja, Herr Landeshauptmann, ich darf Sie beglückwünschen, auch ich hatte seither einen sehr guten Schlaf. Seit Sie Landeshauptmann sind, haben Sie 1.000 Millionen Euro Schulden gemacht. Ja, für Sekt und Flötenpolitik. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Den Müllverband werden wir in den Gemeinden jedenfalls für solche Sachen nicht verscherbeln. Das steht fest. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Abgeordnete, liebe Burgenländerinnen und Burgenländer! Ich stelle drei Fragen, die uns de facto alle betreffen.

Die erste Frage: Seit 1980 haben wir als Gemeindeverband, sprich Müllverband, solide gewirtschaftet und beachtliche Reserven geschaffen. Haben wir also schlecht gewirtschaftet? Nein. Ich glaube nicht. Wir haben unsere Aufgaben verantwortungsvoll und erfolgreich erfüllt.

Die zweite Frage: Haben wir ein Vertrauensproblem in der Öffentlichkeit? Ich denke auch nicht. Der Verband ist professionell, effizient geführt und genießt große Beliebtheit. Das Vertrauen, das wir genießen, ja das ist die Arbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit ihrer Hingabe für dieses Unternehmen.

Die dritte Frage: Belasten wir die Bürger unverhältnismäßig mit Gebühren, besonders in Zeiten von hoher Inflation, aber auch hohen Zinsen? Nein. Auch das ist nicht der Fall. Unsere Gebühren sind seit über zwei Jahrzehnten stabil.

Was zeigt, wie sehr wir auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen und diese auch in den Mittelpunkt stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist klar, dass wir uns von dieser Landesregierung sicherlich nicht unter Druck setzen lassen dürfen. Es geht sicherlich nicht nur um Zahlen. Es geht um Menschen, es geht um unsere Gemeinden. Es geht um unsere Verantwortung.

Wir dürfen nicht zulassen, dass unser hart erarbeiteter Erfolg im Müllverband dementsprechend leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird, denn wir in den Gemeinden stehen für Stabilität. Wir in den Gemeinden stehen für Vertrauen und wir in den Gemeinden stehen für Bürgernähe. *(Beifall bei der ÖVP)*

Geschätzte Abgeordnete! Das Wort Subsidiarität, Ihr kennt es, es ist sehr kompliziert, beschreibt, dass Probleme dort gelöst werden, wo sie entstehen. Sie allerdings schaffen mit Ihrer Verschwendungspolitik Probleme hier im Eisenstädter Landhaus, das die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Gemeinden lösen sollen. Ich sage jetzt ist aber Schluss damit! *(Beifall bei der ÖVP)*

Deshalb appelliere ich an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter standhaft zu bleiben, selbstbewusst zu sein und unsere Unabhängigkeit zu bewahren. Das sind wir unseren Bürgern, unseren Gemeinden und dem Burgenländischen Müllverband einfach schuldig. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank aus hat sich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, Bürgermeister! Nach dieser doch ein bisschen skurril anmutenden Wahlkampfrede, die wir gerade gehört haben, versuche ich jetzt doch wieder ein bisschen mehr Sachlichkeit in diese Diskussion zu bringen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Steiner recht, die Gemeinden brauchen Geld. Die Gemeinden brauchen sicherlich frisches Geld. Es wird eine strukturelle Entlastung der Gemeinden brauchen.

Ich habe das in diesem Hohen Haus nicht erst einmal erwähnt, sondern bereits mehrere Male. Wo wir uns, glaube ich, unterscheiden, ist die Frage, wo dieses Geld herzukommen hat beziehungsweise wer dafür die Verantwortung trägt?

Es stimmt, was aus dem Schreiben hervorgeht, was das Land übermittelt hat. Aus den Zahlen, die sie heute übermittelt bekommen haben, geht hervor, dass es so ist, dass die Kosten enorm gestiegen sind. Aber, Sie wissen genauso, und das unterstelle ich Ihnen jetzt einmal, dass das Land nicht automatisch für diese Erhöhungen zuständig ist. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber!)*

Es ist aber auch so, dass wir, wenn wir Zahlen übermitteln, oft auch der Überbringer einer Nachricht sind und dass der Bund in diesen Bereichen verantwortlich ist, weil ganz einfach die allgemeine Kostensteigerung dazu beigetragen hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 50 Prozent bei den Krankenanstalten?)*

Wir haben in den letzten Jahren eine komplett verfehlte Wirtschaftspolitik seitens des Bundes gehabt. Die Kosten sind in allen Bereichen explodiert. Das ist, glaube ich, mittlerweile unbestritten, denn wir haben ein Budgetloch von 15 Milliarden Euro. Wahrscheinlich wird es noch auf 20 Milliarden Euro oder noch mehr steigen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Plus 63 Prozent!)*

Wenn man sich das anschaut, sollten wir da vielleicht dann auch bei der Wahrheit bleiben, was das betrifft. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau!)*

Wo wir auch nicht einer Meinung sind ist, dass es keine Frage des Finanzausgleichs ist. Wir sind übrigens in guter Gesellschaft. Der Gemeindebundpräsident, soweit ich weiß ÖVP, sagte in Oberwart beim Gemeindetag auf die Gemeindefinanzen bezogen: Es wird ein Tal der Tränen werden. Seine Aussage, nicht meine. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wenn die Einnahmen der Gemeinden stagnieren, das wird ja auch immer wieder bestritten, dass ja der Bund ohnehin so viele Einnahmen zur Verfügung stellt, steigen gleichzeitig deren Ausgaben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 50 Prozent!)*

Auch der gibt diesem recht. Selbst er weist darauf hin, dass es eine Änderung des vertikalen Verteilungsschlüssels zugunsten der Gemeinden braucht, hier sogar mit einem formulierten Ziel von 15 Prozent.

Das heißt, es wird hier strukturelle Änderungen zugunsten der Gemeinden geben müssen und das kann eben nur der Bund bewirken.

Auf der anderen Seite ist es so, dass auch der horizontale Verteilungsschlüssel letztendlich einmal angegangen werden muss. Auch das ist eine jahrelange Forderung seitens, vor allem der burgenländischen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, weil es nach wie vor so ist, dass ein Vorarlberger oder eine Vorarlbergerin 25 Prozent mehr bei den Ertragsanteilen wert ist, als ein Burgenländer und eine Burgenländerin.

Diese Ungerechtigkeit dürfen wir uns auch in Zukunft nicht mehr gefallen lassen. Das heißt, wirklich auch hier mein Appell, bei den Finanzausgleichsverhandlungen auf das auch Wert zu legen, dass erstens der horizontale und zweitens der vertikale Verteilungsschlüssel geändert wird. Auch vor allem zugunsten der Gemeinden, um hier wirklich einmal strukturelle Änderungen herbeizuführen.

Denn die ganzen KIG-Mittel, alles gut und schön. Die ersten waren vielleicht noch wirklich so, dass man sie abrufen konnte. Was dann aber in den zweiten und dritten Tranchen passiert ist, wissen wir, denn da haben es die Gemeinden nicht einmal mehr geschafft, diese Mittel wirklich vollends auszuschöpfen, weil ganz einfach dieser Kofinanzierungsbeitrag nicht da war.

Das heißt, diese Einmalzahlungen sind zwar vielleicht im ersten Moment ganz nett, aber wir werden das Problem damit nicht lösen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass das kein burgenländisches Problem ist, ist heute auch schon mehr als einmal erwähnt worden. Das betrifft die Gemeinden in ganz Österreich.

Ja. Selbstverständlich nützt das jetzt den burgenländischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vielleicht in der jetzigen herausfordernden Situation relativ wenig, aber, zu sagen, für ein Finanzproblem in Vorarlberg, in Kärnten, in Oberösterreich, in Niederösterreich, in der Steiermark, in Salzburg, ist die Burgenländische Landesregierung zuständig und nicht der Bund, ist ein bisschen sehr an den Haaren herbeigezogen.

Wir, und das möchte ich auch ganz deutlich sagen, seitens der Burgenländischen Landesregierung, sind nicht diejenigen, die die Verantwortung im Bereich der Gemeindefinanzen abwälzen, ganz im Gegenteil.

Ich darf es gerne noch einmal zusammenfassen und wiederholen. Wir haben nach wie vor, auch wenn Sie es gerne anders darstellen, die mit Abstand geringste Pro-Kopf-Umlagebelastung zugunsten der Gemeinden aller österreichischen Bundesländer.

Das ist eine Unterstützung seitens des Landes, die den Gemeinden bereits seit mehreren Jahren, wenn nicht schon seit Jahrzehnten, zugutekommt.

Das wird uns im Übrigen auch von allen Institutionen immer wieder auch bestätigt.

Das war auch der Grund, wieso die burgenländischen Gemeinden verhältnismäßig lange jetzt auch noch relativ stabil in der Finanzlage dagestanden haben.

Das ist der eine Punkt.

Auf der anderen Seite das Sonderbedarfszuweisungspaket, das heute auch schon mehrfach erwähnt worden ist.

In einem ersten Schritt waren es 25 Millionen Euro. Wir haben heute erst zu Mittag in einem zweiten Paket noch einmal zusätzliche Mittel beschlossen. In Summe reden wir hier von mittlerweile 38 Millionen Euro zusätzlich an Bedarfszuweisungsmittel.

Da darf ich Sie auch korrigieren, Herr Abgeordneter Steiner. Ja, die Gemeindebedarfszuweisungsmittel sind Gemeindegelder. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Von denen habe ich gesprochen.)* Diese betragen 44,3 Millionen Euro. Wir haben zusätzlich 38 Millionen Euro an Landesbedarfszuweisungsmitteln hier dazu getan. *(Abg. Markus Ulram: Wer bekommt die?)* Das ist noch dazu, und das möchte ich vielleicht an dieser Stelle auch erwähnen, weit mehr als die Abschaffung der Landesumlage ausmachen würde, die Sie immer wieder einfordern. Weil, bei der Landesumlage reden wir von etwa 26 Millionen Euro. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Jährlich!)*

38 Millionen Euro zusätzlich heuer auch über Bedarfszuweisungsmittel aus reinen Landesmitteln, die wir zusätzlich zu den Bedarfszuweisungsmittel für die Gemeinden ausgeschüttet haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich kann Ihnen auch ein paar exemplarische Beispiele gerne nennen, wo diese Mittel hinfließen. Weil, ich muss Sie enttäuschen, es hat keinen Sonderlandtag gebraucht, um diese Bedarfszuweisungsmittel auszuschütten. Denn, all das sind Projekte, die bereits über Monate hinweg geplant worden sind.

Es sind diverse Feuerwehrrhäuser in Potzneusiedl, in Edelstal, auch nach vorliegendem Gemeinderatsbeschluss in Hornstein, so er zustandekommt, Leithaprodersdorf, für einen energieautarken Sportplatz, Bildungsprojekte, Bildungscampus Pannonia, in Dürnbach, Bildungscampus Güssing, jener in Oberwart, in Eisenstadt, Holzschlag. Alles das.

Der Kindergarten in Jennersdorf. In Güttenbach eine Veranstaltungshalle, die damit saniert wird, in Kukmirn das Gemeindezentrum neu gebaut. Das sind noch nicht einmal die Mittel aus dem Feuerwehr-, aus dem Schul- und dem Kindergartenbauprogramm mit inkludiert.

Also, nur so viel dazu, dass das Land Burgenland die Gemeinden im Stich lässt. Das ist schlicht und ergreifend falsch. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das war jetzt nur ein kleiner Auszug der Projekte, die wir in den letzten Jahren, und besonders im letzten Jahr, die der Landeshauptmann über Bedarfszuweisungsmittel und zusätzliche Projektförderungsmittel zur Verfügung gestellt hat, um das Leben in den Gemeinden wirklich aufrecht erhalten zu können, um wichtige Infrastrukturprojekte damit auch finanzieren zu können, um der Bevölkerung vor allem auch diese Infrastruktur auch weiterhin zur Verfügung zu stellen - und das in schwierigen und angespannten Zeiten.

Wir sind nicht diejenigen, die die Verantwortung abwälzen. Der Herr Klubobmann Fürst hat, glaube ich, vorher noch das Schreiben des Finanzministeriums erwähnt. Es hat ja schon einige Male das Thema der Gemeindefinanzen im Landtag gegeben. Erst bei einem der letzten Anträge haben wir auch ein entsprechendes Schreiben an das Finanzministerium gesendet und um Antwort ersucht.

Es ist, glaube ich, gerade einmal ein Einseiter zurückgekommen. *(Abg. Markus Ulram: Ich bekomme gar keine Antwort!)*

Salopp formuliert wurde uns mitgeteilt: Das interessiert uns momentan nicht! Das soll die nächste Bundesregierung lösen.

So viel zu dem, wer Verantwortung übernimmt und wer nicht. *(Abg. Markus Ulram: Ich bekomme gar keine Antwort auf meine Schreiben über die Bedarfszuweisungen! – Beifall bei der SPÖ - Abg. Markus Ulram: Da kommt nicht einmal ein leerer Zettel!)*

Das Gemeindepaket, das heute auch schon mehrfach erwähnt worden ist, wo der Landeshauptmann angeboten hat, die Personalkostenförderung sehr stark zu erhöhen, ich glaube auf 85 Prozent, statt wie derzeit 45, 50 Prozent.

Auch das haben Sie abgelehnt.

Das heißt, auf der einen Seite fordern Sie in einem Sonderlandtag - noch dazu Unterstützungspakete für die Gemeinden. Wenn wir Unterstützungspakete auf den Weg bringen wollen sind Sie diejenigen, die sie verhindern. Also, was jetzt?

Entweder sind wir für ein Entlastungspaket für die Gemeinden, oder eben nicht.

Aber, keine Sorge, auch wenn Sie weiterhin dagegen sind, obwohl der Landeshauptmann auch jetzt schon wieder die Hand ausgestreckt und zu nächsten Verhandlungen eingeladen hat, auch dann werden wir weiter den Gemeinden zur Seite stehen, weil wir diese Verantwortung ernst nehmen.

Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Das, was in der Vergangenheit für die Burgenländische Landesregierung gegolten hat, das wird auch in Zukunft so gelten.

Wir werden jede Gemeinde nach besten Kräften unterstützen und keine Gemeinde wird von uns im Stich gelassen. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Markus Ulram: Außer ich.)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Patrik Fazekas, BA. *(Abg. Johann Tschürtz: Oida! Ist eh schon alles gesagt.)*

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Bürgermeister, die heute zu Gast sind im Landtag! Ich verstehe ja, dass die Nerven bei der SPÖ angesichts dessen, was sie im Jänner erwartet, blank liegen, meine geschätzten Damen und Herren.

Der Wahlkampf läuft auch nicht rund. Herr Kollege Fürst beziehungsweise Herr Kollege Bachmann! Sie müssen sich keine Sorge machen um den Parteiobmann Sagartz und unseren Spitzenkandidaten. Er war der einzige Spitzenkandidat, meine geschätzten Damen und Herren, der in allen burgenländischen Gemeinden war, in allen 171, auch in Deutsch Jahrndorf. *(Der Abgeordnete hält ein entsprechendes Foto in die Höhe)* Dort hat er am 7.9., Herr Kollege, in der Bäckerei Hiesberger sogar seine Burgenlandgespräche begonnen. Ein bodenständiges Familienunternehmen. Alle 171 Gemeinden hat er besucht.

Währenddessen Ihr Landeshauptmann eines tut, nämlich, sich einsperren hier im Landhaus, zu Beginn der Periode die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hier eingeladen hat und ihnen gesagt hat, dass diese Pilgerreisen, so, wie er es genannt hat, eingestellt werden sollen.

Meine geschätzten Damen und Herren, das ist nicht der burgenländische Weg! *(Beifall bei der ÖVP)*

Der geht ja noch sogar weiter, verbarrikadiert sich, baut sich Poller rund um das Landhaus, weil er das Gespräch scheut und Angst hat vor dem, was ihn im Jänner erwartet, nämlich, Veränderung, meine geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Nun aber zum Müllverband. Beim Müllverband ging es Ihnen, meine geschätzten Damen und Herren, nie um eine ehrliche Unterstützung, um ein Gemeindepaket für die Gemeinden. Es ging ihnen einzig allein um eines, nämlich, den Wert, den dieser Müllverband, dieser Gemeindeverband, hat.

600 Millionen Euro hat der Landeshauptmann selber gesagt. Diese haben Sie gebraucht und brauchen Sie, um Ihre Schuldenpolitik zu finanzieren. Mehr als 2,1 Milliarden Euro, das Sie zu verantworten haben an Rekordverschuldung. Täglich sind es 400.000 Euro, die dazukommen. Das ist Politik Marke SPÖ.

Dieser Deal, den Sie hier vorschlagen, ist weder fair noch eine verantwortungsbewusste Politik für das Burgenland und die burgenländischen Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Herr Kollege Bachmann! Sie sind ja Bürgermeister und damit Mitglied dieser Verbandsversammlung des Burgenländischen Müllverbandes.

Wieso, Herr Kollege, sind Sie dann vor 14 Tagen mit den restlichen Kollegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der SPÖ bei dieser Verbandsversammlung nicht aufgestanden und haben einen Antrag gestellt, dass dieser Verband an die Landesholding abgegeben werden soll?

Wo war der Mut dort in diesem Kreis, es wie heute beim Rednerpult einzufordern? *(Abg. Roman Kainrath: Ich habe Euch dort auch nicht gesehen!)* Dort hat er gefehlt, Herr Kollege, weil Sie genau wissen, dass auch in Ihren Reihen es viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gibt, die diesen Deal nicht wollen, meine geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Roman Kainrath: Wo warst Du?)*

Sie haben heute einmal mehr eindrucksvoll bewiesen, dass Sie für die Gemeinden im Burgenland nichts haben. Sie haben bewiesen, dass Sie die Gemeinden im Burgenland weiterhin im Stich lassen und dass Sie nicht bereit sind zu helfen und den Gemeinden das zu geben, was ihnen zusteht.

Das, was heute hier passiert, meine geschätzten Damen und Herren, ist ein politisches Trauerspiel.

Das ist, aus meiner Sicht, ein Armutszeugnis und es ist ein Skandal.

Es zeigt sich glasklar, was Sie tun, nämlich, eine Sabotage der burgenländischen Gemeinden und das lassen wir uns nicht gefallen.

Der Kollege Steiner hat vorher gezeigt beziehungsweise präsentiert, was die Entwicklungen der letzten Tage für Eisenstadt bedeuten. Der Kollege Gerald Handig für Edelstal. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe mich im Vorfeld der heutigen Sitzung mit Zahlen beschäftigt und habe mir die Zahlen von 17 burgenländischen Gemeinden, von Nord bis Süd, angesehen. Diese Zahlen, meine geschätzten Damen und Herren, die sind eine Ohrfeige für jede Bürgermeisterin und jeden Bürgermeister - und damit für jede Burgenländerin und für jeden Burgenländer.

Während die Bruttoertragsanteile in diesen 17 Gemeinden im Zeitraum 2021 bis heute um 16 Prozent gestiegen sind, graben Sie als SPÖ-Alleinregierung diesen 17 Gemeinden und den restlichen unverschämt mit Erhöhungen mittels Landesabzügen das Wasser ab.

17 Prozent, 16 Prozent Anstieg bei den Bruttoertragsanteilen seit 2021. Aber 66 Prozent mehr Landesabzüge in diesen Gemeinden.

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, wenn Sie hier von Kostensteigerungen reden, dann ist das lächerlich. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

66 Prozent mehr an Landesabzügen, die die Gemeinden seit 2021 zu tragen haben. Während die Bundesanteile um 16 Prozent steigen, sinkt die Nettoauszahlung für diese 17 Gemeinden um unglaubliche 40 Prozent.

Herr Kollege Fürst, wenn Sie sich heute bei den Gemeinden bedanken, dann ist das mehr als zynisch. Das zeigt, dass es eine Veränderung braucht. Für diese Veränderung werden wir als Volkspartei sorgen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was Sie hier machen, ist eine kalte Enteignung der burgenländischen Gemeinden. Sie nehmen den Gemeinden die Mittel, die dringend notwendig sind, für die Schulen, für

die Kindergärten, für die Vereine, Straßen, Spielplätze, für die Infrastruktur. Sie schauen nicht nur tatenlos zu, sondern schütten dann auch noch Öl ins Feuer.

Das haben wir im Sommer gesehen. Klubobmann Markus Ulram hat das auch dargestellt. Die Nachverrechnung von einem 23 Jahre währenden Rechenfehler beim Krankenanstaltenabgangsbetrag. Aus heiterem Himmel wird den Gemeinden jetzt binnen drei Jahren vorgeschrieben, dass sie diese 22,3 Millionen Euro zurückzahlen müssen, die sie nicht so einfach in der Schublade liegen haben, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ. *(Ein Zwischenruf des Abgeordneten Roman Kainrath.)*

Sie führen mit diesen Maßnahmen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor und zeigen, dass Sie keinen Respekt vor ihrer Arbeit haben.

Das, meine geschätzten Damen und Herren, das ist erbärmlich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wären Sie tatsächlich an einer ehrlichen Unterstützung für die burgenländischen Gemeinden interessiert, dann wäre das Burgenland nicht das einzige Bundesland ohne einem einzigen Landesgemeindepaketes.

Aber nein, Sie, meine geschätzten Damen und Herren, für Sie sind die Gemeinden ein Spielball der Machtpolitik - und das ist unverantwortlich.

Meine geschätzten Damen und Herren! Für Sie sind die Gemeinden Spielball der Machtpolitik und das ist unverantwortlich, das ist zynisch. Ich frage mich, was haben Sie eigentlich vorzuweisen? Während das Land in Schulden versinkt, über 2,1 Milliarden Euro Rekordverschuldung, werden weitere Millionen verschwendet! Während die Gemeinden ihre Infrastruktur zusammenhalten, sicherstellen, plündern Sie deren Budgets und treiben die Gemeinden in den Ruin.

Meine geschätzten Damen und Herren, das ist keine Politik, das ist Machtmissbrauch! Wir als Volkspartei, wir werden nicht länger zusehen, denn wir stehen auf der Seite der 171 burgenländischen Gemeinden! *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ! Ich bin mir sicher, dass Sie spätestens im Jänner die Rechnung für diese Politik präsentiert bekommen. Diese Wahl, meine geschätzten Damen und Herren, ist nicht nur eine Abstimmung, sondern diese Wahl ist eine Schicksalswahl für unser Heimatland Burgenland.

Es geht bei dieser Landtagswahl um eine Frage: Soll es so weitergehen wie bisher oder braucht es eine Veränderung? Soll es so weitergehen wie bisher, was Geldverschwendung bedeutet, was Machtmissbrauch bedeutet, oder braucht es einen neuen, braucht es einen ehrlichen, braucht es einen gerechten Kurs? *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine geschätzten Damen und Herren, die Menschen werden darüber entscheiden, ob es in Ordnung ist, dass man die Gemeinden ausbluten lässt und auf der anderen Seite fahren 400 leere Busse durch das Land.

Die Menschen, meine geschätzten Damen und Herren, werden am 19. Jänner darüber entscheiden, *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Genau!)* ob es in Ordnung geht, dass man 200.000 Flaschen Sekt um 800.000 Euro kauft, um sich selbst zu feiern, während man die Gemeinden im Stich lässt.

Die Menschen werden darüber entscheiden, ob es in Ordnung ist, dass man in Beteiligungen investiert, die Luxustaschen nach Asien exportieren. Und die Menschen

werden darüber entscheiden, ob es in Ordnung ist, dass die Kosten für das Personal in den Regierungsbüros beispielsweise, seit 2020 um 65 Prozent gestiegen sind.

28,8 Millionen Euro kosten diese fünf Regierungsbüros, man hat sich damals verkleinert, argumentiert mit Kostengründen, Effizienzsteigerung, Einsparungen. Aber die Kosten sind explodiert seit 2020, plus 2,7 Millionen Euro, meine geschätzten Damen und Herren, an Mehrkosten für die 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den SPÖ-Regierungsbüros.

Darüber, meine geschätzten Damen und Herren, werden die Menschen am 19. Jänner entscheiden. (*Abg. Ewald Schneckner: Schauen wir einmal!*) Ich sage Ihnen, dass, was hier passiert ist, ist nicht in Ordnung! Diese Bilanz ist nicht nur schlecht, sie ist ein Desaster für das Burgenland.

Das Burgenland wird von einer zentralistischen Machtpolitik erdrückt, die den Gemeinden jede Eigenständigkeit, jede Freiheit nimmt und wir sagen: Es reicht! Wir brauchen Veränderung, wir brauchen diese Veränderung dringend, hin zu einem ehrlichen, hin zu einem respektvollen Miteinander mit den Gemeinden, mit den Burgenländerinnen und Burgenländern, die das Rückgrat unseres Landes bilden, hin zu mehr Regionalität, zu mehr Freiheit, weniger Bevormundung, weniger Fremdbestimmung und Zentralismus.

Meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, ihre Zeit läuft ab. Spätestens in 39 Tagen läuft ihre Zeit ab! Am 19. Jänner, davon bin ich überzeugt, wird Ihnen die Rechnung präsentiert für Ihre Politik. Wir, als Volkspartei, meine geschätzten Damen und Herren, stehen bereit den Kurs zu ändern für die Menschen, für die Gemeinden.

Vielen herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Robert Hergovich: Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Bitte Herr Kollege Wolf.

Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A. (ÖVP): Danke schön, sehr gnädig! Ja, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr müsst das auch in dieser Runde hören, auch wenn es Euch weh tut, weil in Euren Sesselkreisen hört Ihr es ja nicht.

Der Hut brennt, die Gemeinden brennen und auch das Land brennt und niemand spielt hier Feuerwehr. Das tut mir schrecklich leid um die Gemeinden und ja, geschätzte Damen und Herren, ich bin jetzt unverdächtig, was die Landtagswahl betrifft, aber in dieser Sache geht es mir um die Gemeinden und nicht nur um meine eigene, sondern auch, wahrscheinlich spreche ich hier für alle anderen Gemeinden im Burgenland.

Wenn es Euch Roten leichter fällt, nehme ich das Land, den Bund, von mir aus auch die EU in die Pflicht, oder von mir aus auch den Trump, den Putin und die gesamte Welt. Letztendlich geht es darum, dass irgendwer etwas macht. Die Gemeinden stehen mit dem Rücken an der Wand und machen kann in dieser Runde nur die Landesregierung etwas.

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Sie sind eine der wenigen, die die Stellung hier hält, wenigstens jemand. Aber trotzdem sind Sie die, die jetzt dafür zuständig ist und jetzt noch etwas machen könnte. Vor Weihnachten, im neuen Jahr, Sie hätten schon längst vor einem halben Jahr etwas machen müssen.

Aber den burgenländischen Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals. Fast alle Bürgermeister die heute hier anwesend sind, und das sind mit der Galerie wahrscheinlich bald 20 an der Zahl, werden es aus der Praxis wissen, zu budgetieren für das nächste Jahr ist fast unmöglich.

Viele, die da sitzen, werden sich auf den Kopf greifen, viele von Euch dürfen es nicht sagen, Ihr habt ja alle einen Maulkorb verpasst bekommen. Die einzigen, die da etwas sagen dürfen, sind die ÖVP-Gemeinden. Siegendorf, brauche ich jetzt nicht viel reden, weil ich glaube, Deine Budgetierung wird auch nicht viel leichter werden, auch wenn Du jetzt da stehst.

Ja, weißt Du warum es positiv ist, weil Dir der Herr Landeshauptmann das Geld in der Scheibtruhe nachträgt, deswegen schaffst Du das. *(Zwischenruf der Abg. Rita Stenger.)* Sonst nicht. *(Abg. Roman Kainrath: Die Scheibtruhe schiebt man!)*

Das ist die Geschichte, die man auch in dieser Sache ehrlich sagen muss und, geschätzte Damen und Herren, die SPÖ-Idee, um die Gemeindefinanzen zu retten, ist letztendlich neue Steuern einzuführen.

Wir hören es auf Bundesebene in der großen Diskussion, die SPÖ schafft es nur in eine neue Regierung zu kommen, wenn neue Steuern eingeführt werden. Das ist halt die Geschichte, die ganz schwierig ist, denn am Ende des Tages wird es nicht funktionieren. Wir werden wahrscheinlich im System sparen müssen, nicht nur auf Bundesebene, sondern vor allem auch auf Landesebene.

Wenn man sich das anschaut, die letzten Jahre, haben wir einen Apparat aufgeblasen, der so viel Mitarbeiter, so viele Landesbeteiligungen und so viele Schulden wie noch nie gemacht hat. Das ist sehr bedenklich und wird allen unseren Kindern und Enkelkindern noch ganz viel Kopfzerbrechen bereiten. Die Landesabzüge der Abgabenertragsanteile machen bei uns in Hornstein mittlerweile für das nächste Jahr 75 Prozent aus.

Jetzt muss man sich das einmal vorstellen! Wir würden 3,2 Millionen Euro bekommen. Ich glaube, Siegendorf ist gleich, weil Du Dich gerade so aufgeregt hast, netto überbleiben tun 850.000 Euro. Das sind 75 Prozent der Abzüge, mit denen wir eigentlich gerechnet und geplant hätten.

Jetzt ist uns Ende November geschickt worden, okay, ihr bekommt doch nur die Hälfte von dem, womit ihr eigentlich rechnen könnt. Das heißt, wir müssen ungefähr 850.000 Euro einsparen nächstes Jahr, geschätzte Damen und Herren. Stellen Sie sich das im privaten Bereich vor! Irgendjemand von Euch nimmt Ihnen im nächsten Jahr im Jänner 75 Prozent Ihrer geplanten Einnahmen weg, wie machen Sie das dann im privaten Bereich?

Sagen Sie mir, wie Sie die Miete zahlen, wie Sie das Auto zahlen, wie Sie alle anderen Ausgaben, die Sie geplant haben, umsetzen wollen? Und in der Gemeinde ist das nicht anders, was den Voranschlag betrifft. Es wird viele Gemeinden betreffen, die einen werden es sich irgendwie richten, die anderen pilgern zum Landeshauptmann und bekommen irgendwelche Bedarfszuweisungen.

Andere wiederum müssen eklatant einsparen bei der Infrastruktur, zu dem komme ich noch, bei den Vereinen, in den Kindergärten, in den Leistungen, die die Gemeinde zu erbringen hat. Also ich sage Ihnen, so kann es nicht weitergehen, weil Sie schauen den Gemeinden offenen Auges zu, wie sie sich gleichzeitig in den Ruin treiben. Sie zerstören ja damit in Wirklichkeit die Gemeinden im nächsten Jahr.

Jeder, der da Bürgermeister ist, sagt das jetzt selber wahrscheinlich, ohne es aussprechen zu wollen, oder es aussprechen zu dürfen. Aber viele dieser Leistungen, die wir gewohnt waren, wird es in der Gemeinde in diesem Ausmaß nicht mehr geben, solange die Abzüge des Landes in dermaßen großen Abzügen bestehen bleiben.

Man kann es jetzt auf den Punkt bringen, soll mir recht sein. Wenn das die Ausrede ist, soll es so sein. Die Abgabenertragsanteile des Bundes haben sich in den letzten vier Jahren um 20 Prozent erhöht, gleichzeitig aber zieht sich das Land aber eklatant hoch die Abzüge ab.

Das heißt, die Schere geht viel weiter auseinander, als es gerechtfertigt wäre. Und diese Argumentation auf den Punkt zu schieben, funktioniert am Schluss einfach nicht, rechnerisch nicht. Das ist eine Milchmädchenrechnung, die sich einfach nicht ausgeht unterm Strich.

Da kann man noch so viel herum diskutieren oder laut schreien, das funktioniert einfach nicht. Und demnach wird es notwendig sein, dass sich das Land da auch endlich einmal zu einem ehrlichen Gemeindeunterstützungspaket bekennt, weil, wie gesagt, das Thema der Gemeinden ist es, Liquidität zu bekommen.

Viele von uns wissen das, manche Gemeinden, wenn es so weitergeht, werden vielleicht im Feber keine Gehälter mehr zahlen können, andere können es jetzt schon nicht mehr. Manche Gemeinden werden vielleicht bis August überleben, wenn es so weitergeht. Wenn da nicht das Land und von mir aus auch der Bund Bargeld cash in die Hand nimmt und das den Gemeinden zuschießt, wird es schwierig sein, das voranzutreiben, oder überhaupt als Gemeinde zu überleben.

Jetzt weiß ein jeder in einer Gemeinde, unsere Ermessensausgaben, von denen immer von der Gemeindeabteilung gesprochen wird, die sollen wir reduzieren. Ja, gerne, die Ermessensausgaben bei unseren Budgets sind bei fünf bis zehn Prozent, viel mehr ist da eh nicht mehr. Der Rest sind Fixausgaben, die wir zu bewältigen haben.

„Wurscht“, ob das das Personal ist, die Leasingkosten, die Kreditzinsen, sonstige vertragliche Verpflichtungen, die wir eingehen. Mit fünf bis zehn Prozent kannst du Kommunalpolitik machen. Jetzt kannst du aber nächstes Jahr nur mehr diese fünf bis zehn Prozent versuchen einzusparen und das heißt aber auch in der Praxis, dass man alle Sozialleistungen, alle Förderungen, alle schönen Dinge für die Menschen streichen, reduzieren und kürzen muss.

Schuld daran ist halt letztendlich das Land, das muss man in dieser Klarheit sagen, weil sich das Land in der großen Höhe Abzüge einmargiert. Und das kann es am Schluss nicht sein! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, da hilft Kopfschütteln nicht.

Wir schütteln auch den ganzen Tag den Kopf, weil wir nicht verstehen, warum Ihr das macht. Man muss hergehen und die Gemeinden mit einer Cash-Spritze unterstützen, sonst wird das im Land nicht so weitergehen.

Und was ich heute noch mitgenommen habe, Sie kritisieren ja ganz massiv diese KIGs, diese kommunalen Finanzierungsprogramme des Bundes, oder? *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf)* Sie sagen immer, das ist ein Schmarren, das ist nicht okay, weil man eine Eigenmittelquote mitnehmen muss und deswegen ist es schlecht für die Gemeinde, oder? *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf)*

Genau, das ist das Problem, oder? So, und der Doskozil macht genau dasselbe. Ich weiß schon, dass wir aus Hornstein drei Millionen Förderung zugesprochen bekommen haben für ein Feuerwehrhaus, was mich sehr freut.

Wenn ich die letzten sieben Jahre zusammenrechne, was ich vom Land Bedarfszuweisungen bekommen habe, ist das in Siegendorf wahrscheinlich doppelt so hoch. *(Abg. Rita Stenger: Nein, leider nicht!)* Aber soll so sein, das können wir uns dann separat noch ausmachen. Was die Kritik des Landes am Bund ist beim Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, man braucht eine Eigenkapitalquote.

Ist ja da genau das Gleiche. Ihr gebt mir zwei, drei Millionen für ein Feuerwehrhaus, aber gleichzeitig sagt man, ich muss eine Million selber zahlen. Das ist genau die gleiche Systematik. *(Abg. Doris Prohaska: Was sagen die Bürgermeister, die Drittelösung haben?)* Ich kritisiere es ja nicht, ich sage Euch nur und halte Euch den Spiegel vor, dass es Ihr genauso macht, wie Ihr es beim Bund kritisiert. Und das ist die Thematik.

Ich würde sofort gerne drei Millionen abrufen, aber ich kann mir die Million selber nicht mehr leisten, da Ihr mir die gerade aus der Tasche zieht. Also versteht mich bitte und erklärt mir, wie das funktionieren soll? Das ist ja kein Gemeindeförderungspaket, das ist eine Farce, aber nicht viel mehr. *(Beifall bei der ÖVP)*

Normalerweise heißt es immer, wer zahlt, schafft an. Anders gesprochen, wer anschafft, muss auch zahlen. Und das betrifft so viele Themen im Land. Ihr baut in alle Richtungen und Ihr kauft in alle Richtungen irgendwelche Beteiligungen, die keiner braucht und am Ende des Tages sagt Ihr, na gut, aber die Gemeinden müssen da mitzahlen, für Eure kommunistische Politik.

Das geht sich am Schluss für uns und für die Leute draußen einfach nicht aus. Da muss endlich etwas gemacht werden. Geschätzte Damen und Herren, Ihr macht heuer ein Minus von 130 Millionen Euro, Ihr budgetiert nächstes Jahr ein Minus von 50, 60 Millionen Euro, obwohl Ihr Euch gleichzeitig 60 Millionen Euro von den Gemeinden holt.

Das heißt, Ihr macht in zwei Jahren 250 Millionen Euro neue Schulden, das muss einmal irgendwer erklären. In einem Ausmaß, das nicht mehr erklärbar ist. Und noch einmal, man kann es eh auf alle Richtungen schieben. Jeder Bürgermeister muss halt schauen, dass er ein Budget hinbringt. Alle Länder müssen schauen, dass sie ein Budget hinbringen. Ihr macht das halt mit 250 Millionen Euro Schulden.

Stellt Euch einmal vor, eine Gemeinde würde plötzlich jetzt, weiß ich nicht, zehn Millionen, fünf Millionen, zwei Millionen Euro Schulden machen nächstes Jahr. Die Landesregierung, die Gemeindeabteilung, würde uns doch durch das Dorf treiben und sagen, das ist ein Wahnsinn und macht Sparmaßnahmen und bringt ein neues Budget, das ist alles ein Wahnsinn.

Euch ist das alles „wurscht“, denn es gibt ja keine Bundesaufsicht bei Euch, Ihr könnt machen, was Ihr wollt. Bis der Rechnungshof prüft, sind viele von der Regierungsbank vielleicht nicht mehr da.

Geschätzte Damen und Herren! Die Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand und es wirklich grausam, wie derzeit vom Land vorgegangen wird. Ihr schickt Ende November eine Vorschau für 2025 aus und glaubt, innerhalb von drei Wochen ist alles erledigt und alle applaudieren Euch. Das kann es ja nicht sein am Schluss. Ihr müsst ja klar wissen, dass in den Gemeinden das Cash-Kapital, das Geld da sein muss, um die Gehälter zu bezahlen.

Ihr wartet mit allen Förderungen, mit allen Geldern, bis kurz vor Weihnachten, keiner weiß, wie viel wir noch bekommen. Niemand weiß wie viele Personalkostenförderung kommt. Wie viele Ertragsanteile noch ausbezahlt werden. Die Bedarfszuweisungen sind auch noch offen, eine Förderung bekomme ich noch von 100.000 Euro, auf die ich seit drei Jahren warte.

Also erklärt mir bitte, wie man da gemeinsam Politik machen soll? Das ist unabhängig von Parteipolitik, da geht es wirklich nur um die Leute in der Gemeinde und keiner versteht das am Ende des Tages. Und ja, wir sind vor der Landtagswahl, mag schon sein, am 20. Jänner schaut die Welt hoffentlich anders aus.

Trotzdem gibt es eine Verantwortung, die Ihr alle zu tragen habt, damit die Gemeinden langfristig überleben. Und das ist wirklich bedenklich. *(Beifall bei der ÖVP)* Geschätzte Damen und Herren, dieser sogenannte Müll-Deal vom Landeshauptmann ist leider ein dreckiger Müll-Deal, weil ein faires Angebot ist das bei weitem nicht. Da wird angeboten, man soll den Müllverband herschenken, dafür kriegt man auf drei oder fünf Jahre 38 Millionen Euro für alle Gemeinden. Wenn ich das durchdividiere

sind das für meine Gemeinde vielleicht 200.000 Euro. Die habt Ihr mir schon fünfmal weggenommen, bis das überhaupt greift. Also sagt mir, was da ein fairer Deal dabei sein soll.

Ihr zieht zuerst das Geld aus den Taschen raus, um Euch nachher als Retter hinzustellen, wir hätten einen Superdeal mit ein paar Millionen. Klingt eh nett, aber runtergerechnet für jede Gemeinde sind das Peanuts, weil Ihr es schon fünfmal rausgezogen habt aus unseren Taschen, eigentlich ist das ein Witz.

Ehrliche Verhandlungen wären ganz anders und wenn Ihr es ernst meinen würdet, dann würdet Ihr Euch hinstellen und sagen: Okay, wir übernehmen die Personalkostenförderungen gesetzlich für alle Kindergartenmitarbeiter, verdoppeln die Förderung von 40 auf 80 Prozent permanent. Das ist ein ehrlicher Deal, weil dann helft Ihr uns und gleichzeitig übernehmt Ihr die Personalkosten zu 100 Prozent von den Integrationspädagogen. Weil, auch das ist dringend notwendig in allen größeren Gemeinden, vielleicht auch schon in den kleinen.

Aber da würdet Ihr uns wirklich helfen. Gesteht Euch ein und sagt uns gesetzlich zu, dass Ihr maximal 50 Prozent der Abgabenertragsanteile kürzt, nicht mehr. Schreibt es bitte in ein Gesetz, dass es verboten ist, dass Ihr Euch mehr als 50 Prozent abzieht. Dann helft Ihr uns wirklich. Dann funktioniert das vielleicht. Das wäre ehrlich. Eine ehrliche finanzielle Unterstützung für die Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was den Müllverband betrifft: Ich weiß nicht, ob ich für alle reden kann, aber ganz ehrlich. Beim Müllverband sind 80 Millionen Euro Rücklagen drinnen. Der Müllverband ist wahrscheinlich 600 Millionen Euro wert. Überweist uns morgen diese Gelder. Seid Ihr bereit dazu? Dann, glaube ich, gibt es keinen Bürgermeister der nein sagt. Gleichzeitig garantiert Ihr aber als Land gesetzlich, dass die Müllgebühren die nächsten fünf Jahre nicht erhöht werden, weil deswegen, glaube ich, will ja das Land den Müllverband haben.

Jetzt zahlt man 180 Euro im Jahr für die Mülltonnen und ich habe ja schon gehört in den Gängen des Landhauses, dass man das Verfünffachen will. *(Abg. Dieter Posch: Was zahlst Du?)* Das wäre ein ehrlicher Deal. *(Abg. Roman Kainrath: Das ist traurig, dass Du das nicht weißt!)* Was schreit Ihr jetzt so auf? Was zahlt Ihr privat für den Haushalt für die Mülltonnen daheim? *(Abg. Dieter Posch: Unter 100 Euro! - Abg. Roman Kainrath: 96,80 Euro, das solltest Du wissen!)* Ja, aber Du hast ja drei Tonnen und nicht nur eine.

Ich rede von allen drei mit den Sackerln. Wenn Du alle drei nimmst, bist Du bei 180 oder 160 Euro. *(Abg. Roman Kainrath: 140 Euro!)*

Nichtsdestotrotz, okay, wir können gerne über die paar Euro reden. Gerne. Letztendlich geht es darum: Eine ehrliche Gemeindeunterstützung des Landes wäre die Deckelung der Abzüge der Ertragsanteile, die Personalkostenförderung gesetzlich verankern und dann kann man wahrscheinlich über den Müllverband auch noch reden, wenn Ihr über ehrliches Geld redet, aber nicht über irgendwelche Scheinverhandlungen und Scheinangebote, die am Schluss nicht in den Taschen der Gemeinden ankommt, sondern ausschließlich in den Taschen des Landes und das kann es wirklich nicht sein.

Geschätzte Damen und Herren! Am Ende zeigt es schon die Philosophie von SPÖ-Politikern. Gott sei Dank hat der Kurier eine SPÖ-Bürgermeisterin zitieren können. Jetzt erst vor ein/zwei Wochen, wo die Frage gestellt wurde nach der Budgeterstellung 2025. Die Bürgermeisterin sagt, ich zitiere: Man werde mit einem Minus abschließen, aber der Landeshauptmann hat uns mit Bedarfszuweisungen sehr geholfen.

Also, so viel dazu, meine geschätzten Damen und Herren. Es gibt halt Gleichere und Gleiche im Burgenland und das ist wirklich bedenklich und tragisch. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Robert Hergovich: Danke schön. Nochmals zu Wort gemeldet ist die Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie schon das Wort Ehrlichkeit so oft bemühen, dann würde ich gerne einmal auf ein paar Themen eingehen, die Sie jetzt angesprochen haben. Sie verwechseln irgendwie immer, dass diese Abzüge des Landes mit den Flöten und mit den Sektfaschen und mit ich weiß nicht was noch in Ihrem tollen Heft steht. *(Abg. Markus Ulram: Qualitätsmagazin!)*

Das ein so großes Qualitätsmedium ist, wie ich vorhin das Qualitätsblatt, entschuldigen Sie vielmals, wie ich vorhin vernommen habe, das zu vermischen, das ist in Wahrheit mies. Es werden die Krankenanstalten damit finanziert, der Bereich der Pflege/Soziales, alles das wird über die Ertragsanteilsabzüge finanziert.

Ja, wir haben ein Bekenntnis dazu, dass wir uns der Gesundheitsversorgung und auch der besten Pflege im Burgenland verschrieben haben und ich glaube, dass sind wir auch den Menschen im Burgenland schuldig. Und was diese Aufteilung dieser Gelder betrifft, haben wir mit Abstand das beste Verhältnis unter allen österreichischen Bundesländern.

Bestes Beispiel Krankenanstaltenfinanzierung. Ist heute auch schon gekommen. Bei der Krankenanstaltenfinanzierung finanzieren die Gemeinden zu zehn Prozent mit, das Land übernimmt 90 Prozent. In Niederösterreich, das wir sehr gerne als Gegenbeispiel nehmen, ist das 50:50. Was glauben Sie was los wäre, wenn die burgenländischen Gemeinden 50 Prozent der Krankenanstaltenfinanzierung übernehmen würden? Dann bräuchten wir über Gemeindehilfspakete, glaube ich, überhaupt nicht mehr zu diskutieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das Nächste: Wenn immer wieder gesagt wird, das Burgenland ist das einzige Bundesland, dass den Gemeinden keine Unterstützung zukommen lässt. Ich bemühe es jetzt gerne noch einmal: Das mit Abstand beste Verhältnis bei den Pro-Kopf-Belastungen

aller österreichischen Bundesländer zugunsten der Gemeinden und das über Jahre und Jahrzehnte hinweg.

Abgesehen davon: 38 Millionen Euro an zusätzlichen Bedarfszuweisungsmitteln, die aus reinen Landesmitteln gespeist sind. Alleine für das heurige Jahr. Das soll keine Unterstützung sein? *(Abg. Markus Ulram: Offenlegung der Liste!)* Dann frage ich mich, was Sie unter Unterstützung verstehen. *(Abg. Markus Ulram: Machen wir es öffentlich!)* Die Personalkostenförderung, die Sie jetzt auch einige Male erwähnt haben, das ist eine freiwillige Leistung seitens des Landes.

Dazu gibt es keine gesetzliche Verpflichtung und wir haben uns trotzdem über Jahre und Jahrzehnte hinweg dazu bekannt, diese Personalkostenförderung in horrender Höhe zur Verfügung zu stellen. Auf freiwilliger Basis. Und das *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram)* braucht es keine gesetzliche Grundlage.

Was die Entwicklung der Ertragsanteile betrifft, weil das immer wieder so hingestellt wird, das Land behält sich ja das ein. Wir bekommen diese Daten von Seiten des Bundes. Der Bund hat uns zu Anfang des Jahres fünf Prozent Erhöhung prognostiziert bei den Ertragsanteilen.

Geworden sind es jetzt mit November minus 0,5 Prozent bei den Ertragsanteilen. Ja, genau das haben wir weiterkommuniziert. Der Bund hat uns falsche Berechnungsgrundlagen noch vor einem Jahr übermittelt, *(Abg. Markus Ulram: Das hat ja mit Euren Abzügen nichts zu tun!)* mit fünf Prozent Erhöhung alleine bei den Ertragsanteilen. Jetzt sind es minus 0,5 Prozent.

Alleine das ist ein Delta von zirka 20 Millionen Euro *(Abg. Markus Ulram: Nichts mit den Abzügen zu tun!)* an Ertragsanteilsabbrüchen, die das Land in Wahrheit nur von Bundesseite weitergegeben hat. So viel zur Ehrlichkeit. Also, wenn Sie ständig diese Ehrlichkeit einfordern, dann würde ich mir zumindest einen Funken Ehrlichkeit auch von Ihrer Seite erwarten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Robert Hergovich: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir nun zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt uns ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse vorerst über den vom Abgeordneten Gerhard Bachmann eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend „SPÖ-Alleinregierung muss sofort handeln: „Faire finanzielle Entlastung der 171 Gemeinden“ ist somit mehrheitlich gefasst.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Roland Fürst, Ewald Schneckner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze“ (Zahl 22 - 2018) (Beilage 2788)

Präsident Robert Hergovich: Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrags der Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Roland Fürst, Ewald Schneckner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze“, Zahl 22 - 2018, Beilage 2788.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Dr. Roland Fürst das Wort zur Begründung der Dringlichkeit.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Werte Kollegen und Kolleginnen! Danke schön. Bevor ich zur Begründung unseres Dringlichkeitsantrages komme, noch ein kurzer Nachtrag zur Dringlichen der ÖVP, was die Gemeinden betrifft.

Zusammengefasst muss man sagen, war es ein politischer Bauchfleck von der ÖVP. Wenn man sich vor Augen führt, dass nicht einmal zehn Prozent Eurer Bürgermeister es 39 Tage vor der Wahl geschafft haben, Eurer Einladung offensichtlich nicht gefolgt sind, hier bei Eurer dringlichen Anfrage zugegen sind. Es waren, glaube ich, vier oder fünf Bürgermeister da von der ÖVP, um Euch zu unterstützen. Die sind jetzt aber auch gegangen. Spätestens bei der Rede vom Herrn Wolf, weil Ihr offensichtlich einfach keinen Rückhalt habt.

Das heißt, es ist ein politisches Waterloo von Eurer Seite. Beim Kollegen Wolf bin ich mir gar nicht sicher, wen der am 19. Jänner wählt, so wie der da geredet hat. Bezüglich Sekt und die pathologische Fixierung auf Sekt empfehle ich Euch, einfach eine Gruppentherapie zu machen, damit wir uns das nicht jeden Landtag anhören müssen.

Warum machen wir diesen Dringlichkeitsantrag? Vielleicht vorweg ganz kurz. Der Hauptpunkt ist, warum wir der Meinung sind, dass wir jetzt diesen Antrag dringlich auch im Landtag besprechen sollten, weil die Geschichte und die Empirie zeigen, dass Ungarn leider in Bezug auf Asyl/Migration/Integration, aber in erster Linie Asyl und Grenzschutz kein verlässlicher Partner ist.

Das hat sich mehrfach dokumentiert in den letzten Jahren. Möchte zwei Vorkommnisse oder zwei Entwicklungen herausnehmen. Die erste Entwicklung ist: Wir haben hier Ungarn unterstützt, also wir die EU mit viel Geld. Operation Fox sei hier genannt. Ich glaube es waren zur Spitze dieser Operation über 40 österreichische Polizisten damit beschäftigt, gemeinsam mit den ungarischen Kollegen effektive Schlepperkriminalitätsbekämpfung in Ungarn zu machen.

Es ist auch gelungen, über eineinhalb/zwei Jahre wurden in Ungarn 1.600, also mehr, 2.700 Schlepper verhaftet, haben dann auch ordentliche Strafen bekommen in Ungarn und von heute auf morgen hat die ungarische Regierung 1.650 Schlepper verhaftet... (*Abg. Ewald Schneckler: Entlassen!*) Was habe ich gesagt? (*Abg. Ewald Schneckler: Verhaftet!*) Verhaftet und dann entlassen, mit dem Argument, dass die zu viel Geld kosten und dass sie innerhalb von 36 Stunden das Land verlassen sollen.

Ein Teil ist, das wissen wir, ist Richtung Burgenland, Richtung Österreich, und dann wahrscheinlich ein paar auch weitergegangen. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite ist, dass die EU ja nicht umsonst von der EU-Kommission verurteilt worden ist, weil sie sich einfach nicht an dem EU-Asylsystem beteiligt, zu einer Geldstrafe von sage und schreibe 200 Millionen Euro. Pro Tag eine Million Euro, wenn sie nicht handeln, wenn sie nicht das machen, was alle anderen EU 27-Länder machen, nämlich wenn Menschen über die Grenze kommen, dass man die anständig behandelt, dass man die registriert.

Und nicht so wie es Ungarn macht, einfach weiterwinkt. Das ist nämlich ein Leichtes. Es gibt Berechnungen die aussagen, wenn Orbán seine Flüchtlingspolitik so gemacht hätte, wie es alle anderen EU 26 tun, hätten wir in Österreich, und das muss

man jetzt ganz klar sagen, hätten wir in Österreich um 75 Prozent weniger Asylanträge in den letzten Jahren gehabt.

Das bedeutet, dass wir statt 250.000 Anträgen deutlich weniger hätten. Das waren einige 10.000 Asylanträge, die wir in Österreich hätten. Hätte Viktor Orbán und Ungarn seine Arbeit gemacht und das EU-Asylsystem auch eingehalten. Das hat er nicht gemacht. Insofern ist Ungarn, nachdem 90 Prozent der Menschen seit 2015 zu uns gekommen sind, über die burgenländischen Grenzen gekommen sind, über Ungarn gekommen sind, insofern ist Ungarn hier leider kein verlässlicher Partner.

Insofern ist das für uns eine dringliche Anfrage. Ich sage gleich dazu, um was es geht und wir werden auch erörtern, warum sich die Freiheitliche Partei im Burgenland auf die Seite von Viktor Orbán stellt und sich mit der Viktor Orbán gemein macht. Wahrscheinlich, weil es ein Bündnis gibt, einen Freundschaftsvertrag mit der Fidesz und sich gegen das Interesse des Burgenlandes stellt. Das ist auch interessant. Da werden die BurgenländerInnen wissen, was sie zu tun haben.

Ganz kurz die Geschichte: Es war, glaube ich, zehn Tage vor der Nationalratswahl. Da hat es schon viele Informationen gegeben. Da ist Vítnyéd, das ist 15 Kilometer von der burgenländischen Grenze weg, dort soll ein großes Flüchtlingslager errichtet werden. Da hat es Demonstrationen gegeben, schon mit einigen 100 Demonstranten und Demonstrantinnen und dann ist dieses Thema sozusagen auch nach Österreich gekommen.

Der Landeshauptmann hat das sofort auch aufgegriffen, weil es auch ein großes Thema ist, weil das habe ich vergessen zum Sagen. Was ist der Grund warum wir diesen Dringlichkeitsantrag auch stellen? Es geht jetzt um mindestens ein Asyllager, wenn nicht drei, die jetzt in Grenznähe zu uns gebaut werden sollen. Die Befürchtung ist, dass jetzt Ungarn diese Menschen, die sie bis jetzt nicht registriert hat, weil 2023 hatten wir 60.000/61.000 Asylanträge in Österreich und Ungarn hatte 45.

Und wenn Ungarn weiterhin sozusagen die EU-Asylregel nicht einhält, muss sie weiterhin Strafe zahlen. Das ist offensichtlich auch der Hintergrund, warum jetzt Ungarn munter geworden ist. Die Frage ist, warum jetzt diese Asyllager nicht an der Ostgrenze Richtung Serbien gemacht werden, sondern eher ganz dicht an der österreichischen Grenze und ich sage es ganz offen.

Die Befürchtung ist, wenn Ungarn diese Menschen registriert, vorsichtshalber einmal oder sozusagen, weil sie nicht anders können, dass die dann möglichst nahe an der ungarischen Grenze im Flüchtlingslager untergebracht werden, damit dann auch dort möglichst diese Menschen über die grüne Grenze Richtung Österreich gehen werden, weil die ungarische Regierung es nicht will, dass sie im EU-Asylsystem auch ihre Pflicht und ihre Verpflichtungen nachkommen. Das ist die Befürchtung.

Da hat es einen Riesenwirbel gegeben. Da hat es einen Brief gegeben des Herrn Landeshauptmannes an die ungarische Regierung. Da hat es dann sogar Interventionen vom Bundesminister für Inneres, vom Herrn Karner, gegeben in Richtung Ungarn und auch gesagt, dass wir das nicht wollen. Dass das ein nationales Thema ist, keine Frage, denn wir können ja unseren Protest kundtun.

Wir sind ein freies Land und können das auch tun und da hat die Freiheitliche Partei, meines Erachtens, völlig skurril reagiert und hat eigentlich hier ihr wahres Gesicht gezeigt. Nämlich, sie haben sich auf die Seite von Viktor Orbán gestellt und haben das lächerlich gemacht. Haben gesagt, die SPÖ macht Fake News. Das stimmt nicht alles. Der Höhepunkt war dann, dass der Kanzleramtsminister Gulyas - glaube ich, heißt der

Außenminister - soll gesagt haben, nein, das ist, da wird nichts gemacht. Da wird kein Flüchtlingslager errichtet. Da wird - und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - ein Jugendcamp, ein Feriencamp für Kinder und Jugendliche gemacht.

Der Kollege Petschnig hat das danach gesagt, eine Frechheit, was der Herr Landeshauptmann, der Herr Innenminister macht, das ist alles ein Wahnsinn, da hat ja die ungarische Regierung was gesagt und das muss man glauben, was die ungarische Regierung macht.

Das Kinder-, oder das Kinder- und Jugendcamp schaut dann so aus. (*Der Abgeordnete zeigt einen Plan in die Runde der Abgeordneten*) Stacheldraht ist da jetzt nicht oben, aber es sind, glaube ich, hunderte Stockbetten, Eisenstockbetten, neu hineingemacht worden. Es ist dort damals schon gewesen ein Riesenzaun mit Stacheldraht, Polizei, Security vor Ort.

Aber wie gesagt, die ungarische Regierung hat das bestritten und die Freiheitliche Partei hat sich auf die Seite Ungarns gestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen, und damit gegen die Interessen des Burgenlandes. Das muss man an dieser Stelle auch ganz klar sagen.

Der Hintergrund dieser ganzen Geschichte ist natürlich der, dass diese Strafzahlung im Raum steht - 200 Millionen Euro, ich glaube, bis jetzt nicht bezahlt, jetzt wird es Ungarn auch abgezogen - und wenn man das gegenüberstellt, und auch das Wirken der Freiheitlichen Partei in diesem Bereich sieht, dann verstehe ich nicht ganz, warum Ungarn bis jetzt glaube ich 16 Asylanträge - soweit ich die Statistik jetzt richtig gelesen habe, 2024 - registriert und Österreich wieder über 22.000.

Wieder 22.000, wobei von diesen 22.000 wieder 90 Prozent zirka über Ungarn ins Burgenland gekommen sind. Da ist mir unvorstellbar, warum der Herr Kickl, der Herr Hofer nicht die Kontakte, die sie zu ihrem Parteifreund Viktor Orbán haben, dazu nutzen, damit er seine Verpflichtung in Ungarn nachkommt, damit wir weniger mit Asylanträgen belastet werden.

Was ist der Grund? Vielleicht kannst Du uns einmal Auskunft geben. Weil wir - und das muss man den Menschen, den 300.000 Burgenländerinnen und Burgenländern, den Wählerinnen und Wählern sagen - die Politik von Viktor Orbán - den Ihr so beklatscht und ihn quasi auf einen Thron setzt, so macht man es - die Politik, die der macht, die geht zu Lasten des Burgenlandes, der Burgenländerinnen und Burgenländer. Das muss man den Menschen auch ausreichend vor der Wahl draußen noch erzählen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Nach ein paar Wochen, da war dann ein bisschen Ruhe, aber kurz darauf ist in einer keiner Linken, wie es ein Funktionier beschrieben hat - übrigens ist auch spannend, wie sich die FPÖ jetzt versucht herauszuwinden auf Social Media war das ein bisschen nachzulesen, zwei Geschichten.

Also soll - mittlerweile ist man draufgekommen, es ist, das glaubt niemand mehr, dass da ein Kinder-, Jugendcamp, Feriencamp, wenn man sich das dort anschaut - jetzt werden dort, die neueste Argumentation der FPÖ oder eingeeichter Funktionäre - Polizeischüler sollen dort untergebracht werden.

Also da hört man schon, okay, auch für Polizeischüler muss ich sagen, ist das ein schwieriges Unterfangen dort unterzukommen. Und das zweite Argument ist, was die FPÖ jetzt auch in diesem Abänderungsantrag angeht, warum Ungarn jetzt dann sozusagen Flüchtlingslager machen soll, denn die haben ja keine Flüchtlinge.

Na eh, stimmt eh, weil man damit rechnet, dass Ungarn jetzt ihren Verpflichtungen nachkommen muss. Nachkommen muss, (*Abg. Gerald Handig: Rechnet?*) die registriert und auch entsprechend menschenwürdig unterbringen muss. Deshalb macht sie jetzt diesen Anlauf.

Das hat ja eine Zeitung geschrieben. Nicht, weil sie es geschrieben hat, sondern wir sind im Besitz eines Regierungsdokuments aus Ungarn, das ganz klar feststellt, dass dort in Vitnyéd ein Asylager mit 500 Plätzen für geflüchtete Menschen errichtet werden soll.

Das heißt, das ist von vorn bis hinten eine Unwahrheit von ungarischer Seite gewesen und die Freiheitliche Partei hat diese Unwahrheit hier im Burgenland verdoppelt. Das muss man an dieser Stelle auch ganz klar sagen. Das heißt, das ist in Wirklichkeit der Hintergrund, der dahintersteht.

So und jetzt ist das dahingegangen. Wir haben da viele Informationen bekommen. Wir sind dann auch eingeladen worden, da hinunter zu fahren und uns das anzuschauen. Warum? Weil wieder in heimischen Medien, in der Presse, am 23.11. in vielen ungarischen Medien wieder von verstärkten Bautätigkeiten in diesem Lager, in Vitnyéd auch berichtet worden ist.

Es gibt dort eine Widerstandsgruppe, die sich ausspricht gegen dieses Lager innerhalb von Vitnyéd. Die haben uns auch eingeladen, haben gesagt, schaut euch das an, kommt bitte, da wird zu 120 Prozent - so ist das Zitat - wird hier ein Flüchtlingslager errichtet, weil jetzt die ungarische Regierung auch will.

Wir sind hinuntergefahren, bezeichnenderweise haben von heute auf morgen diese Gesprächspartner alle keine Zeit mehr gehabt. Da weht ein anderer Wind in Ungarn offensichtlich, nicht mit jemanden zu reden. Auch wenn Journalistinnen und Journalisten mit waren, wir haben uns einen Lokalausweis mit ungarischen Journalistinnen und mit anderen Informanten, die wir dann dort getroffen haben, auch machen können.

Wir waren dort. Und ich schwöre es, das schaut wirklich dort verheerend aus, diese ehemalige Berufsschule, eine ehemalige Meierei mit wahrscheinlich zehn, 15 großen heruntergekommenen bäuerlich gestalteten Gebäuden, die sicher schon 100, 200 Jahre alt sind, ein riesiges Gelände sicher mehrere Hektar.

Im hinteren Bereich, wo man nicht hinsieht, steht die Security dort, Stacheldrahtzäune innerhalb, rege Bautätigkeit. Das heißt, dort wird etwas gemacht. Wahrscheinlich Polizeischüler werden dort dann untergebracht, laut FPÖ. Aber schauen wir mal, was dann wirklich kommt.

Aber das Spannende war - und das war der Grund warum wir diese Dringlichkeitsanfrage oder diesen Dringlichkeitsantrag heute gemacht haben - uns wurde erzählt - auch ungarische Journalisten haben das auch schon aus Regierungskreisen erfahren, Oppositionspolitiker übrigens haben dort schon demonstriert, von einer Heimatpartei und sonst etwas, wo hunderte Demonstranten waren - dass noch zwei weitere Flüchtlingslager.

Eines ist noch näher - fünf Kilometer übrigens von Halbtorn soll das weg sein - am Rábaring, soll eines in Écs und eines in - ich hoffe ich spreche es richtig aus - eines in Albertkázmerpuszta sein. Die werden auch ähnlich gelagerte Gebäude haben, die jetzt umfunktioniert werden sollen in Flüchtlingsquartiere.

Wenn man jetzt hergeht und sich nur die burgenländischen Zahlen heute anschaut, bis dato wurden im Burgenland 4.400 Menschen aufgegriffen, also Menschen, die über

die Grenze mit Schlepper gekommen sind. 40 Schlepper, weil es immer heißt, es geht runter, das ist alles kein Thema mehr, (*Heiterkeit beim Abg. Johann Tschürtz*) ganz im Gegenteil, das ist ein großes Thema.

Diese 4.400 Menschen, da sind 80, also die sind im Burgenland aufgegriffen worden, das heißt, die sind alle zu 100 Prozent von Ungarn gekommen. Das bedeutet, wenn die Ungarn endlich ihren Verpflichtungen nachkommen würden, dann hätte die auch die Kapazitäten. Logischerweise müssen die zur Verfügung stehen.

Weil jetzt gibt es in Ungarn glaube ich zwei Flüchtlingslager. Eines im Westen, eines im Osten, das eh gedeckelt ist. Natürlich brauchen die die Kapazitäten. Und die brauchen auch diese Möglichkeiten, die Menschen unterzubringen, weil sie jeden Tag eine Million Euro an Strafe zahlen. Da ist völlig klar, dass Ungarn hier reagiert.

Was wir nicht verstehen, ist, warum Ungarn hier diese Flüchtlingslager nicht wie jedes andere Land in der EU, dort wo die Menschen über Grenzland, wo Außengrenze ist, dass man die Lager hier macht, dort wo die Menschen hereinkommen, serbische Grenze, ja, Grenzland, warum macht man die ausgerechnet ganz dicht an der österreichisch-burgenländischen Grenze?

Ein Schelm ist der, der heute hier was denkt. Ich habe meinen Verdacht oder unseren Verdacht schon geäußert, und das muss man jetzt ganz klar aufklären was da ist.

In diesem Sinne haben wir auch diesen Antrag formuliert. Weil es für uns auch ganz wichtig ist, wie sehr jetzt die Freiheitliche Partei entscheidet. Geht Ihr weiter jetzt sozusagen an der Seite von Viktor Orbán, verteidigt Ihr diese Politik, die zu Lasten des Burgenlandes zu 100 Prozent geht?

Die zu Lasten des Burgenlandes geht, Hans, es geht zu unseren Lasten - Viktor Orban, von eurem Freund die Politik - oder stellt Ihr Euch auf die Seite des Burgenlandes als Heimatpartei, wie Ihr Euch bezeichnet, und nehmt Euch dessen an, was die burgenländische Bevölkerung in diesem Bereich wollen.

Weil die burgenländische Bevölkerung hat in diesem Bereich genug gelitten, weil ja die hauptbetroffen sind von den letzten Jahren, was die irreguläre - wie auch immer man das nennen will - Immigration betrifft.

Weil ich da die neuesten Zahlen auch wieder mir angeschaut habe. Das Burgenland ist hauptbetroffen gewesen. Wir haben - auch was die Grundversorgung betrifft, wieder jetzt gibt es heute den neusten statistischen Auszug - wir sind wieder mit 84 Prozent trotzdem noch, obwohl wir nur mehr 330 Menschen in die Grundversorgung aufnehmen, trotzdem noch an dritter Stelle.

Das heißt, alle anderen Bundesländer haben hier nach wie vor bei Weitem nicht das Soll erreicht, was das Burgenland über Jahre hindurch immer gemeinsam mit Wien erfüllt hat.

Insofern ist es gut, dass wir auch im Burgenland jene Kompetenzen ausschöpfen, die wir ausschöpfen können. Das werden wir in der morgigen beziehungsweise übermorgigen Sitzung tun.

Wir werden hier ein Gesetz verabschieden, wo wir in der Grundversorgung den Menschen, die zu uns kommen, auch hier, wenn sich schon orientiert haben, auch die Möglichkeit haben zu arbeiten, zur gemeinnützigen Arbeit einzuladen.

Und sollten sie diesen Einladungen nicht - wie in anderen Bundesländern - folgen, dann geht es dahin, dass wir auch die Versorgung und der Grundversorgung so streichen,

dass es auch mitunter eine generalpräventive Wirkung hat. Bedeutet aber nicht, dass wir die Menschen im Stich lassen, wie es manche Verfassungsrechter oder Menschenrechtsaktivisten vielleicht befürchten würden.

Das ist uns ganz wichtig! Menschen, die einen negativen Asylbescheid bekommen, die haben auch unseres Erachtens nichts mehr in der Grundversorgung verloren und sollten so schnell wie möglich in den sicheren Drittstaat oder in den sicheren Herkunftsstaat zurückkommen.

Also für uns ist es ganz wichtig das Thema. Das ist vielleicht an dieser Stelle erwähnt, es ist kein Thema für die Sozialdemokratie, für Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, das man jetzt vor Wahlen hochspielt oder Wählerinnen und Wähler der Freiheitlichen Partei abzujagen, wie das vielleicht manchmal auch diskutiert wird.

Nein, das ist ein Thema, das wir als Landeshauptmannpartei in einer Grenzregion mit drei nationalen Grenzen, wo 90 Prozent, 100.000e Menschen zu uns über diese Grenzen kommen, aber auch wichtig und ernst nehmen und hier auf der Seite der burgenländischen Bevölkerung steht.

Und hier - und das ist auch ganz klar gesagt werden - einen eigenständigen, pragmatischen Weg, der sozialdemokratisch auf den Menschenrechten basiert, auch auf den natürlich auf den Rechten passiert und das Thema auch hier entsprechend besetzt.

Ein Punkt ist mir auch wichtig, weil das kommt auch immer wieder bei der Freiheitlichen Partei, dass der Landeshauptmann schuld ist, dass da so viele Leute zu uns kommen, nach 2015, noch einmal gesagt - Hans Du bist Polizist, Du müsstest das wissen oder weißt es natürlich auch - der Herr Landeshauptmann und der Landespolizeidirektor sind weisungsgebunden.

Der macht das, was ihm damals die Bundesministerin Mikl-Leitner gesagt hat. Das heißt, er hat genau das getan, er hat damals als Politiker, als höchster beamteter Polizist, in dem Fall des Burgenlandes, und hat genau das gemacht.

Also ihn da hinein zu reden, das ist, das ist schon so abgelutscht und vor allem ist es nicht wahr. Insofern gibt es eine Partei und einen Mann, der sozusagen - in dem Fall ist es ein Mann - der da auf der Seite des Burgenlandes steht, der auch sich nicht scheut, mit der ungarischen Regierung entsprechend scharf auch ins Gericht, in den Kontakt zu gehen.

Da gibt es einen, das ist der Herr Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, auf den sich die Menschen auch verlassen können. Und darauf wollten wir auch noch einmal hinweisen. Und in diesem Sinne möchte ich auch gerne die Beschlussformel noch vorlesen, die letzten Endes den Inhalt von diesem Antrag auch widerspiegelt.

Der Landtag hat beschlossen: Der Burgenländische Landtag spricht sich gegen den geplanten Bau von ungarischen Flüchtlingslagern - in der Gegenwart, in der Zukunft, wann auch immer - in der Nähe zur burgenländischen Grenze aus.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge unverzüglich mit der ungarischen Regierung Kontakt treten und

1. sich entschieden gegen den geplanten Bau von ungarischen Flüchtlingslagern in der Nähe zur burgenländischen Grenze einzusetzen und

2. sowie Ungarn darauf drängen, die EU-Asylregeln endlich einzuhalten.

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Klubobmann. *(Beifall bei der SPÖ)* Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Die General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erster Rednerin erteile ich Frau Klubobfrau Anja Haider-Wallner das Wort.

Bitte Frau Klubobfrau.

Abgeordnete Anja Haider-Wallner (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Es freut mich, dass der Klubobmann Fürst da seinen detektivischen Neigungen in Ungarn nachgehen konnte und uns hier etwas aufgedeckt hat oder auch nicht.

Heute war schon mehrfach die Rede davon, dass die Sitzung nur dem Wahlkampf dient. Ich habe auch schon ein paar Nachrichten bekommen. Erstaunlicherweise schauen auch Menschen im Livestream zu, sind immer noch dabei - es ist sehr verwunderlich aus meiner Sicht - und meinen, sie haben hier heute einige Wahlkampfreden auch schon vernommen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich nehme auch diesen Dringlichkeitsantrag als Wahlkampf zur Kenntnis. Ich sehe auch den Versuch der SPÖ, sich hier gegen die FPÖ abzugrenzen. Ich hoffe der Plan geht auf. In der Steiermark sehen wir, je mehr über Asyl gesprochen wird, desto mehr Menschen wählen die FPÖ. Vielleicht können sich die Kolleginnen und Kollegen da bei Euch bedanken.

Grundsätzlich verstehe ich das Ganze nicht. Also es ist irgendwie ein Widerspruch in sich. Klubobmann Fürst, Du hast vorher gesagt, bis jetzt sind die Flüchtlinge ungehindert durchgegangen durch Ungarn. Ungarn hat niemanden aufgenommen, alle sind ins Burgenland gekommen.

Findet man nicht gut. Es soll gerecht verteilt sein, da bin ich ganz bei Dir. Was ich jetzt nicht verstehe, wenn Ungarn jetzt Asylheime plant und auch plant hier diese EU-Regeln zu erfüllen, damit sie nicht weiterhin eine Million Euro am Tag Strafe zahlen, dann kommen ja weniger Leute zu uns. Und wenn ein paar dann noch herüberkommen, sind es trotzdem weniger als jetzt kommen, wo sie ungehindert durchziehen.

Egal wo diese Heime stehen. Ob die jetzt 15 Kilometer neben der Grenze sind oder 100 Kilometer neben der Grenze oder ich weiß nicht, ganz im Osten drüben. Ich sehe den Unterschied nicht und wo eine Verschlechterung gegenüber den Status quo sein könnte.

Für mich ist das so ein bisschen aus diesen Dirty-Campaigning-Handbüchern, da heißt es „Flood the zone with shit“, es ist Panikmache, es ist ein bisschen unseriös.

Denn man macht den Leuten hier Angst vor etwas, was wir nicht wissen und was jedenfalls, aus meiner Sicht, eine Verbesserung ist, wenn Ungarn endlich Verantwortung übernimmt für Flüchtlinge, die auch vor Ort sind. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Rolle der FPÖ finde ich auch irgendwie sehr dubios. Die machen sich da zum Sprachrohr der Ungarn und der Orban-Administration. Es klingt fast so ein bisschen nach einem Flirt und sehr amikal, wie Ihr das bringt, auch in Eurem Abänderungsantrag.

Da frage ich mich auch wirklich, wo steht Ihr wirklich dahinter? Hinter den Bürgerinnen im Burgenland oder wollt Ihr eh irgendwie schon mit dem Orban gemeinsame Sache machen und da zusammengehen? Hat es ja alles schon gegeben. Deutsch-Westungarn. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ja, und dass im Antrag, im Abänderungsantrag der FPÖ hier auch gleich jetzt schon am Tag danach, also am Tag eins oder zwei über die Rückführung der syrischen Staatsbürger diskutiert wird, wo man noch gar nicht weiß, wie die Lage sich entwickelt, was total unübersichtlich ist, ja, das ist ein bisschen geschmacklos, aber mein Gott, das ist halt so. Wir werden beiden Anträgen nicht zustimmen.

Wenig überraschend. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Klubobmann Johann Tschürtz.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, das ist in aller Kürze auch zu erklären, worum es überhaupt geht.

Zum einen, Herr Klubobmann, wir werden den Antrag der SPÖ - und Ihr habt ja unseren Abänderungsantrag schon bekommen - wir werden Eure Stellungnahme noch ein bisschen verschärfen. Das heißt, in der Beschlussformel werdet Ihr das auch lesen. Das heißt, wir begnügen uns nicht mit der Aussage, was Sie hier tätigen, sondern wir verschärfen es sogar noch mit unserem Abänderungsantrag.

Zu den einzelnen Bereichen oder Themen. Ich glaube kaum, dass sich Viktor Orbán von der Van der Leyen unter Druck setzen lässt, das wäre seit zehn Jahren das erste Mal. Also ich glaube, das ist sicher nicht das Argument.

Und das zweite Argument, warum soll er ein Flüchtlingslager in der Nähe von Österreich errichten, wenn er eh nur 45 rein lässt und die sind sowieso irgendwo dann wieder verschwunden. Und andererseits auch wieder, warum sollen die Flüchtlinge in Ungarn bleiben, wenn sie im roten Wien mit Geld überschüttet werden.

Also da bleibe ich nicht in Ungarn, sondern da fahre ich nach Wien. Da geht es mir gut. Da kriege ich alles, was ich will. Und daher glaube ich schon, dass wir jetzt mit unserem Antrag sogar noch verschärfen.

Es ist auch so - und wenn man es in aller Deutlichkeit auch sagt - wenn die SPÖ jetzt das Thema übernimmt, wird es doch dabei bleiben, wo ist der Schmied und wo ist der Schmiedl?

Wenn ich mir jetzt anschau, was sich abspielt im Bund, *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst auf Abg. Ing. Thomas Schmid zeigend: Da ist der Schmid. Den Schmid haben wir. - Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* wo der Herr Babler Vizekanzler wird.

Also der wird der Vizekanzler und Ihr macht da jetzt einen Antrag und sagt, die schlimme FPÖ, die schaut da einfach zu, was sich in Ungarn abspielt und dann gibt es den Vizekanzler Babler, der sagt, wir brauchen Fluchtrouten.

Das habe ich jetzt eh schon 37mal gesagt im Landtag. Aber damit es die Leute auch verstehen. Fluchtrouten. Der sagt, Montag oder Dienstag von 13.00 bis 21.00 Uhr können alle kommen, wie sie wollen. Und dann, nach Babler, wird das in Österreich und in Europa verteilt. Das ist die „Bablerische SPÖ Geschichte“. Das darf man halt nicht vergessen.

Wenn man - ich verstehe es schon, ich verstehe natürlich, die Argumentation verstehe ich ja nicht - aber wenn man davon ausgeht, dass automatisch die Ungarn die Unwahrheit sagen - das traue ich mir nicht behaupten, dass der Herr Gulyas, der

Botschafter, die Unwahrheit sagt - dass aus den Ministerbüros die Unwahrheit weitergegeben wird und sogar schriftlich.

Also mein Zugang oder unser Zugang ist einmal, das zu checken und zu evaluieren.

Eines verstehe ich nicht, ich glaube, wenn vielleicht der Norbert Hofer dann hier etwas zu sagen hat, wird er, das Erste, was er machen wird, wird er dem Herrn Landeshauptmann ein Telefon kaufen. Und der Herr Landeshauptmann kann dann in Ungarn anrufen und kann fragen, ist das wirklich so oder ist es nicht so?

Wenn der Landeshauptmann nicht mit Ungarn Kontakt aufnimmt und sagt, was habt Ihr da wirklich geplant, und die sozusagen sprechen die Unwahrheit und sagen nicht das was es wirklich ist, dann glaube ich, verstehe ich es nicht.

Aber, wie gesagt, wir verschärfen noch den Antrag der SPÖ und zwar, wir haben ja einige Punkte immer wieder aufgezählt. Da hat es geheißen vor zwei Jahren, als wir davon gesprochen haben, die 15a Grundversorgungsvereinbarung anzukündigen, dass wir sie auflösen, wenn sich nicht bald was tut, haben Sie vor zwei Jahren, haben alle geschrien, ein Wahnsinn, die schlimme FPÖ, das ist ja gar nicht möglich, das kann man ja gar nicht. Na, plötzlich kommt der Herr Landeshauptmann auch drauf, dass das vielleicht sogar ein Ansatz sein könnte.

Oder wenn man die ganze Geschichte betrachtet, als wir gesagt haben, vielleicht machen wir DNA-Proben bei allen Asylwerbern, haben Sie gesagt, ui, das kannst Du ja gar nicht, das ist ja ein Wahnsinn, wie kann man denn das machen! Warum kann man das nicht machen?

Das sind schon Dinge, wo wir immer wieder sozusagen die FPÖ versucht hat ins rechte Eck zu stellen und wie schlimm wir sind, und in Wahrheit, was die SPÖ heute macht, das ist noch schlimmer, wenn man es so bezeichnet. Das hat die Klubobfrau der GRÜNEN eigentlich so auch angesprochen.

Das heißt, wir glauben, dass es wichtig ist, dass man fair und nicht wahlkampfmäßig diskutiert. Wir glauben auch, dass es wichtig ist, wirklich die Wahrheit zu finden und natürlich, natürlich haben wir dann in diesem Antrag, das ist der Abänderungsantrag, dann genau das niedergeschrieben, was die SPÖ auch will. Wieder die Schmied-Schmiedl-Geschichte. Dass wir natürlich gegen alle neuen Flüchtlingslager sind, gegen alle neuen Flüchtlingslager an der Grenze.

Und das muss man natürlich dann schon in einem Antrag festhalten. Da geht es jetzt nicht darum, dass wir jemanden etwas glauben oder nicht glauben, sondern uns geht es darum, dass man ganz einfach und konsequent sagt, nein, das kommt nicht infrage. Mit der FPÖ kommt das nicht infrage.

Deshalb bringe ich jetzt einen Abänderungsantrag ein und verlese die Beschlussformel:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert die Artikel 15a Grundversorgungsvereinbarung aufzukündigen und einen Asylstopp mit einer Aufnahmequote von null im Burgenland umzusetzen.

Null im Burgenland umzusetzen, nicht 330.

1. Sich generell gegen neue Flüchtlingslager im Burgenland, den angrenzenden Bundesländern Niederösterreich und Steiermark sowie den angrenzenden Staaten Ungarn, Slowakei und Slowenien auszusprechen.

2. Aufgrund der aktuellen Entwicklung die rasche Rückkehr der sich in der Grundversorgung befindlichen syrischen Staatsbürger einzuleiten, damit sich diese aktiv am Wiederaufbau ihres Landes beteiligen können.

Das ist die Beschlussformel. Und wenn man die Geschichte abschließend noch anschaut mit der Demut der Syrer, da sind 30.000 auf die Straße gegangen. Der FPÖ hat man die Demo versagt. Mit 1.000 Leuten, hat man sie eingesperrt, hat man sie nicht einmal aufs Klo gehen lassen, die Frauen mit den Kinderwägen haben nicht aufs WC gehen dürfen.

Dort haben sich 30.000 gefreut, haben Jubelgesänge gemacht. Ist okay, ist in Ordnung. Aber das haben wir auch hier festgehalten, dann sollen sie natürlich, wenn sie sich so freuen - und es wurde auch natürlich schon einige Male angesprochen - am Wiederaufbau in Syrien mithelfen. *(Beifall bei der FPÖ - Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Klubobmann. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist nicht gehörig unterstützt.

Ich darf daher die Unterstützungsfrage stellen und jene Damen und Herren Abgeordneten ersuchen, die den Abänderungsantrag der FPÖ unterstützen möchten, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Das ist die mehrheitliche Annahme. Der Abänderungsantrag wird daher für die weiteren Beratungen miteinbezogen.

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke schön Herr Präsident. Hohes Haus! Sehr geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Als einziges Regierungsmitglied heute anwesend. Die anderen waren gleich gar nicht da oder sind gleich nachher wieder gegangen.

Vielleicht ist es zuwider, unangenehm, zu lange. Ich weiß nicht. Aber ich glaube, dass jedes Thema, das heute hier im Hohen Haus gesprochen worden ist, einmal mehr wert wäre, wenn auch Regierungsmitglieder dementsprechend auch anwesend wären und den Ausführungen und den Meinungen der Abgeordneten hier zuhören würden.

Wenn die SPÖ wieder zu diesen Themen greift, die sie gerne über die Medien spielt, wo man von Asyl, Migration redet, vom allzu rechten Kurs der SPÖ und jetzt von Flüchtlingslagern an der Grenze, wo man nicht weiß, eines oder drei, in der Zeitung hat man gleich drei gesagt, jetzt sagt man eines. Vielleicht sind es mehr. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: Dann muss man zuhören!)* Sei so, wie es von Ihnen formuliert worden ist, Herr Kollege Klubobmann Fürst. Aber wenn man sich die Meinungsbildung innerhalb der SPÖ anschaut bei diesem Thema, so ist es schon sehr bemerkenswert.

Wenn ich mir heute anschau im Hinblick schon auf die morgigen zwei Tage des Budgetlandtages, wo die SPÖ sehr medial stark eingebracht hat einen Antrag auf Arbeitsverpflichtung für Asylwerber.

So darf ich erinnern an das heurige Jahr - ist noch nicht so lange her, im Jänner des heurigen Jahres - hat die ÖVP einen ähnlichen Antrag eingebracht. Arbeitsverpflichtung für Asylwerber. Der Herr Kollege Schneckner hat ausgeführt, das ist nur Showpolitik was da betrieben wird.

Da redet man ja von Zwangsarbeit. Die zuständige Landesrätin Winkler hat ausgeführt, das, was ich hier gemeint und vorgetragen habe, ist aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich, sie hat zwar zugestimmt bei der Landesrätekonferenz, aber hat es eigentlich gar nicht so gemeint. Und das geht eigentlich dann so weiter bis hin zu populistischen Ansagen.

Dann hat es im März einen Antrag zu einem ähnlichen Thema von der FPÖ gegeben, wo der Sicherheitssprecher der SPÖ ausgeführt hat, das ist ein Schuss ins Knie, die Arbeitsverpflichtung, und das kann man so eigentlich gar nicht nehmen.

Schnell hat es sich die Meinungsbildung hier angetan der SPÖ. Ein paar Monate später sieht man das schon alles anders und jetzt redet man eigentlich von einer sehr ausführlichen Begründung der Dringlichkeit vom Herrn Orbán in Ungarn.

Ich frage mich - und da bin ich schon beim Kollegen Tschürtz - wieso greift der Herr Landeshauptmann nicht zum Telefon und ruft ihn an? Das müsste ja sehr einfach sein. Ich darf zurückerinnern an den April 2022. Doskozil zur Ungarn Wahl, Orbán als verlässlicher Partner.

Er hat selbst schon zweimal direkten Kontakt gehabt. Und da wird es ja wohl kein Problem sein, dass man ihn anruft und sagt, Entschuldigung Herr Orbán, wie schaut es jetzt aus, ist da was dran, ist da nichts dran, müssen wir da reagieren oder nicht? Oder ist das jetzt nur eine Show? Was tun wir jetzt damit?

Nein, man macht eigentlich wieder - jetzt kurz vor der Wahl zufälligerweise -einen Aufschrei und sagt, ja da bringen wir einen Dringlichkeitsantrag dazu ein. Noch dazu bin ich dann schon gespannt, wie der Lercher Max in der Steiermark das dann in Zukunft sieht.

Die Burgenländer, das wissen wir ja hinblicklich, und der Herr Babler in Wien. Wenn es jetzt in den Verhandlungen um den Asyl- und Migrationskurs geht. In Wahrheit erwarten sich die Leute diese Showpolitik nicht.

Und das was Sie vorher ausgeführt haben, Herr Kollege Fürst, kann ich Ihnen nicht zustimmen und ich glaube, da sind sich der Herr Kollege Tschürtz und ich einig, insofern, als 2015 300.000 Flüchtlinge über die Grenze gegangen sind und der Herr Landespolizeidirektor Doskozil seines Zeichens damals in mehreren Interviews Stellung dazu genommen hat, und sein guter Freund und damaliger und danach gestellter Chef, der Herr Kern, die Züge noch nach Nickelsdorf geschickt hat, dass wir alle reinbringen, alle 300.000 in kurzer Zeit, da hat man noch nichts gehört von dem.

Man sollte viel mehr eigentlich hergehen, dass die SPÖ endlich einmal ihren Kurs ändert. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Dr. Roland Fürst*) Denn diese Magnetpolitik in Wien, wo man die Sozialhilfe so hoch auszahlt, dass jeder sich wünscht, in Wien landen zu können, dass er dort bleiben kann mit der höchsten Sozialhilfe in ganz Österreich, mit dem muss man eigentlich einmal aufhören. Dass wir eine Magnetpolitik in Österreich führen.

Denn nur so kann richtige Asyl- und Migrationspolitik erfolgen. Und dann glaube ich geht es auch darum, anlässlich der aktuellen Situation bezüglich Syrien, dass man natürlich alle Vorbereitungen trifft. Wenn der Asylgrund wegfällt, dann habe ich auch keine Verfahren mehr zu machen.

Das andere muss man auch klar dazusagen. All jene, die sich heute aus einem Asylgrund hier aufhalten und auf Asyl angesucht haben und sich nicht integrieren und anpassen wollen, haben in diesem Land auch nichts verloren.

Nur mit einer strengen Asyl- und Migrationspolitik werden wir in Zukunft ein gutes Auslangen haben. Ansonsten werden wir viele Diskussionen führen, viel Showpolitik hier auch erleben müssen. Und Euer Dringlichkeitsantrag ist nicht mehr wie Showpolitik.

Hättet Ihr angerufen oder der Herr Landeshauptmann, wenn er eh schon öfter bei ihm dort war, dann wäre das einfacher gewesen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Robert Hergovich: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Roman Kainrath.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Roman Kainrath (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Hohes Haus! Werte Zuschauer am Livestream!

Es schmerzt ein bisschen, wenn alle eigentlich am Thema vorbeireden. Das, was der Klubobmann Fürst eigentlich richtig ausgeführt hat am Anfang. Es geht um eines, dass wir uns klar dagegen aussprechen, dass an der burgenländischen Grenze Asylheime gebaut werden auf ungarischer Seite.

Das ist eigentlich die Kernaussage.

Es geht um eines, dass wir uns klar dagegen aussprechen, dass an der burgenländischen Grenze Asylheime gebaut werden auf ungarischer Seite. Das ist eigentlich die Kernaussage. Und um das geht es heute.

Es geht nicht darum, ob jemand hierarchisch jemand untergeben war 2015. Gerade, Markus Du, weißt was das heißt als Polizist. Eine hierarchische Ebene... *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* Herr Kollege Steiner, schrei nicht immer hinein, es hört ja eh keiner zu, und genau das ist die G'schicht, dieses Hierarchische.

Markus, das weißt Du, wie es damals war, es ist schön zum Darstellen, dass man plötzlich dann sagt, ja der hat ja die dann in die Busse hineingesetzt, der hätte ja damals schon den Kern anrufen können. Der Herr Kern war damals ÖBB-Vorstand, glaube ich. Ja natürlich, aber ich glaube nicht, dass er ein LOK-Führer war. Also bitte, bleib doch bei den Tatsachen auch und drum möchte ich das Thema wirklich jetzt genau dort auch besprechen, um was es wirklich geht.

Hans, wir sind uns ja in sehr vielen Sachen ja einig. Du kennst meine Einstellung in sehr vielen Sachen auch, und ich erzähle nur eine Geschichte von voriger Woche. In meiner Nachbargemeinde hat ein Kaffeehaus neu aufgesperrt. Kann ich empfehlen, besucht es einmal. Ich war vorige Woche dort und habe mir einen Kaffee geholt. Die Chefin sagt zu mir, puh, heute in der Früh war es schon lustig. Sage ich, was war denn?

Na ja, es sind vier, fünf Illegale vor der Tür gesessen. Und das hätte mich jetzt gar nicht so schockiert als Bürgermeister von Lutzmannsburg, weil wir das die letzten Jahre sehr oft haben und sehr viele die Augen weggedreht haben, sehr viele sich auf die Seite gedreht haben, die Medien, die es immer mehr versucht haben, natürlich runterzuschreiben.

Da muss ich eines sagen, danke Hans Peter, du hast jedes Mal auch den Finger draufgelegt. Du hast gesagt, wo die Probleme sind und das muss man ihm schon zugestehen, dass da unser Landeshauptmann immer wieder den Finger draufgelegt hat und gesagt hat, so kann es nicht sein, so kann es nicht weiter gehen. Das hätte mich, wie gesagt, nicht so geschockt, dass dort vier, fünf illegale Personen einen Grenzübertritt hinter sich sitzende Personen gewesen sind. Weißt Du, was mich schockiert hat? Was sie mir weitererzählt hat?

Wie sie mir gesagt hat, ja es war dann eh das Bundesheer da. Aber die haben gesagt, eine Katastrophe, wir kommen nicht mehr nach heute, denn wir haben nicht die eine Gruppe, wir haben fünf, sechs, sieben, acht, neun Gruppen, wir stoßen schon wieder an die Kapazitäten des Machbaren. Und da hörst du nichts von Bundesebene. Da hörst du nichts von einem Innenministerium, da hörst du nichts von einem Verteidigungsministerium, weil auch das muss ich in die Pflicht nehmen, weil den Assistenzeneinsatz haben sie so was von heruntergeschraubt, das ist nicht mehr normal.

Genau das sind die Sachen, die mir dann zu denken geben. Und die zweite Sache, die mir noch mehr zu denken gegeben hat, war dann der Abend darauf, wo ich zu Hause war und mit meiner Tochter zu Hause auch gesprochen habe und erzählt habe von dem, dass dort welche gesessen sind. Weißt Du, was das Resultat daraus war? Und das ist das, was mir wirklich zu denken gibt. Ich habe immer, egal wann, gesagt, ich bin für Hilfe, für jeden, der Hilfe benötigt.

Nur eines kann nicht sein, dass sich irgendjemand bei uns auch nur in irgendeiner Form dadurch eingeschränkt fühlen muss. Meine Tochter muss 300 Meter zum Bus gehen, das hört sich jetzt nicht viel an, aber in der Früh jetzt, wenn es noch finster ist, sie ist elf Jahre alt, natürlich - jetzt geht sie mir nicht mehr runter. Jetzt war es eine Zeitlang ein bisschen besser, jetzt geht es wieder los und das ist das, warum wir als SPÖ für die Bevölkerung eintreten.

Das ist das, warum wir bei jeder Landtagssitzung von den anderen Parteien ins Lächerliche gezogen werden. Wir versuchen jedes Mal darauf hinzuweisen, dass die Bevölkerung zumindest das Gefühl hat, dass jemand da ist, der sich für sie einsetzt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Drum Hans, enttäuscht Ihr mich wirklich, dass Ihr nicht einfach ein klares Bekenntnis, nicht irgendwelche 15a-Vereinbarungen kündigen oder irgendwas - ein klares Bekenntnis, nein, ein klares Bekenntnis: Wir sind gegen Asylheime an der burgenländischen Grenze in Ungarn. Das hätte schon gereicht, stimme mit, danach, dann kannst Du zeigen, dass Du wirklich dafür bist. *(Zwischenruf des Abg. Hans Tschürtz)* Es ist so. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber Hans, dann verwässere es nicht mit irgendwelchen 15a-Vereinbarungen und mit irgendwelchen, entschuldige, nein, das sage ich jetzt nicht, mit irgendwelchen Fantasien mit null Aufnahme. Das ist ja realitätsfremd. *(Abg. Johann Tschürtz: Das steht da drinnen!)* Sei doch ehrlich, so funktioniert ja das Asylsystem nicht, *(Abg. Johann Tschürtz: Les es Dir durch!)* das weißt Du ja auch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Reg dich nicht auf! - Beifall bei der SPÖ)*

Herr Kollege, ich habe so einen Ruhepuls, den wirst Du nie bekommen. Ich denke nur wie gut es uns geht. Also, wie gesagt, bitte Hans stimme mit, *(Abg. Johann Tschürtz: Ich stimme eh mit!)* dann kannst Du auch ehrlich zeigen, wer der Schmied und der Schmiedl ist, weil im Burgenland, das musst Du ganz ehrlich auch sagen, der Schmied in dieser Sache, das ist der Landeshauptmann Doskozil und nicht die FPÖ. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber zu Deiner Verteidigung auch - wenn ich das so sagen darf. Ich verstehe Euch ja bis zu einem gewissen Grad, der Nationalratspräsident Rosenkranz ladet den Viktor Orbán zum Staatsbesuch ein. Ich hätte ja auch Angst, wenn ich Du wäre, weil sonst geht es Dir ja vielleicht so, wie es dem Kollegen Hofer gegangen ist, den der Kollege Kickl abschieben hat müssen aus dem Bund und so quasi ins Burgenland runterverfrachtet hat und gesagt hat, so, dich brauche ich da nicht mehr, dich schiebe ich lieber ins Burgenland ab.

Sonst passiert Euch das auch noch - ich verstehe Dich ja bis zu einem gewissen Grad, dass Du das gemacht hast. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Und weil Du gesagt hast, die Fluchtrouten - die Fluchtrouten vom Andreas Babler. Mich würde es ja einmal interessieren - die Fluchtrouten vom Andreas Babler, die Du immer so erwähnst. Du selber würdest ja mit diesem Beschluss, wenn Du nicht mitstimmst, Sammelpunkte schaffen. Der Roland Fürst hat es ja richtig gesagt, wenn ich ehrlich so ein Asylheim machen will, dann mach ich es an der Grenze zu Serbien, mach ich es an der Grenze zu Rumänien.

Dann mach ich das ja nicht auf der anderen Seite vom Land, wo ich dann einen Sammelpunkt habe und, liebe Frau Kollegin Haider-Wallner, sei mir nicht böse. Ich weiß nicht, ob Du schon in Traiskirchen warst, das ist kein Gefängnis, da kann man aus- und eingehen wie man möchte. Ja was glaubt Ihr, was mit dem Lager dann auf ungarischer Seite wäre?

Das wäre auch kein Gefängnis, das wäre ein Sammelpunkt, wo Ungarn die Asylanten oder die Flüchtlinge in Ungarn zusammenfasst, dahin bringt, und dann hätten sie es, so dumm, wie es jetzt klingt, einfacher, diese zwei, drei Kilometer nach Österreich zu gehen. Darum sei einfach dagegen *(Abg. Johann Tschürtz: Wir sind eh dagegen!)* und versuche nicht etwas zu verwässern. Es ist ja auch nicht so schwer. In diesem Sinne kannst Du jetzt beweisen, ob Du zumindest ein Lehrling vom Schmied sein willst oder gar nicht dabei sein willst. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Robert Hergovich: Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt nun ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse vorerst über den vom Klubobmann Johann Tschürtz eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Roland Fürst, Ewald Schneckner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze“, Zahl 22 - 2018, Beilage 2788, abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke, das ist die Mehrheit.

Die EntschlieÙung betreffend „keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze“ ist somit mehrheitlich gefasst.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t .

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung wurden bereits rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Die nächste Sitzung des Landtages ist für morgen, den 11. Dezember 2024, vorgesehen.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für g e s c h l o s s e n . Kommen Sie gut nach Hause.

Schluss der Sitzung: 16 Uhr 37 Minuten